



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Der Kosovo – externes State Building - Österreich“

Österreichs Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung des Kosovo unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der internationalen Staatengemeinschaft

Verfasser

Markus Puchwein, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

emer. O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	7
1. Einleitung	9
2. Definitionen	11
2.1 Nation	11
2.2 Nationenbildung	12
2.3 Nationalstaat	14
2.4 Nationalismus	15
2.5 Ethnonationalismus	16
2.5 Staat	17
2.6 Staatsbildung	18
3. Theorie	21
4. Politische Situation im Kosovo	23
4.1 Politische Situation und Status unter der Ära Titos	23
4.2 Politische Situation und Status unter der Regierung Slobodan Milosevic	26
4.3. Politische Situation und Status bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit	29
4.4. Politische Situation bis heute	30
4.4.1 Gutachten des Internationalen Gerichtshof	33
4. Fragestellung	35
5. Beweisführung	36
5.1 Auswertung der Fragebögen	36
5.1.1 Demografie der Befragten	36
5.1.2 Inhaltliche Auswertung der Fragebögen	39
5.2 Österreichs Beitrag zur Entwicklung des Kosovos	48
6. Internationale Organisationen	51
6.1 KFOR und NATO	51
6.1.1 Grundlage	51
6.1.2 KFOR-Ziele	51
6.1.3 KFOR-Aufgaben	52
6.1.4 Kommando und Struktur von KFOR	54
6.1.5 KFOR heute	56
6.1.6 Bewertung von KFOR und NATO	57
6.2 UNMIK	59

6.2.1 Grundlage	59
6.2.2 Ziele	60
6.2.3 Struktur.....	61
6.2.4 Bewertung	62
6.3 EULEX.....	63
6.3.1 Grundlage	63
6.3.2 Ziele	65
6.3.3 Struktur.....	65
6.3.4 Bewertung	66
6.4 OSZE.....	68
6.4.1 Grundlage	68
6.4.2 Ziele	69
6.4.3 Struktur.....	70
6.4.4 Bewertung	72
6.5 ICO	73
6.5.1 Grundlage	73
6.5.2 Ziele	74
6.5.3 Struktur.....	74
6.5.4 Bewertung	75
6.6 Kooperation der IOs	75
7. Schlussbemerkung.....	77
8. Annex.....	81
8.1 Fragebogen.....	81
8.2 UNSCR 1244.....	83
9. Quellen	91

Abkürzungsverzeichnis

ACUNS.....	Academic Council on the United Nations System
ADA.....	Austrian Development Agency
EULEX.....	European Union Rule of Law Mission in Kosovo -(Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo)
FRJ.....	Föderale Republik Jugoslawien
GASP.....	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
GSVP.....	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
ICO.....	International Civilian Office
ICR.....	International Civilian Representative
IGH.....	Internationale Gerichtshof
IPAK.....	Investment Promotion Agency of Kosovo
IO.....	Internationale Organisationen
ISG.....	International Steering Group
KFOR.....	Kosovo Force
KPC.....	Kosovo Protection Corps
KSF.....	Kosovo Security Force
KSZE.....	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDK.....	Lidhja Demokratike e Kosovës (Demokratische Liga des Kosovos)
MNBG.....	Multi National Battle Group
NATO.....	North Atlantic Treaty Organisation
NGO.....	Non-Governmental Organisation
OHCHR.....	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
OSZE.....	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖMZ.....	Österreichische Militärische Zeitschrift
GO.....	Governmental Organisationen
UÇK.....	Ushtria Çlirimtare e Kosovës
UNDP.....	United Nations Development Programme
UNHCR.....	United Nations High commissioner for Refugees
UNMIK.....	United Nation Mission In Kosovo
UNRIC.....	United Nations Regional Information Centre
USAID.....	United States Agency International Development

*„Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden,
die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer,
denen er anvertraut ist.“ (Cicero)*

1. Einleitung

„Niemals haben wir den Glauben an den Traum verloren, unter den freien Nationen zu stehen. Der Tag ist gekommen: Von diesem Moment an ist Kosovo stolz, unabhängig und frei.“ Mit diesen Worten verkündete Premierminister Hashim Thaçi am 17. Februar 2008 im Parlament in Priština/Prishtina die Unabhängigkeit des Kosovo (Die Presse, 2008). Der Kosovo stellt den jüngsten Staat in Europa dar. Ein Staat, der immer noch um eine breite internationale Anerkennung ringt. In keinem anderen Land, in relativer Nähe zu Österreich, kann man die praktische Umsetzung von politikwissenschaftlichen Forschungsgebieten beobachten. Im Kosovo wird seit über 12 Jahren externe Staatsbildung („State Building“) betrieben.

Mein persönlicher Bezug zum Kosovo liegt darin, dass ich dreimal im Rahmen des friedensunterstützenden Einsatzes mit dem Österreichischen Bundesheer im Kosovo eingesetzt war. Die daraus gewonnenen persönlichen Erfahrungen und Erkenntnisse fließen in die vorliegende Arbeit ein. Meine derzeitige Beschäftigung in der Kosovo-Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erlaubt mir Forschungstätigkeit vor Ort durchzuführen.

Ich bin der Meinung, dass man den Konflikt und die darauffolgenden Jahre nur dann erfassen kann, wenn man sich auch umfassend mit der Geschichte der Region auseinandersetzt. Daher wird sich ein Teil dieser Masterarbeit mit historischen Aspekten des Kosovo beschäftigen. Dies soll einzig dabei unterstützen, die derzeitige Situation im Kosovo und die Positionen der verschiedenen Akteure zu verstehen. Um den Umfang der Masterarbeit nicht ausufern zu lassen, werde ich mich bei den historischen Betrachtungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken.

In der Folge möchte ich mich mit dem externen *State Building* im Kosovo auseinandersetzen, welche internationalen Akteure daran beteiligt sind, wie deren Rolle zu bewerten ist und welche Bedeutung Österreich in diesem Gefüge hat. Dabei werde ich versuchen Erkenntnisse aus der Literaturrecherche, Analysen einer persönlich durchgeführten, nicht repräsentativen Umfrage und persönliche Erfahrungen zu einer Gesamtbewertung zu vereinen. Ebenso

möchte ich die im Kosovo eingesetzten Mittel von 1999 bis jetzt durch die Internationale Gemeinschaft (IG) – besonders hinsichtlich des Finanzmitteleinsatzes – kritisch den in der Literatur viel zitierten *achievements* und dem *status quo* des Kosovo gegenüber stellen. Die IG wird sich die kostspielige und gleichzeitig ineffiziente Unterstützung für den Kosovo über kurz oder lang nicht mehr leisten können. Es ist auch eine Frage der Zeit, wann die SteuerzahlerInnen der jeweiligen unterstützenden Staaten (einerseits auf bilateralen Ebenen und auch in internationalen Organisationen zusammengefasst) diese großzügige Hilfe nicht mehr unterstützen wollen. Auch wenn die globale Wirtschaftskrise überwunden scheint, so sind die nächsten Herausforderungen schon erkennbar (politische Umstürze in Nord-Afrika, NATO-Intervention in Libyen, Diskurs über Atomkraft, usw.), die klare Auswirkungen auf die Interessen und Schwergewicht in der Außenpolitik der Akteure haben. Die Gefahr ist, dass der Kosovo aus dem Fokus der IG rückt und im Zustand eines *unfinished state* zurückgelassen wird.

Österreich spielte am Balkan historisch gesehen immer eine wichtige Rolle. Der Kosovo selbst war nicht ganz so intensiv mit Österreich verstrickt wie die anderen Balkanländer (beispielsweise Bosnien und Herzegowina, Montenegro). Allerdings wurde Österreich in der jüngeren Vergangenheit ein sehr wichtiger und intensiver Partner. Sei es durch die Aufnahme der ersten Gastarbeiterwelle, Unterstützung der geistigen Elite während des Milosevic-Regimes, oder durch die österreichische Beteiligung am KFOR-Einsatz. Österreichs Beitrag für die Selbständigkeit und Weiterentwicklung über die Jahre hinweg ist beachtlich. Ich werde in der vorliegenden Arbeit die wichtigsten österreichischen Beiträge und Unterstützungen erörtern.

2. Definitionen

In der vorliegenden Arbeit wird oftmals Bezug zu den Begriffen Nation, Staat und deren jeweiliger Bildung genommen. Wurden Nationen in der Neuzeit oftmals aus einer postkolonialen Situation heraus geboren, ist im Allgemeinen seit 1989 eine neue Form der Entstehung von Nationen und Staaten zu beobachten. Die Begriffe von Nation, Nationenbildung (Nation-Building), Staat und Staatsbildung (State-Building) liegen sehr eng beieinander und werden in der Literatur auch nicht immer trennscharf verwendet.

2.1 Nation

Wie schon einige Begriffe zuvor hat auch die Bezeichnung Nation mehrere Deutungsmöglichkeiten. Eine konservative Interpretation sieht den Begriff und seine Bedeutung eher statisch. Das soll heißen, eine Nation ist in diesem Fall eine ethnische Gemeinschaft (mit all ihren objektiven oder subjektiven gemeinsamen Merkmalen), die vorwiegend in den Grenzen eines bestimmten Gebietes lebt. Dieser Definitionsversuch wird durch eine offenere Interpretation ergänzt, wo auf einem Staatsgebiet verschiedene Gruppen leben. Dadurch wird das Veränderungs- und Entwicklungspotenzial betont. Dieser zweite, rein territoriale Ansatz entspricht weitaus mehr einer modernen Gesellschaft als der ethnische Ansatz. (BPB, 2006)

Wie sich eine Nation im Laufe ihrer Geschichte definierte, ist jeweils aus dem historisch-politischen Umfeld zu sehen. In Osteuropa, so auch im Kosovo, kam es nach dem Staatszerfall zu einer Rückkehr auf konstituierende Eigenschaften, „[...] die für sie vor der kommunistischen Herrschaft bestimmend waren und die sie hinreichend von anderen Großgruppen abgrenzen: ethnische Zugehörigkeit, Geschichte, Religion und Europaphilie.“ (Nohlen, 2005)

Eine Nation ist die Einheit von gemeinsamen Werten wie beispielsweise Kultur, Sprache oder Religion, die sich zumeist in einer politischen Organisationsform wiederfindet. Die Entstehung einer Nation oder die Nationenbildung ist ein längerer Prozess, immer wieder Veränderungen unterworfen und letztlich eine nicht endende Entwicklung.

„Der Begriff N[ation] hat zwei unterschiedliche Bedeutungen: 1) Die konservative Interpretation betont das statische Element, d.h. die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gemeinschaft (auch: Volk), die als Großgruppe von Menschen über bestimmte homogene Merkmale (z.B. gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte) verfügt und (zumeist) innerhalb

eines bestimmten Territoriums zusammenlebt (Abstammungsgemeinschaft). 2) Die offene Interpretation betont die Veränderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben, dass in einem Staat (Groß-)Gruppen zusammenleben, die sowohl über gemeinsame als auch über unterschiedliche Merkmale verfügen und dadurch die Chance für einen Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern (Zugehörigkeitsgemeinschaft). Die offene Interpretation des Begriffes N. entspricht eher dem Verständnis moderner demokratischer Gesellschaften. Unter Berücksichtigung des territorialen Aspekts ist zwischen staatenloser (Kultur-)Nation, deren Merkmale insbesondere eine gemeinsame Sprache, Kultur und Religion sind (z.B. Kurden), und Staatsnation zu unterscheiden, die in (mehr oder weniger geschlossener) territorialer Gemeinschaft lebt und anstelle des ethnischen stärker das politische Element der Gemeinschaft betont (Verfassungspatriotismus).“ (BPB, 2006)

2.2 Nationenbildung

Der Begriff der Nationenbildung¹ ist in Post-Konflikt-Staaten wie dem Kosovo ein äußerst immanenter, besonders wenn es sich wie im vorliegenden Fall um einen ethnisch begründeten Konflikt handelt.

Eine erste Annäherung, trotz streng analytischer Betrachtung, deutet den Begriff „Nationenbildung“ als einen Prozess der Bildung und Formierung einer Nation, bzw. auch eines Nationalstaates. Das Lexikon der Politikwissenschaft definiert Nationenbildung als einen Begriff der Modernisierungstheorie. Die Politologen Almond, Pye und Deutsch beschäftigten sich in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts mit diesem Begriff. In diesem Analysemodell sind die Elemente (1) Soziale Mobilisierung, (2) Politische Eliten und (3) Krisen und Krisensequenzen enthalten, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Einzig das Element der politischen Eliten möchte ich hier kurz erwähnen, da diesem in den gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozessen eine besondere Rolle zukommt. Die politischen Eliten stellen in der Formierung einer Nation Akteure dar, deren Problemlösungskapazität für Krisenbewältigungen im Bereich der Staatsbildung und der Nationenbildung zum Tragen kommen können. (Nohlen, 2005; S. 597)

In der Praxis wurde der Begriff in den 1950 und 1960er Jahren auf Staaten der Dritten Welt angewendet, als diese versuchten westliche Standards in Form von Wirtschafts- und Politiksystemen zu übernehmen. In den 1970er Jahren verband man mit Nationenbildung, bedingt durch die Vietnampolitik, militärische Strategien, die mit politischen Konzepten verknüpft wurden und somit eine „Pazifizierung“ erreichen sollten. Der Begriff der

¹ Vielfach wird im deutschen Sprachraum auch der englische Begriff nation-building verwendet.

Nationenbildung wurde in den 1990er Jahren sehr breit verwendet, dies allerdings durchaus vage und mitunter auch widersprüchlich. Deshalb möchte ich versuchen den Begriff in seiner derzeitigen Verwendung näher zu betrachten.

„Government policies intended to stimulate patriotism, to make a country function more effectively as a unit, and to ward off threats of secession and civil war. [...] They [nationbuilding policies] range from the promotion of simple symbols of national identity [...] to the establishment of national educational curricula, compulsory military service, and the construction of nationwide transportation and communication systems.“ (Hosiner, 2003; S. 15).

So wird Nationenbildung als Strategie gesehen, um einen Zerfall von Staaten und der Aufspaltung von Gesellschaften entgegenzuwirken. Andererseits wird der Begriff oft als Option zu militärischen Interventionen, aber auch als Instrument in Post-Konflikt-Szenarien angesehen. Nationenbildung ist somit ein extrem weitläufiger Begriff, der Elemente der Außen-, Entwicklungs- und auch der Militärpolitik vereint und im weitesten Sinne Stabilität und Entwicklung als Ziel hat.

Jochen Hippler schreibt allgemein von unterschiedlichen Herangehensweisen. Zum einen spricht er von einem beschreibenden, analytischen Konzept und zum anderen von einem normativ orientierten. Dabei erinnert der erste Ansatz an die historische Verwendung des Begriffes und den Versuch gesellschaftlich-historische Prozesse und Entwicklungen in sozio-politischen Bereichen zu analysieren. Es wird also der Frage nachgegangen, welche Regelkreise einer gemeinsamen Gesellschaft einen eigenen Staat entstehen lassen können. Diese Prozesse sind allerdings nicht normiert und können sehr unterschiedlich ausfallen. Der Prozess der Nationenbildung muss dabei nicht friedlich ablaufen, ist aber auch nicht zwingend mit Gewaltausübung verbunden.

Bei der zweiten Herangehensweise (normativ orientiert) verfolgen innere und äußere Akteure politisch strategische Ziele, die mit Hilfe der Nationenbildung umzusetzen sind. Hier ist Nation eher programmatisch oder auch konzeptionell und soll drei Funktionen erfüllen: (1) Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität, (2) Stärkung von wirtschaftlichen Entwicklungschancen und (3) Dominanz sowie auch Kontrolle über die Gesellschaft. (Hippler, 2003).

Befasst man sich kritisch mit dem Begriff Nationenbildung, so wird mitunter der Eindruck vermittelt, dass es sich hierbei um ein (beinahe) architektonisches Konstrukt zur Formierung einer Nation handelt. Ganz im Gegensatz zum Begriff der Nationenentwicklung, der die prozessuale und zeitliche Komponente besser umreißt.

Weitere Probleme in der Nationenbildung sind beispielsweise Fragen wie nach welchen Modellen sich der Aufbau, oder auch (Wieder)Aufbau von Nationen orientieren soll. Des Weiteren müssen die Erfolgchancen der externen Nationenbildung kritisch betrachtet werden. Auch wird nach Lektüre der einschlägigen Literatur klar, dass es sich vielfach um eine eurozentrische Sichtweise handelt und versucht wird westliche Entwicklungen durch die Nationenbildung nachzuholen. Dabei drängt sich die Frage auf: Können Eigenschaften einer Gesellschaft für eine andere Gesellschaft überhaupt beispielgebend sein?

In Summe und abschließend zu diesem Definitionsversuch ist zu bemerken, dass Nationenbildung sicherlich kein einfaches und schon gar kein problemloses Unterfangen ist. Der vielfache Versuch, gesteckte Ziele der Nationenbildung durch externe Einflussnahme zu erreichen, wird sehr kritisch betrachtet. Wie und wodurch die Ziele erreicht werden könnten, ist oft nicht ganz klar, ebenso wie die zeitliche Komponente, die zur erfolgreichen Durchführung notwendig wäre. Insbesondere ist zu bedenken, wie Nationenbildung in einer immer stärker globalisierenden Weltwirtschaft und der damit zurückgedrängten Bedeutung von Nationalstaatlichkeit funktionieren kann.

Ein weiterer diffiziler Aspekt dreht sich um die Legalität der externen Nationenbildung. Das Einmischen in innerstaatliche Abläufe durch Akteure von außen ist zwar durch die VN-Charta² verboten, wird allerdings auch vielfach missachtet. Gleichzeitig wird externe Nationenbildung bei zerfallenden Staaten, besonders hinsichtlich einer humanitären Krisenprävention, als absolut legitim angesehen.

Wichtig ist es in jedem Fall den Begriff der Nationenbildung von anderen, ähnlichen Begriffen wie der Staatsbildung (siehe unten) oder auch der (postkonfliktären) Friedensschaffung nach Konflikten („post-conflict peace-building“) abzugrenzen.

Nationenbildung findet also auf einer ideellen Ebene statt und wirkt integrativ und identitätsstiftend. Sie soll die Mitglieder einer Nation miteinander verflechten und auf eine gewisse Art und Weise vereinheitlichen. Damit dient die Nationenbildung langfristig der Konfliktprävention.

2.3 Nationalstaat

Der Begriff des Nationalstaates ist seit der Französischen Revolution idealistisch, fast schon romantisch verklärt. Ein Nationalstaat ist weitestgehend die Deckungsgleichheit einer Ethnie

² *“Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charter; but this principle shall not prejudice the application of enforcement measures under Chapter VII.”* (UNO, 1945; Ch. I, Art. II, (7))

(Gemeinschaft, Volk, Nation) mit seinem Staat. (BPB, 2006) Auch wenn (wie weiter oben bereits ausgeführt) Völkerrecht den Gebietsanspruch und das Recht auf Selbstbestimmung rechtlich abdeckt, schwingt beim Begriff Nationalstaat zwangsläufig auch Intoleranz gegenüber anderer Gemeinschaften und Minderheiten mit.

Sir Karl Popper sah in Nationalstaaten nur einen Mythos, eine irrationale und romantische Utopie. Der Nationalstaat war für ihn ein Wunsch(Traum) von Naturalismus und Stammeszugehörigkeit. (Popper, 1966) Popper geht also mit Nationalisten recht hart ins Gericht und spricht ihnen und nationalistischen Ideen an sich jegliche Vernunft und jedwede moderne Eigenschaft ab.

2.4 Nationalismus

Schon Sir Karl Popper sah im Nationalismus ein Überbleibsel aus längst vergangenen Tagen. Für ihn war Nationalismus ein Gefühl der Stammeszugehörigkeit (ähnlich einem Urinstinkt), das von Vorurteilen und starken Emotionen (wie etwa Leidenschaft) dominiert wird. Zusätzlich sah er im Nationalismus das persönliche Verlangen, der Eigenverantwortung zu enttrinnen, um sich im Kollektiv verstecken und die Verantwortung auf die Allgemeinheit abschieben zu können. (Popper, 1966)

Nationalismus könnte man demnach als eine Strömung bezeichnen, die versucht für eine bestimmte Gemeinschaft das Recht auf Bildung eines Nationalstaates abzuleiten. Argumente finden sich oftmals in der gemeinsamen Sprache, Kultur, den Sitten und Gebräuchen, oder auch in der gemeinsamen Geschichte eines Volkes oder einer Nation.

In seinem Werk „*Theories of Nationalism*“ nennt Anthony Smith vier Grundzüge, die alle Nationalisten miteinander verbinden:

1. Die Aufteilung in Völker ist von Natur aus gegeben, wobei jedes einzelne Volk über seinen eigenen einzigartigen Charakter verfügt. Dieser *Volkscharakter* muss sich frei entfalten können.
2. Um sich in ihrer Gesellschaft vollkommen frei entfalten zu können, müssen sich alle Mitglieder mit ihrem Volk und ihrer Nation identifizieren. Somit entsteht eine verbindende Loyalität.
3. Zur vollen Entwicklung gelangen Nationen nur, wenn sie über einen eigenen Staat, ja sogar über eine eigene Regierung verfügen. Daraus resultiert das Recht auf Selbstbestimmung.

4. Die Staatsgewalt selbst ist nur durch die Nation legitimiert und muss nach dem Willen der Nation handeln. (Smith, 1971)

Das bedenkend liegen düstere Beispiele aus der Geschichte mit rechtspopulistischen Aussagen der Gegenwart leider sehr eng beieinander³. Der nationalistischen Logik folgend, dass aus der Existenz eines Volkes auch das Recht auf einen dazugehörigen Staat abzuleiten ist, wurde im Grunde genommen völkerrechtlich bindend anerkannt. So sieht der Artikel 55⁴ der Charta der Vereinten Nationen vor, dass eine Nation den Anspruch auf eigene staatliche Souveränität besitzt. (UNO, 1945) Wie problematisch die praktische Umsetzung hiervon ist und welche Herausforderungen an die Internationale Politik gestellt werden, wurde in den letzten Jahren besonders am Balkan, aber auch in Afrika sichtbar.

Der Nationalismus stellt die Nation über alles. „*Du bist nichts, dein Volk ist alles*“. (Kronenberg, 2006; S. 155) Nationalismus und Patriotismus liegen thematisch sehr eng beieinander. Dennoch könnte man dem Patriotismus – auch wenn dies ein optimistischer Zugang ist – unterstellen, dass er sich a priori nicht mit der Abgrenzung gegenüber dem Fremden beschäftigt. Der frühere Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker sagte einst: *"Patriotismus ist Liebe zu den Seinen; Nationalismus ist Hass auf die anderen."* (Osterkorn, 2006)

Abschließend und zusammenfassend möchte ich hier noch eine Definition des Online-Nachschlagewerkes der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) aufnehmen:

„N[ationalismus] bezeichnet eine Ideologie, die die Merkmale der eigenen ethnischen Gemeinschaft (z.B. Sprache, Kultur, Geschichte) überhöht, als etwas Absolutes setzt und in dem übersteigerten (i.d.R. aggressiven) Verlangen nach Einheit von Volk und Raum mündet.“ (BPB, 2006)

2.5 Ethnonationalismus

Im Bereich des Nationalismus, der Kultur und der Ethnien ist vieles konstruiert und für besondere Zwecke argumentierbar gemacht. *"Oft ist sie mehr erträumt als wirklich. Sie ist*

³ Vgl. Ausspruch „Volk will zu Volk“ aus dem Dritten Reich mit Wahlkampflogans der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wie „Abendland in Christenhand“.

⁴ *"With a view to the creation of conditions of stability and well-being which are necessary for peaceful and friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, the United Nations shall promote [...]."* (UNO, 1945; Ch. IX, Art. 55)

nicht so sehr durch gemeinsame Merkmale, sondern durch Vorstellungen konstituiert, die irgendein Element der Zusammengehörigkeit zum Spezifikum der kollektiven Solidarität erheben." (Altermatt 1996, S. 48)

Ethnonationalismus könnte man also als Weiterentwicklung, vielleicht auch eine modernere Form des Nationalismus betrachten. Immer wieder gilt es, eine zunächst konstruierte Idee eines Volkes, einer Nation zu verteidigen. Der Ethnonationalismus begründet seine Idee nach kulturellen, objektiven Kriterien. Diese sind (so wird von Nationalisten angenommen) vorgegebene und nicht veränderbare Eigenschaften einer Nation. (Jäggi, 1993; S. 20ff)

Antje Helmerich bezieht den Begriff Ethnonationalismus besonders auf Völker (staatenlose Nationen), die durch die Argumentation nach ethnisch-kulturellen Merkmalen die Chance ergreifen wollen, einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Um dieser regionalen, ethnischen Ausprägung des Nationalismus Rechnung tragen zu können, kann es auch zur Verwendung des Begriffs (Ethno-)Regionalismus kommen. (Helmerich, 2003; S. 19)

2.5 Staat

Eine nach wie vor gültige Definition für Staat ging von Max Weber aus: er sieht im Staat einen politischen Verband, der sich durch folgende Merkmale auszeichnet (Weber, 1922; S. 30ff):

1. Nachhaltig definiertes Territorium und dessen Beherrschung und aller innerhalb der Grenzen befindlicher Menschen
2. Eine staatliche Ordnung, die durch Gewaltmonopol aufrecht gehalten wird
3. Eine Verwaltungs- und auch Rechtsordnung, wodurch das Gewaltmonopol legitimiert wird
4. Dauerhafte Staatsverwaltung

Gemäß Weber ist die Grundfunktion des Staates

„die Setzung des Rechts (Legislative), der Schutz der persönlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung (Polizei), der Schutz der erworbenen Rechte (Justiz), die Pflege von hygienischen, pädagogischen, sozial-politischen und anderen Kulturinteressen (die verschiedenen Zweige der Verwaltung) endlich und namentlich auch der organisierte Schutz nach außen (Militärverwaltung)“
(Weber 1922; S. 615)

Eine sehr ähnliche Definition hielt auch in das Völkerrecht Einzug, denn die Konvention über Rechte und Pflichten von Staaten, die 1933 unterzeichnet wurde, besagt in Artikel 1: „*The state as a person of international law should possess the following qualifications: a) a permanent population; b) a defined territory; c) government; and d) capacity to enter into relations with the other states.*“ (Montevideo Konvention, 1933; Art. 1)

2.6 Staatsbildung

Der Begriff der Staatsbildung⁵, oder auch Staatsaufbau, ist eng verbunden mit jenem der Nationenbildung und wird vielfach auch synonym verwendet. Dies führt oft zu Verwirrungen und dient keinesfalls dazu Klarheit in diesen wichtigen Begriffen zu erhalten.

Der Frage nachzugehen, wie und wodurch ein Staat gebildet werden kann, erfordert zunächst auch Kenntnis darüber, was ein Staat überhaupt ist. Hier muss man sich bewusst sein, dass der Staatsbegriff selbst und was Staatlichkeit ausmacht nicht nur historisch, sondern beispielsweise auch regional einer großen Variabilität unterworfen ist.

Stein Rokkan erarbeitete in den 1970er Jahren ein Vier-Phasenmodell der Entwicklung zum modernen Staat. Darin reiht er die Staatenbildung vor alle anderen Phasen wie Nationenbildung, Herausbildung von Massendemokratien und Entwicklung von Wohlfahrtsdemokratien. (Rokkan, 1971) Allerdings ging Rokkan hierbei rein quantitativ vor, und es ist schade, dass er nur Beispiele der Staatsbildung in der europäischen Geschichte suchte. Umso fragwürdiger auch sein Versuch, eben diese nationalstaatlichen Modelle auf Afrika und Asien umzulegen. Es ist aber auch festzuhalten, dass zwischen den Ausführungen Rokkans und der derzeitigen Diskussion über Staats- und Nationenbildung mehr als drei Jahrzehnte liegen. So hat sich das Staatsverständnis von einer sozial-integrativen Staatsidee zu Staatlichkeitsmodellen entwickelt, die die Funktion als Ordnungsmacht betonen. Des Weiteren konzentrierte sich Rokkan auf die Entwicklungsidee, während sich heutige Debatten vielfach um Sicherheitsparadigmen drehen.

Staatsbildung wurde erstmals ernsthaft thematisiert, als es um die Bildung der westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg ging. Dabei standen vor allem die Souveränität und Macht des Staates in Bezug auf seine Gesellschaft im Vordergrund (Vgl. Tilly, 1975)

Wie bereits oben erwähnt, widerfährt dem Begriff Staat im Laufe der Zeit eine Bedeutungsänderung. Diesen geänderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen und dennoch staatliche Machtansprüche durchzusetzen ist ebenso Aufgabengebiet des

⁵ Ähnlich wie beim Begriff Nationenbildung wird auch der Begriff Staatsbildung mit einem Anglizismus ersetzt und das Wort state-building verwendet.

Staatsaufbaus. Dies gilt im Besonderen für Staaten, die sich im Umbruch oder in einem Transformationsprozess, wie der Kosovo, befinden. Hier sieht sich die Staatsbildung gefordert schwache Staatsstrukturen zu stärken oder gänzlich neu aufzubauen.

Somit ist die Staatsbildung eher der technische Teil in der Konstruktion eines Staates, wenn es gilt, das staatliche Gewaltmonopol (wieder)herzustellen und staatliche Organe zu stärken. Aber es handelt sich auch um den Aufbau der staatlichen Institutionen und die Stabilisierung des Staatsgefüges durch die Wahrung der inneren sowie äußeren Sicherheit. Demzufolge ist die Verfassung eines Staates ein wichtiger Baustein im Staatsaufbau, da diese den Rahmen für das Demokratiemodell, die staatliche Verwaltung und für die generelle Ausrichtung des Staates bildet.

Wie eng allerdings die Staatsbildung mit der Nationenbildung vermenget ist, hat bereits Huntington bemerkt, wenn er hervor streicht, dass die kulturelle Identität maßgeblich durch die Demokratie eines Staates, seine politischen Institutionen sowie der Art und Weise wie BürgerInnenrechte in der Verfassung eines Staates verankert sind, beeinflusst wird. (Huntington, 2004)

Neuere Diskussionen rund um die Staatsbildung drehen sich vermehrt um die Souveränität und Legitimität. So sieht Francis Fukuyama bedingt durch die zahlreichen humanitären Interventionen in den 1990er Jahren die Souveränität der Staaten erodiert, da er aus humanitären Beweggründen nicht nur ein Recht zu Intervention ableitet, sondern sogar die Pflicht dazu fordert (Fukuyama, 2004). Wo eine legitimierte Intervention für einen externen Staatsaufbau beginnt und wo sie überschritten wird, ist auf keinen Fall einfach zu beantworten und kaum lösbar im Rahmen dieser Bachelorarbeit. Allerdings ist es sehr augenscheinlich, dass Francis Fukuyama in seinen Ausführungen eine recht typische US-amerikanische Sichtweise der internationalen Politik vertritt.

Ein anderer Grund, warum State-Building (wieder) mehr in den Fokus der internationalen Politik – insbesondere der USA – rückt, ist die eventuelle Bedrohung, die von schwachen oder gescheiterten Staaten ausgeht. *„America is now threatened less by conquering states that we are by failing ones. We are menaced less by fleets and armies than by catastrophic technologies in the hands of embittered few.”* (White House, 2002). Auf der anderen Seite gibt es auch Kritik, dass schwache oder gescheiterte Staaten mitunter das Resultat der Globalisierung und deren Folgen sind. Alejandro Bendaña schreibt beispielsweise: *„It is much easier, for example, to blame war lords, ‚ethnic‘ rivalries, and dictators as ‚causes‘ of breakdowns, than to review how the process of globalization has weakened states, forcing them to slash public services and privatize government enterprises.”* (Bendaña, 2007)

In der vorliegenden Arbeit beschäftige ich mich vorrangig mit dem Prozess des State Building und grenze diesen vom Begriff Nation Building ab. Im öffentlichen Diskurs werden diese beiden Begriffe oftmals vermischt, allerdings unterscheidet die Politikwissenschaft schon lange deren Bedeutung (Tilly, 1975; S. 70f). Staat ist nicht gleich Nation, und die beiden bedingen einander nicht zwingend. Eine Nation kann durchaus ohne Staat sein und umgekehrt. Im weitesten Sinne ist State Building die Schaffung von Regierungseinrichtungen und Förderung bereits bestehender (Fukuyama, 2004; S. 17). Dabei muss es sich nicht immer um externe Akteure handeln. Es ist durchaus möglich, dass ein Staat von innen, d.h. die eigene Gesellschaft (neu)aufgebaut wird. Eine Unterstützung von außen, während lokale Akteure die Hauptlast des State Building übernehmen, scheint vielversprechend zu sein. Hier fließen die Grenzen von Förderung von Good Governance und State Building ineinander. Hinzu kommt, dass State Building nicht immer eine Erfolgsgeschichte sein muss und Schwankungen unterlegen ist. Auch die Entwicklung der europäischen Staaten war immer wieder von Rückschlägen und Stagnationsphasen durchzogen (Tilly, 1975; S. 34f). State Building ist im Vergleich zu Nation Building sicherlich einfacher und dennoch ein langwieriger und diffiziler Prozess. Die Staatenbildung in Europa war von Gewalt geprägt und verursachte enorme Kosten. Akteure im modernen State Building stoßen mitunter auf Widerstand und müssen ihre Missionsziele im schlimmsten Fall gegen lokale Mächte durchsetzen. Optimal wäre es natürlich, den externen State Building Prozess im Konsens mit den lokalen Eliten und der Zivilgesellschaft umzusetzen.

3. Theorie

Die Demokratisierung eines Landes ist vorwiegend ein Prozess, der von innerstaatlichen Gremien getragen wird. Diese stellen auch Schlüsselfiguren und die wichtigsten Ansprechpartner für externe Akteure dar. Denn ohne eine Koordinierung und Akkordierung zwischen den externen und internen Akteuren ist eine langfristige Demokratisierung nicht erfolgsversprechend. Externe Demokratisierung wird in zwei Formen untergliedert:

1. Demokratieförderung

2. Demokratieerzwingung

Nicht nur, dass die Demokratieförderung ein junges Themengebiet ist, fehlt es hier an konkreten Definitionen. Begriffe wie: „*democracy promotion, democracy assistance, democracy-related assistance, political aid, political assistance, political development aid* oder *external support for democratic development*“ changieren (Merkel, 2010; S. 438). Doch im Kosovo ging es zunächst darum, mittels der militärischen Intervention der NATO die Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Im Rahmen des UN-Protectorats wurden auch Demokratieförderungsprozesse eingeleitet. Demokratieförderung ist ein langwieriger Prozess, der seine Resultate erst später erkennen lässt und zusätzlich ist es auch noch unsicher, ob er überhaupt erfolgreich ist. Im Falle des Kosovos ist eine Bewertung schwierig. Es ist hier sicherlich zu früh, um eine seriöse Bewertung durchführen zu können. Gleichzeitig können durchaus Erfolge in der Demokratieförderung verbucht werden. Realistischer Weise sind diese angesichts der bereits vergangenen Zeit und den Mitteleinsatzes nur kleine Schritte.

Seit der einseitig erklärten Unabhängigkeit des Kosovos ziehen sich die IOs immer mehr zurück und nehmen bestenfalls eine supervisierende oder beratende Rolle ein. Mitunter wieder der Kosovo in der derzeitigen Phase als *failed* -, *failing* -, *fragile* -, oder *unfinished state* bezeichnet. Dies macht Demokratieförderung noch schwieriger. Im Gegensatz zu anderen failed states sind die staatlichen Institutionen im Kosovo vorhanden. Die Probleme im Kosovo liegen vielmehr in der mangelnden Rechtsstaatlichkeit und in der schwachen basalen politischen Identität. Das bedeutet, dass die zahlreichen IOs nicht nur am State-Building arbeiten müssen, sondern auch im Bereich des Nation-Buildings. Das kann „[...] bedeuten, dass die IG ‚liberale Protectorate‘ etablieren, finanzieren und garantieren muss, um den Teufelskreis von gescheiterter Staatlichkeit, ethnischen Konflikten, Bürgerkrieg, Drogen und Gewaltökonomie zu durchbrechen.“ (Merkel, 2010; S. 450)

Bedenkt man, dass hier noch nationale Interessen der Geberländer, die Ungeduld und der Drang nach schnellen Erfolgen, enden wollende finanzielle Mittel angesichts globaler Finanzkrisen und oftmals fehlender Kooperationswille der kosovarischen Institutionen vorhanden sind, nimmt die Kosovo-Problemantik gordische Verhältnisse an.

4. Politische Situation im Kosovo

Der Balkan im Allgemeinen und der Kosovo im Spezielleren war immer Schauplatz von blutigen Auseinandersetzungen in den letzten Jahrhunderten. Mitte des 12. Jahrhunderts war das Gebiet des heutigen Raska, Kosovo und Metohijen das Kerngebiet der serbischen Nemanjia Dynastie. In der wechselvollen Geschichte dieser Region gab es immer wieder Machtwechsel und oftmals waren damit auch Wechsel in der vorherrschenden Religion verbunden. So war der Kosovo seit dem 13. Jahrhundert für die serbisch-orthodoxe Kirche eine überaus wichtige Bedeutung dar. Auch wenn in der Literatur die Meinung vorherrscht, dass eine Nationenbildung erst Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, sind eine Reihe von Schlachten am Amselfeld (Kosovo Polje) für die serbische Identität von großer symbolischer Wichtigkeit. „*Kosovo Polje is an event and a place that serves as a major milestone in history.*“ (White, 2006; 31) Diese Schlachten wurden oftmals mystifiziert und von serbischen NationalistInnen dazu verwendet, um die serbische Identität von jener der muslimischen Abzugrenzen.

Der Zusammenbruch der kommunistischen und sozialistischen Systeme in Ost- und Südost-Europa kam für die meisten politischen AnalytikerInnen und politischen BeobachterInnen durchaus überraschend. Obwohl in dieser Zeit zahlreichen Institutionen zur Konfliktprävention eine besondere Rolle zufiel, wurden der internationalen Staatengemeinschaft die Grenzen dieser Sicherheitskonstrukte aufgezeigt (Prochazka, 2007). Im Falle des Balkankonflikts wäre es sinnvoll, zumindest überblicksartig bis in das 15. Jahrhundert zurück zu gehen. Um den Umfang dieser Seminararbeit nicht zu sprengen, werde ich mich auf die politische Entwicklung seit Mitte des 20. Jahrhunderts konzentrieren. Das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ entstand als „erstes“ Jugoslawien 1918 nach dem die Habsburger Monarchie zerfallen war und kannte zwar schon marktwirtschaftliche Elemente wie auch Privateigentum, wurde allerdings von Serbien dominiert. (Woyke, 2008) Diese „südslawische Union“ entstand auch als Reaktion auf italienische Gebietsansprüche in Dalmatien. Doch vereint war diese keineswegs und so kam es sehr rasch zu bewaffneten Widerständen rund um die Staatsbildung von Kroatien und Montenegro, die sich gegen die serbische Dominanz wehrten. (Mazower, 2002)

4.1 Politische Situation und Status unter der Ära Titos

Die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung am Balkan schürte ebenfalls den Hass unter den verschiedenen Ethnien und nutzte diesen aus um die Ethnien immer wieder gegen

einander auszuspielen, bzw. opportunistischen Gruppierungen die Möglichkeiten zu geben gegen ihre Gegner vorzugehen.

Die Situation im Kosovo ab (und auch vor) dem Zweiten Weltkrieg war immer sehr eng mit der politischen Lage in Albanien verbunden. Der Zweite Weltkrieg hatte auch Auswirkungen auf das Gebiet des heutigen Kosovos und die nationalen Spannungen ihren damaligen Höhepunkt. Albanien wurde von Italien besetzt und Angriffe von Italien auf Griechenland (1940) und Angriffe von Deutschland auf Jugoslawien und Griechenland (1941) stellten eine neue politische Ordnung am Balkan her. In weiterer Folge kam es aber nicht nur zu Partisanenkämpfen gegen die Besatzer, sondern auch zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen unter den jugoslawischen Nationalitäten. Wechselnde und nicht eindeutig zuordenbare Allianzen führten zu enormen Spannungen, die sich teilweise in grauenvollen Massakern an der Zivilbevölkerung entluden. Auch das Gebiet des heutigen Kosovos war von Kampfhandlungen nicht verschont. Ab 1943 wurde das „zweite“ Jugoslawien als Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) geführt und bestand aus 6 Republiken und den beiden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo, die zur Republik Serbien gehörten.

1944 zogen sich die deutschen Truppen zurück, worauf die kommunistische Partei und dessen Partisanenbewegung die Macht übernahm. Im selben Jahr kam es auch zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Albanern und jugoslawischen Truppen. Besonders im Raum der südkosovarischen Stadt Prizren kam es dabei zu größeren Kämpfen und Massakern an AlbanernInnen. Josip Broz Tito war zu dieser Zeit längst zur Führungsfigur aufgestiegen und war Generalsekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Jugoslawiens und wurde von den Alliierten unterstützt und anerkannt. (BMLV, 2005; S. 36)

Jugoslawien durchwanderte, laut Professor Dieter Segert, unter Tito von 1945 bis 1980 drei wichtige Phasen:

1. Stalinismus (1945-1948): Obwohl es erst 1948 zu einem außenpolitischen Bruch mit Stalin kommt, errichtet Tito den neuen Staat zwischen den beiden Machtblöcken (NATO, Warschauer Pakt) und setzt auf Unabhängigkeit und Neutralität. Schon bald begannen die Repressalien gegen die kosovarische Bevölkerung worauf bis zum Jahr 1960 rund 400.000 AlbanernInnen den Kosovo verlassen mussten und 283.000 weitere AlbanernInnen mit türkischer Herkunft zwangsweise aus dem Kosovo und aus Mazedonien emigrieren mussten. (BMLV, 2005; S. 38)

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand in Jugoslawien unter Tito keine Aufarbeitung der Kriegsgräueltaten statt. Die Republiken wurden unter den Aspekten der Brüderlichkeit und Einheit vereint und der sozialistische Staat auf den Säulen der Ideologie, Partei, Polizei und Armee aufgebaut. Während meiner Auslandseinsätze in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo wurde mir seitens der Bevölkerung immer wieder erwähnt, dass der jugoslawische Bürgerkrieg in den 1990er Jahren das spätere Aufarbeiten und auch ein Rachenehmen aufgrund der zahlreichen Kriegsverbrechen war.

2. Liberalisierung (1952-1965): Jugoslawien erlebte in den 1950er und 1960er Jahren zwar eine sehr rasante wirtschaftliche Entwicklung, doch gleichzeitig etablierten sich innerhalb der Föderation immer stärker werdende sozioökonomische Unterschiede zwischen den einzelnen Teilrepubliken. Der Kosovo gehörte zu den Regionen innerhalb Jugoslawiens, die schlecht entwickelt waren. Zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung kam auch eine politische. Diese Situation sollte sich erst 1974 durch die neue jugoslawische Verfassung ändern. Darin wurde dem Kosovo der Status einer autonomen Provinz eingeräumt und hatte seither annähernd die gleichen Rechte wie die jugoslawischen Teilrepubliken.

3. Dezentralisierung (1965-1980): Das Tito-Regime war von Anfang an mit nationalistischen Fragen beschäftigt und begegnete Spannung während dieser Zeit mit einer gewissen Dezentralisierung und der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahr 1974. In dieser wurde im Artikel 1 ausdrücklich das Recht auf Abspaltung verankert. Die Spannungslinien waren besonders entlang von weiter entwickelten Republiken im Gegensatz zu jenen, die Aufholbedarf hatten.

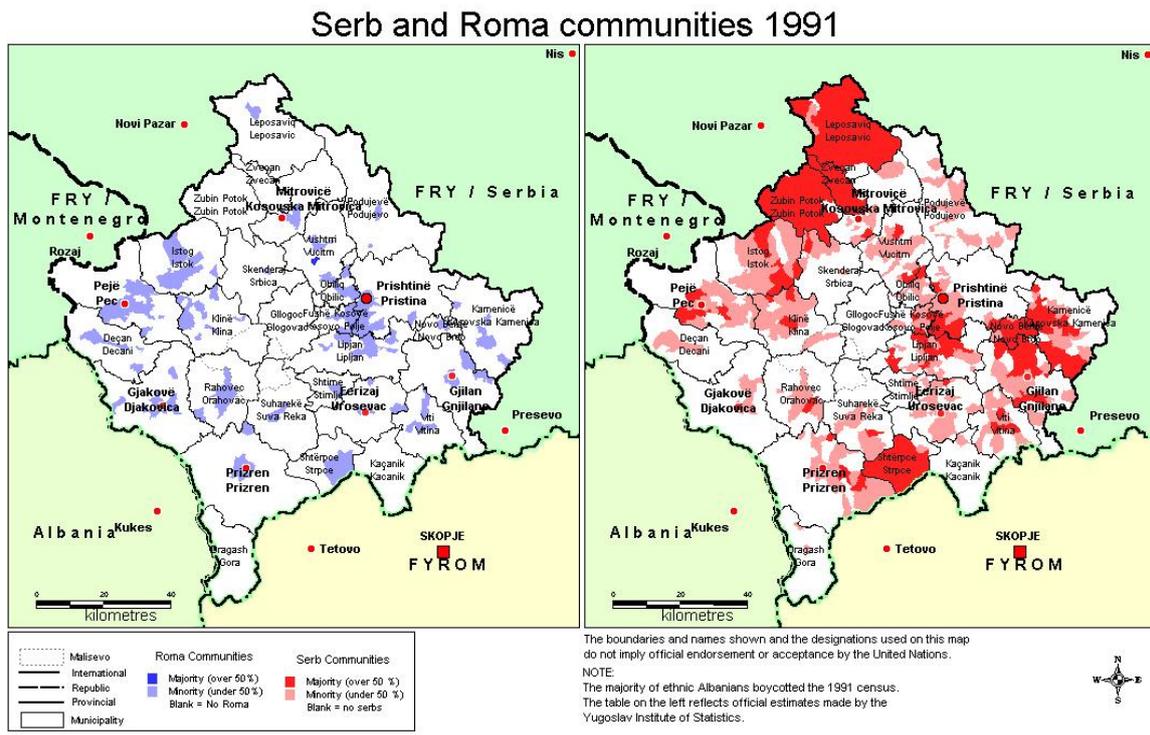
Nach dem Tod Titos 1980 sollte sich dieser Nationalitätenkonflikt noch weiter verschärfen und im Jahr 1981 kam es im von Albanern dominierten Kosovo zu Demonstrationen um damit die Staatsführung zu zwingen die vollen Rechte einer Teilrepublik auch für den Kosovo einzuräumen.

Die Sozialistische Föderation Jugoslawien bestach trotz der sozialistischen Prägung und der Assoziation mit dem Warschauer Pakt durch die Reisefreiheit und obwohl der Staat totalitär geführt wurde, spricht die Bevölkerung der damaligen Föderation immer wieder positiv von der Tito-Ära. Durch den Tod Titos ging in Jugoslawien die ordnende und zusammenhaltende Führungspersönlichkeit verloren. Das Land befand sich in einer wirtschaftlichen Krise und nicht nur deshalb wurden Mitte der 1980er Jahre immer mehr nationalistische Stimmen laut. Das Land steckte in einer multikausalen Krise und die damalige politische Führung unter

Ministerpräsident Ante Marković schaffte es nicht dementsprechend zu reagieren. Dies zeigt sich auch in der Verwendung des Slogans: „*I posle Tita sa Titom*“⁶ (Prochazka, 2007). Mit dem Tod Titos verschärfen sich die Nationalitätskonflikte und zuvor unterdrückte Gesellschaftsgruppen forderten mehr Rechte und Freiheiten.

4.2 Politische Situation und Status unter der Regierung Slobodan Milosevic

Ab dem Jahr 1986 kam es zu einem sukzessiven politischen Aufstieg von Slobodan Milosevic. Unter der Führung von Slobodan Milosevic wurde 1989 eine Verfassungsnovellierung in Kraft gesetzt, die eine Einschränkung der Selbstverwaltungsrechte für den Kosovo und die Vojvodina darstellten. 1990 wurde der Autonomiestatus gänzlich annulliert. Während des Milosevic-Regimes kam es zu einer Verstärkung nationalistischer Strömungen und zu einer Intensivierung der serbischen Propaganda. Dies verstärkte die ethnischen Spannungen noch mehr bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen serbischen para-militärischen Einheiten und der kroatischen Polizei im Raum Plitvice im Jahr 1991. (Woyke, 2008)



HCIC Kosovo
 Humanitarian Community Information Centre
 Pristina, Kosovo - 10 February 2000
 Sources: NIMA, Yugoslav Institute of Statistics, UNHCR

Abbildung 1: Ethnische Verteilung der Roma und Serben im Jahr 1991 im Kosovo. Quelle: UNHCR, 1991

⁶ Übersetzt: „Auch nach Tito mit Tito“

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen, dass es im Kosovo zu Flüchtlingsströmen aufgrund der Kampfhandlungen und teilweise auch zu ethnischen Säuberungen kam. Die offiziellen Zahlen sind sehr hoch: es kehrten 1999 über 800.000 Flüchtlinge in den Kosovo zurück, die zuvor das Land verlassen hatten, während rund 180.000 SerbInnen und Roma nach Serbien und Montenegro flüchteten. (UNRIC, 1999; humanitäre Soforthilfe)

Die tatsächliche Realität hinter diesen Grafiken ist noch immer im Kosovo zu bemerken. Zahllose verbrannte Häuser geben Zeugnis über die Gräueltaten ab. So steht beispielsweise in der süd-kosovarischen Stadt Prizren der gesamte ehemalige serbische Stadtteil leer und die Häuser der Flüchtlinge und Vertriebenen wurden zerstört oder verfallen von selbst, weil sie unbewohnt sind. Ähnliche Beispiele (aber auch von albanischen Häusern oder jener von Roma, Ashkali, oder anderen Minderheiten) lassen sich im gesamten Kosovo finden.

Milošević verstand es auch sich sehr gezielt und gekonnt politischer Symbole, einer symbolhaften Bildersprache zu bedienen (Vgl. Colovic 2000, Colovic 2000a). Dies trug auch dazu bei, dass serbische NationalistenInnen von ihren GegnernInnen immer wieder eine gewisse Mythenfixiertheit nachgesagt wird.⁷

Bereits zu Beginn der 1980er Jahre war die Kosovofrage ein Spielball von nationalistischen Strömungen. Obwohl im Verhandlungsprozess von Rambouillet große Anstrengungen unternommen wurden, scheiterten alle Maßnahmen der Konfliktprävention (Petritsch, 2005; S. 76). Auch wenn die kosovo-albanische Führung in Form der politischen Partei Lidhja Demokratike e Kosovës⁸ (LDK) unter der Leitung von Präsident Ibrahim Rugova, mit den gewalttätigen Aktionen der die kosovarische Befreiungsarmee, Ushtria Çlirimtare e Kosovës⁹ (UÇK) nicht glücklich war; mit den Überfällen auf serbische Polizeikonvois und dem öffentlichen Auftreten der UÇK in Uniform im Jahr 1997 war der Konflikt bereits im vollem Gange.

Damit schaffte die UÇK innerhalb des Kosovos eine neue Realität. Obwohl die LDK eine große Anhängerschaft hatte, erzielte die UÇK weitreichende Erfolge und scharte immer mehr BefürworterInnen ihrer Aktionen hinter sich. Durch die UÇK-Strategie wurde der Konflikt im Kosovo auch zunehmend internationalisiert und eine Intervention einer multinationalen Friedenstruppe provoziert. Dieser „Aufstieg“ einer Terrororganisation zu einem international

⁷ Immer wieder verweisen sowohl Kosovo-Serben als auch Kosovo-Albaner auf das Amselfeld. Während die einen die Wiege des serbischen Staates am Amselfeld sehen, versuchen die anderen zu erinnern, dass die damalige Schlacht am Amselfeld eine Niederlage für die serbischen Streitkräfte war.

⁸ Demokratische Liga des Kosovos

⁹ Befreiungsarmee des Kosovos

anerkannten Verhandlungspartner ging auch als das UÇK-Phänomen¹⁰ in die Geschichtsbücher ein.

Da die UÇK in einer konventionellen Taktik den serbischen Sicherheitskräften nicht ebenbürtig war, kam ihrerseits eine kleinräumige Guerilla-Taktik zum Einsatz. Auf der Seite der Serben wurden vermehrt statt Polizeikräften militärische Einheiten zur Bekämpfung der kosovo-albanischen Freischärler verwendet. Die serbischen Einheiten setzten nicht nur Artillerie ein, sondern begingen auch zahlreiche Gräueltaten an der Zivilbevölkerung.

Um die kriegerischen Auseinandersetzungen der Nachfolgestaaten des Sozialistischen Republik Jugoslawiens und die damit verbundenen humanitären Katastrophen zu beenden, entschloss sich die NATO, ermächtigt durch die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 (UNO, 1999), zu einem militärischen Einsatz ihrer Truppen mit einer Gesamtstärke von rund 50.000 SoldatInnen. Damit befinden sich seit Juni 1999 NATO-Truppen in dieser Region. An dieser Stelle möchte ich der Diplomarbeit von Shtjefen Daka und Dashnim Ismajli widersprechen, in der diese die NATO-Truppen als Besatzer bezeichnen. (Vgl. Daka, Ismajli, 2010; S. 13) Spannenderweise werden die NATO-Truppen vom Großteil der Bevölkerung für die militärische Intervention dankbar und die geleistete Arbeit wird von der Bevölkerung geschätzt. Mit der Beendigung der Kampfhandlungen und der zunehmenden Stabilisierung des Einsatzgebietes konnte die Anzahl der eingesetzten Truppen auf rund 5.000 SoldatInnen reduziert werden. Die Entwicklung und Bedeutung des KFOR-Einsatzes wird im Kapitel 6.1 behandelt. Die UN-Resolution 1244/1999 war auch nach der Beendigung der Kampfhandlung von großer Bedeutung, da die Resolution alle wichtigen Bereiche in der Post-Konflikt-Ordnung regelte (UNSCR 1244/1999, siehe Kapitel 8.2) Weitau weniger bekannte Fakten aus der UN-Resolution sind, dass die Souveränität und die territoriale Integrität der FRJ vollkommen anerkannt wurde, sowie eine Rückkehr von einer Hundertschaft serbischer Sicherheitskräfte vorgesehen war (UNSCR 1244/1999; Kapitel 8.2) Keine der beiden Resolutionsinhalte wurde je umgesetzt. Eine Rückkehr von serbischen Sicherheitskräften (Polizei, Armee) wurde nie thematisiert und die territoriale Integrität wurde von – allen voran USA – mit den Unterstützungen und Anerkennungen der Unabhängigkeit im Jahr 2008 vollkommen negiert.

¹⁰ An dieser Stelle sei angemerkt, dass unter UÇK alle kosovarischen militärischen Widerstandsbewegungen verstanden werden, gleichgültig ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung.

4.3. Politische Situation und Status bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit

Die politische Situation im Kosovo seit dem Ende des Krieges bis hin zur Ausrufung der Unabhängigkeit am 17. Februar 2008 war geprägt von einer großen Dominanz der internationalen Präsenz. Die provisorische Übergangsregierung von UNMIK geschaffen und verwaltet und besonders in den Anfangsjahren des internationalen Protektorats war die Anzahl der Organisationen¹¹ (und die Personalstärke der jeweiligen Missionen), die mit den unzähligen Aspekten der Staats- und Nationenbildung beauftragt waren besonders groß. Dourcette und Thaci zitierten 2004 in ihrem Buch „Kosova ‚Moral Democracy‘ or Kosovo ‚Greater Serbia‘“ eine leider nicht näher definierte Quelle:

„International assistance is needed to educate and motivate all Refugees and Kosovars in Kosova so they will come to feel and experience the excitement of direct contribution to the establishment of a new Democracy and the becoming a part of history that will record all their efforts. Motivation to return, remain and be involved will be enhanced when individuals believe that they can make a real contribution, and create a healthy economy and social life. Kosovars must believe in a positive future in order to endure hardship and be motivated to participate.” (Dourcette, Thaci, 2004; S. 1)

Dieses Zitat ist insofern recht interessant, weil viele angesprochenen Ziele von Anfang nicht, oder nur teilweise erreicht wurden. Der Grund liegt aber eher im Scheitern der *Internationals* als im oftmals zitierten Unwillen der *Locals*. Der Rückführungsprozess der Flüchtlinge und Vertriebenen war nicht erfolgreich. Nur wenige konnten wieder in ihren angestammten Wohngebieten angesiedelt werden. Hier waren auch zahlreiche Projekte nicht realistisch geplant. Noch immer kann man eine Vielzahl von zerstörten Häusern in manchen Gebieten des Kosovos sehen. Gleichzeitig wurden von so mancher NGO Häuser für RückkehrerInnen gebaut, die nach wie vor leer stehen, weil niemand in seine Nachbarschaft zurückkehren will, die einst den Ausschlag gab, überhaupt wegziehen zu müssen. Ich habe aber Rückführungsprojekte miterlebt, wo kosovo-serbischen RückkehrerInnen ein neues Haus gebaut, dieses auch vollausgestattet wurde und dann wurde dieses Haus von den neuen Eigentümern verkauft. Dies führte immer wieder zu Unmut der verschiedensten Bevölkerungsgruppen; Kosovo-AlbanerInnen hatten das Gefühl, dass Kosovo-SerbInnen (die in vielen Betrachtungsweisen noch immer als Aggressoren gesehen werden) beschenkt werden und selbst Kosovo-SerbInnen, die seit dem Krieg im Kosovo verblieben sind, fühlten sich benachteiligt, weil sie keinen Anspruch auf derlei Hilfsleistungen haben, obwohl sie oft in ärmlichsten Verhältnissen leben. Dies hat zwar nichts primär mit der politischen Situation

¹¹ Internationale und nationale NGOs, Internationale Regierungsorganisationen

im Kosovo während der Zeit zwischen Kriegsende und Ausrufung der Unabhängigkeit zu tun, zeigt aber ein wenig wovon der Alltag im Kosovo, insbesondere in den Enklaven der Minderheiten geprägt war.

Zurückkommend auf das obenstehende Zitat; für die Demokratisierung zeichnete die OSZE von Beginn an verantwortlich und war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen verantwortlich.

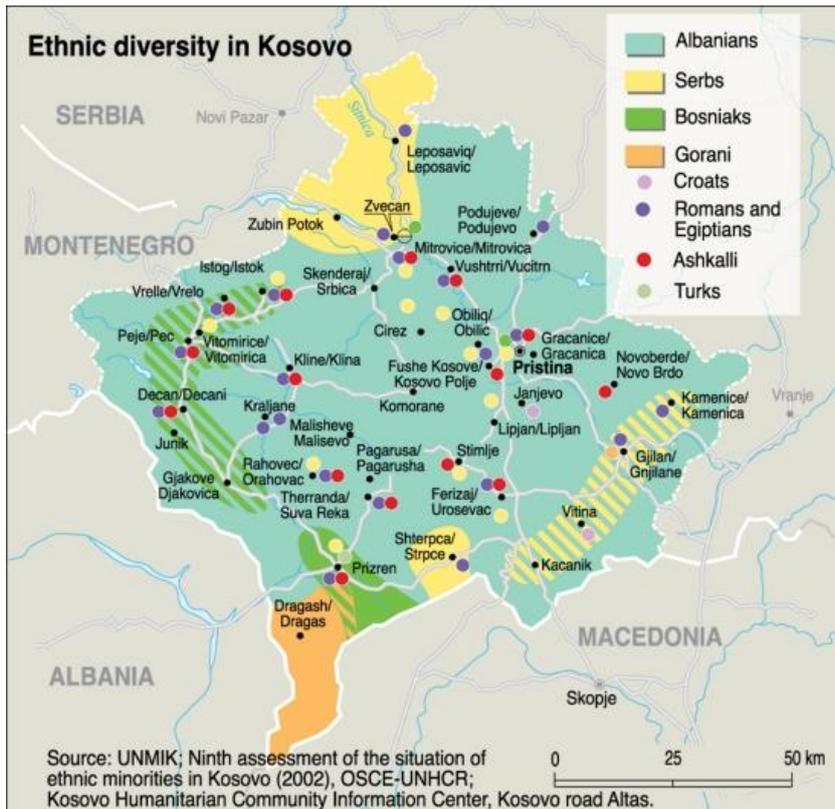


Abbildung 2: Ethnische Verteilung im Kosovo im Jahr 2002. (UNMIK, 2002)

4.4. Politische Situation bis heute

Die Hoffnungen der Bevölkerung in eine Verbesserung der politischen und im speziellen der wirtschaftlichen Situation durch die einseitig erklärte Unabhängigkeit wurden bald enttäuscht. Die Politik verharrt – trotz, oder wegen der internationalen Präsenz – im Klientelismus und ist hauptsächlich darauf bedacht einen persönlichen Nutzen aus ihren Ämtern zu ziehen. So wie die Anzahl der Länder, die den Kosovo bisher anerkannt haben, ins Stocken geraten ist, kommen ausländische Investitionen auch in den dem Ausmaß ins Land, wie erhofft. Die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 40 Prozent und das Durchschnittsgehalt bei rund 250 Euro. Das Visaregime ist für den Kosovo nach wie vor aufrecht, wodurch die Reisefreiheit der KosovarInnen stark eingeschränkt wird. Die meisten KosovarInnen mit denen ich zusammenarbeite verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung, umfangreichen

Sprachkenntnissen und auch über ein finanzielles Polster. Sobald das Visaregime gelockert wird, wollen diese mit Ihren Familien ins Ausland gehen um eine neue Existenz zu gründen. Eine massive Abwanderung von qualifizierten ArbeiterInnen könnte die recht kleine Volkswirtschaft Kosovo kaum verkraften.

Teilerfolge konnte die kosovarische Staatsführung durch den Beitritt zum Internationalen Währungsfond (IWF) und zur Weltbank erzielen.

Eine besonders heikle Situation ergibt sich durch die Tatsache, dass fünf EU-Mitgliedsstaaten (Zypern, Slowakei, Rumänien, Ungarn und Spanien) den Kosovo nicht anerkennen. Dieser Umstand hat auch seine Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen Serbiens zur EU. So wird seitens diverser EU-Mitgliedsstaaten immer wieder die Anerkennung des Kosovos von der serbischen Regierung gefordert. Dieser diplomatische Druck geht nahezu ins Leere, da eben nicht alle EU-Staaten den Kosovo anerkannt haben. Auch die Zypernproblematik trägt nicht zur Verstärkung der Europäischen Verhandlungsposition bei.

Die Streitigkeiten im Nord-Kosovo erreichen immer wieder eine neue Eskalationsstufe. So wurden Ende November 2011 mehrere KFOR-SoldatInnen (zwei davon auch angeschossen) beim Versuch Straßenblockaden, errichtet durch kosovo-serbische Demonstranten, zu entfernen, verletzt. Gleichzeitig werden durch die gewaltsamen Ausschreitungen die Verhandlungen zwischen Kosovo und Serbien, mediiert durch die EU (Pristina-Belgrad Dialog) noch schwieriger und wurden zeitweise sogar ausgesetzt.

Sehr kontroversiell wird die Lage auch von AnalystInnen und PolitologInnen gesehen. So ortete Vedran Dzihic in seinem Gastkommentar in der Tageszeitung „Die Presse“ die Probleme und Verhinderer einer Normalisierung in Belgrad. In einer Reaktion darauf im selben Medium bezog Vesna Knezevic die genau entgegengesetzte Meinung und sieht das ganz und gar nicht in Belgrad, sondern vielmehr in Pristina. Zusätzlich kritisiert sie die EU-Politik, die die serbische Regierung viel zu stark unter Druck und Zugzwang setzt. (Vgl. Dzihic, 2011 und Knezevic, 2011)

Gegen Ende 2011 ist die politische Lage im Kosovo geprägt von stockenden bilateralen Anerkennungen der kosovarischen Unabhängigkeit, gewaltsamen Ausschreitungen um Grenzposten, sowie eine innerpolitischen Stillstand mit einem stark ausgeprägten Unvermögen den jungen Staat nach modernen demokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Das führt zu einer steigenden Frustration gegenüber der politischen Führung.

Figure 1.1: Who is most responsible for Kosovo's political situation?

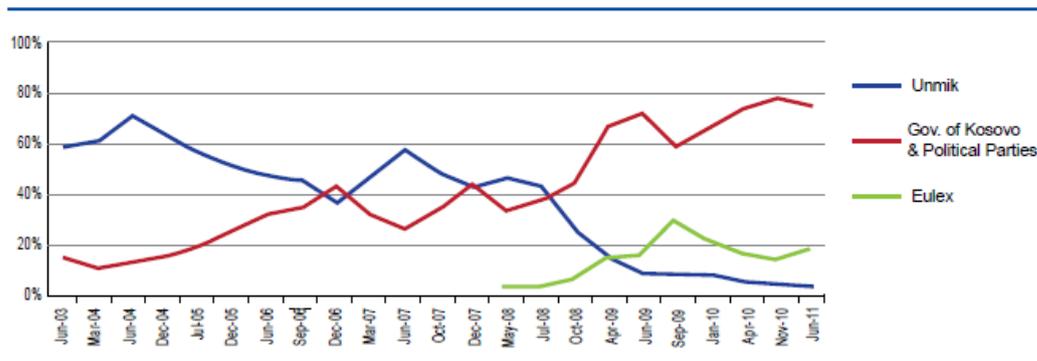


Abbildung 3: Wer trägt die Verantwortung für die derzeitige politische Situation im Kosovo? (Quelle: UNDP, 2011; S. 15)

Eine vor kurzem veröffentlichte und über mehrere Jahre geführte Umfrage¹² (Abbildung 3) zeigt sehr gut, wie die politischen Parteien und die Regierung(en) des Kosovos zunehmen – in der Wahrnehmung der Befragten – für die aktuelle Situation im Kosovo die Verantwortung tragen. Im langjährigen Mittel stieg die Verantwortlichkeit der kosovoarischen Regierung auf beinahe 80 Prozent.

Während rund 58 Prozent der Befragten mit der politischen Situation unzufrieden sind in welcher sich der Kosovo zurzeit befindet, so sind es um die 70 Prozent aller Ethnien, die mit dem wirtschaftlichen Kurs, den der Kosovo eingeschlagen unzufrieden sind. Nur 8 Prozent der Befragten sind mit der Wirtschaftspolitik des Kosovo zufrieden (UNDP, 2011; S. 18)

Eine ähnliche hohe Verantwortung für die kosovarische Regierung sehen die Befragten auch für die wirtschaftliche Situation. Im gewichteten Mittel sind beinahe 67 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass diese hauptverantwortlich für die wirtschaftliche Lage im Kosovo sind. Dennoch scheint die angespannte politische Situation etwas künstlich konstruiert. Für die Bevölkerung selbst größtenteils unproblematisch. Dies zeigen auch die beiden nachfolgenden Abbildungen:

¹² Die Umfrage wurde von USAID und UNDP in Auftrag gegeben und von ENCOMPASS durchgeführt. Befragt wurden 1580 BürgerInnen des Kosovo über 18 Jahre alt. Die Stichprobe bestand aus 827 Kosovo-AlbanerInnen, 528 Kosovo-SerbInnen und 225 KosovarInnen von nicht-serbischen Minderheiten.

Figure 3.2: K-Serbs willing to live and work with K-Albanians

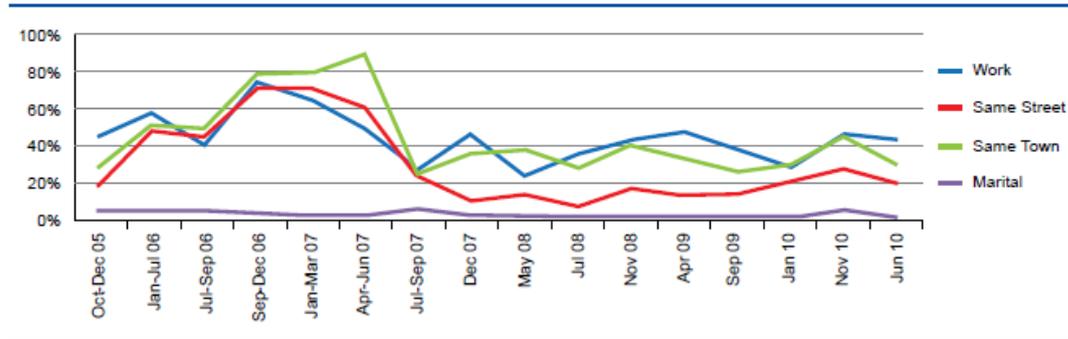


Abbildung 4: Kosovo-SerbInnen, die bereit mit Kosovo-AlbanerInnen zu leben oder zu arbeiten (Quelle: UNDP, 2011; S. 25)

Im Vergleich dazu liegt die umgekehrte Bereitschaft auf einem durchaus ähnlichen Niveau. Leider wirken die Abbildungen aufgrund der unterschiedlichen Darstellung der Prozentsätze sehr verschieden.

Figure 3.3: K-Albanians willing to live and work with K-Serbs

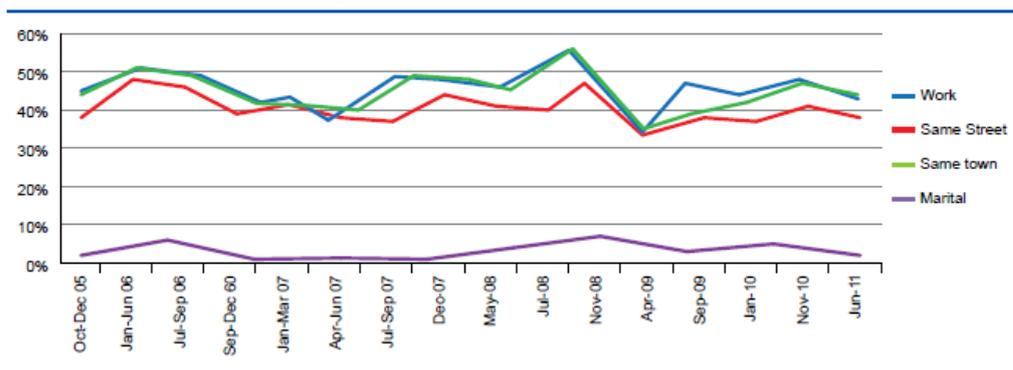


Abbildung 5: Kosovo-AlbanerInnen, die bereit sind mit Kosovo-SerbInnen zu leben oder zu arbeiten (Quelle: UNDP, 2011; S. 25)

4.4.1 Gutachten des Internationalen Gerichtshof

Eine jüngere und auch spannende Entwicklung in der politischen Lage im Kosovo stellt sicherlich das veröffentlichte Gutachten des internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag dar. Am 22. Juli 2010 wurde, auf Anfrage der serbischen Regierung, ein Gutachten präsentiert, dass die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovos bescheinigt. Dabei wurde nicht geklärt, ob die Unabhängigkeit selbst rechtens war oder nicht. Auch wenn dieser Sachverhalt in den Medien nicht exakt transportiert wurde und besonders von der kosovarischen Seite auch bewusst

falsch interpretiert wurde. De facto hat der IGH nur eine Beurteilung nach Formalismen durchgeführt. Wolfgang Wessely¹³ erörtert die Eckpunkte des Gutachtens wie folgt:

- Die UN-Resolution 1244 ist nicht an die Kosovo-AlbanerInnen gerichtet; daher müssen sich diese auch nicht an die Resolution halten
- Keine Verletzung internationalen Rechts
- Keine Verletzung der UN-Resolution
- Keine Verletzung des Verfassungsrahmen
- Das Völkerrecht kennt kein generelles Verbot für einseitige Unabhängigkeitserklärungen

Offen blieben nach Ansicht Wesselys die Fragen ob die Bevölkerung des Kosovos das Recht auf einen eigenen Staat hätte und ob der Kosovo nun ein eigener Staat sei. Da dies allerdings nicht im Auftrag lag, hat sich der IGH bewusst nicht mit dieser Frage beschäftigt. Wessely führte weiter aus, dass das Völkerrecht sich stark mit der normativen Kraft des Faktischen auseinandersetzt. Wenn die kosovarischen Politiker es nun schaffen (und davon ist zurzeit auszugehen) den derzeitigen Zustand noch über einige Jahre zu halten, ist es als Faktum anzusehen, dass der Kosovo ein eigener Staat ist. (Wessely, 2010) Betrachtet man andere völkerrechtliche Streitfälle um Territorien auf der ganzen Welt wie beispielsweise Zypern, Tibet, Nord-Irland, mehrere Konfliktherde am Kaukasus, usw. so scheint, dass die normative Kraft des Faktischen – wenn überhaupt – erst nach Jahrzehnten eintreten kann.

¹³ Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Wessely ist an der Universität Wien am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht tätig. Des Weiteren ist er Lektor an der Donauuniversität Krems, an der Johannes Kepler Universität Linz sowie an der Fachhochschule der Wirtschaftskammer Wien.

4. Fragestellung

Die Absicht der vorliegenden Arbeit ist es, den Erfolg oder Misserfolg des institutionellen, personellen und finanziellen Engagements der internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo zu bewerten, eine Analyse der Aktivitäten staatlicher Schlüsselakteure im Kosovo durchzuführen und dabei konkret die Rolle Österreichs herausarbeiten.

Die zentrale Fragestellung der vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchung stellt somit die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, den Kosovo langfristig zu stabilisieren, in den Mittelpunkt. Wesentliche Bedeutung kommt deshalb dem Prozess des Nation- und State Buildings zu, wobei der Beitrag Österreichs besonders hervorgehoben wird. Die konkrete forschungsleitende Fragestellung lautet daher: "Ist die internationale Staatengemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung Österreichs bei der langfristigen Stabilisierung und Friedensgestaltung im Sinne des Nation- und State Buildings im Kosovo gescheitert?"

Dieser spezielle wissenschaftliche Fokus gründet auf dem umfangreichen Engagement der internationalen Staatengemeinschaft, der bis dato auf dessen Effizienz und vor allem des Erfolges ungenügend untersucht wurde. Die internationale Staatengemeinschaft im Allgemeinen und Österreich im Besonderen leisten einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung des Kosovos. Trotz enormer finanziellen Aufwendungen, steht das Kosovo immer noch vor enormen gesellschaftspolitischen und sozio-ökonomischen Problemen.

Erschwerend bei der Erreichung des Zieles ist vor allem bei der EU zu werten, dass fünf EU-Staaten die Unabhängigkeit des Kosovos nicht anerkannt haben. Dadurch sind andere EU-Mitgliedstaaten wie Österreich gezwungen, diese entstandenen personelle und auch finanziellen Lücken zu füllen. Grundsätzlich ist aber zu werten, dass das bisherige internationale Engagement in der Höhe von mehreren Milliarden Euro in zentralen Bereichen nicht das gewünschte Ergebnis brachte. Somit lassen sich folgende Thesen ableiten:

- Die Uneinigkeit internationaler Akteure, vor allem innerhalb der EU, mindert die Erfolgchancen, wichtige Probleme im Kosovo zu lösen.
- Der enorme finanzielle Aufwand von internationalen Akteuren ist bislang in wesentlichen Bereichen des Nation- und State Buildings teilweise ohne Wirkung geblieben.

5. Beweisführung

Seit Ende der Kampfhandlungen wurden im Kosovo enorme Mittel eingesetzt. Barnett Rubin schätzt, dass im Kosovo von 1999 bis 2004 sowohl in militärischen, als auch in den zivilen Aspekten der IG pro Kopf der Bevölkerung ungefähr 25-mal so viel ausgegeben wurde als in Afghanistan. (Rubin et. al., 2009; 9). Nach wie vor ist die Gesamtsituation im Kosovo nicht stabil und auch nicht nachhaltig in einer positiven Entwicklung. Besonders die bilateralen Streitigkeiten zwischen Kosovo und Serbien um Zollformalitäten im Sommer 2011 zeigen sehr deutlich wie labil die Situation im Kosovo ist. Seit den Ausschreitungen im Juli 2011 kam zu Todesopfern auf Seiten der Kosovo-Albaner, als auch auf kosovo-serbischer Seite. Durch Interventionen der Internationalen Organisationen konnte vermutlich schlimmeres verhindert werden, aber insgesamt wurde nach wie vor keine brauchbare Lösung gefunden werden und weitere Zwischenfälle, Verletzte oder gar Todesopfer sind nicht auszuschließen.

Seitens der EU wurde die Notwendigkeit erkannt, den Kosovo im Wiederaufbau unterstützen. Aus den Erfahrungen des jugoslawischen Bürgerkrieges in Bosnien und Herzegowina wurde von der Europäischen Kommission jährliche Kosten in der Höhe von 500 – 700 Millionen Euro berechnet, die für den Kosovo notwendig wären, zumindest für die ersten drei Jahre der internationalen Hilfe. Hans van der Broek (Mitglied der Europäischen Kommission) kommentierte dies damit, dass diese Zahlen zweifelsohne verdoppelt werden können und somit die tatsächlichen Kosten mit einer bis eineinhalb Milliarden Euro jährlich betragen könnten. (Europäische Kommission, 1999)

5.1 Auswertung der Fragebögen

5.1.1 Demografie der Befragten

Eine von mir durchgeführte Umfrage an rund 100 KosovarInnen wurde in den Sommermonaten und im Dezember 2010 im Kosovo durchgeführt. Die Befragten wurden dabei zufällig ausgewählt und die Umfrageergebnisse sind daher als nicht repräsentativ anzusehen. Aus organisatorischen Gründen wurde der Schwerpunkt der Befragung im Südkosovo im Raum Prizren durchgeführt. Bei der Befragung wurden größtenteils Kosovo-AlbanerInnen, aber auch Kosovo-SerbInnen um eine Stellungnahme zu den 10 Fragen Stellung zu nehmen. Der verwendete Fragebogen¹⁴ ist in Anhang 1 ersichtlich. Die

¹⁴ Dabei wurde naturgemäß eine albanische Übersetzung des Fragebogens verwendet. Die übersetzte Version des Fragebogens stellt für die vorliegende Masterarbeit keinen zusätzlichen Wert dar. Daher wurde darauf verzichtet diese hier als Anhang zu verwenden.

demographische Zusammensetzung der Befragten ergab folgende Details: In Summe wurden 91 Fragebögen ausgewertet. Die demografische Analyse der Befragten ergab, dass 58 Prozent unter 36 Jahre alt sind. Damit ist die „Generation unter 35“ unterrepräsentiert, da nach offiziellen Angaben ca. 70 Prozent der KosovarInnen unter 35 Jahre alt sind. (IPAK, 2010; S. 25)

5.1.1.1 Alter

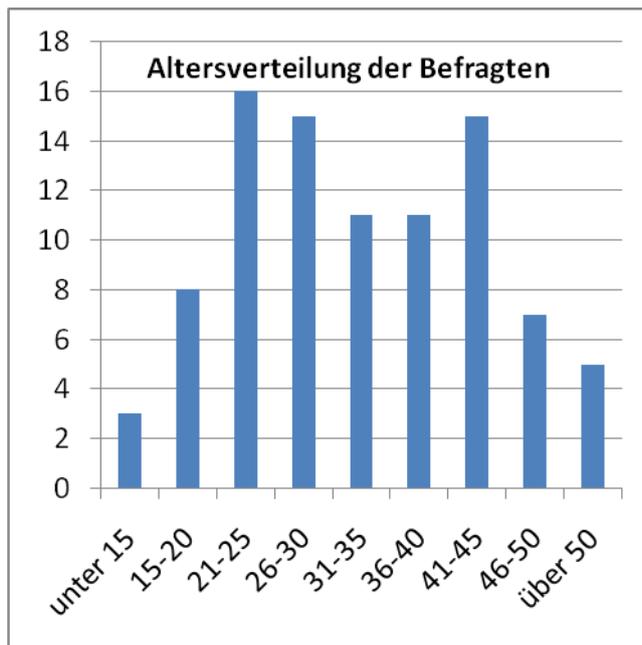


Abbildung 6: Der Kosovo hat einer der jüngsten Bevölkerung Europas. Dies zeigt sich auch in der Altersverteilung der Befragten. Mehr als 50 % der Befragten sind unter 35 Jahre alt.

Der Kosovo hat eine sehr junge Bevölkerung. Offizielle Angaben zu Folge sind rund 2/3 der KosovarInnen unter 35 Jahre alt. Dieser Überhang an jungen StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der zufälligen Stichprobe der Befragten wieder.

5.1.1.2 Geschlechterverteilung

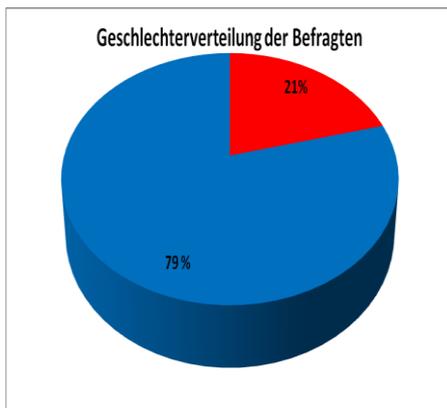


Abbildung 7: Nahezu 80 Prozent der Befragten waren Männer. Dies ist zwar eindeutig nicht repräsentativ zu tatsächlichen Demographie, spiegelt aber eventuell die Kultur wieder, da Frauen sich auf der Straße kaum ansprechen lassen.

Eine überwiegende Mehrheit der Befragten war männlich. Dies spiegelt die Realität auf keinen Fall wieder, kann aber mitunter dadurch erklärt werden, dass dies eher ein kulturelles Bild widerspiegelt. Auch wenn Frauen das Straßenbild prägen, ist die kosovarische Gesellschaft nach wie vor männlich dominiert und Frauen sind weitaus weniger willens an einer Straßenumfrage teilzunehmen, zumal ein Großteil der Umfrage im Süd-Kosovo durchgeführt wurde und dieser sicherlich als konservativer betrachtet werden kann als beispielsweise Pristina.

5.1.1.3 Art der Beschäftigung

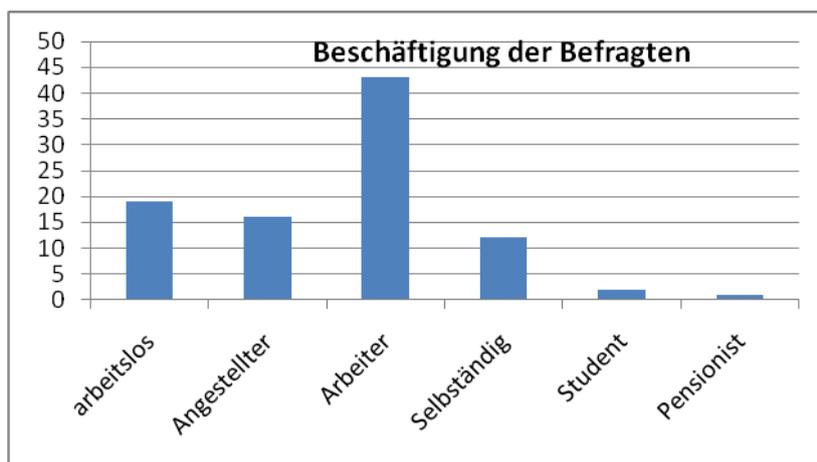


Abbildung 8: Überraschenderweise gab die Mehrzahl der Befragten an berufstätig zu sein. Dies ist ganz im Gegensatz zu der offiziellen Arbeitslosenstatistik von rund 40 %.

Auffallend viele Befragte gaben an zurzeit in einem Beschäftigungsverhältnis zu stehen. Dieses Bild der Umfrage steht in einem starken Widerspruch mit den offiziellen Angaben zur Arbeitslosigkeit. Da es allerdings ohnehin unwahrscheinlich ist, dass beinahe die Hälfte der Erwerbsfähigen eines Landes ohne Beschäftigung ist – sich auf ein ausreichendes staatlich

finanziertes soziales Auffangnetz verlassen zu können – und dennoch ihr tagtägliches Auskommen finden, liegt die Vermutung nahe, dass viele einer nicht angemeldeten Arbeit nachgehen.

5.1.1.4 Ausbildung

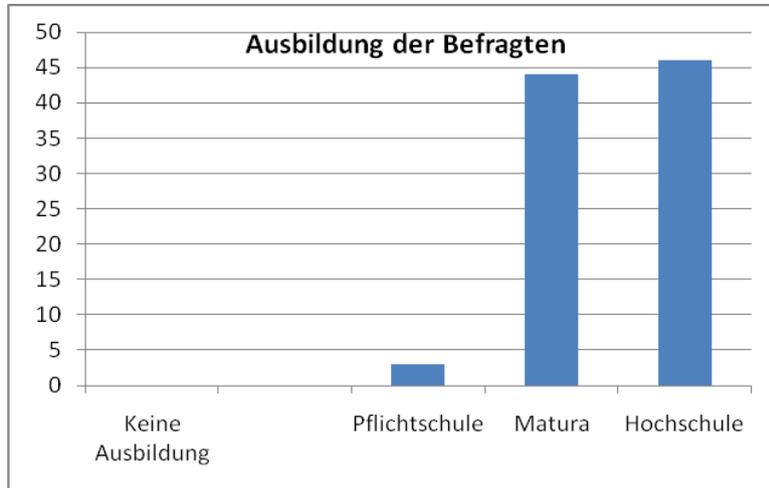


Abbildung 9: Eine überwältigende Mehrzahl der Befragten gab an mindestens über einen Maturaabschluss zu verfügen. Auffallend auch die hohe Anteil der AkademikerInnen, was ich zum Teil auch auf die flächendeckende Einführung des Bachelorstudien systems zurückführe.

Der Bildungsgrad der Befragten war sehr hoch. Dies erklärt sich dadurch, dass die Interviews Großteils an Orten durchgeführt wurden, wo möglichst viele KosovarInnen zeitgleich anzutreffen waren. Das sind im Kosovo sehr oft Kaffeehäuser und damit auch oftmals Treffpunkte für StudentInnen.

5.1.2 Inhaltliche Auswertung der Fragebögen

Die Umfrage zielte hauptsächlich darauf ab, die Wahrnehmung der KosovarInnen über die Stabilität und Demokratie des Kosovos zu überprüfen. Zusätzlich wurde auch nach einer Bewertung der wichtigsten vor Ort agierenden Internationalen Organisationen gefragt.

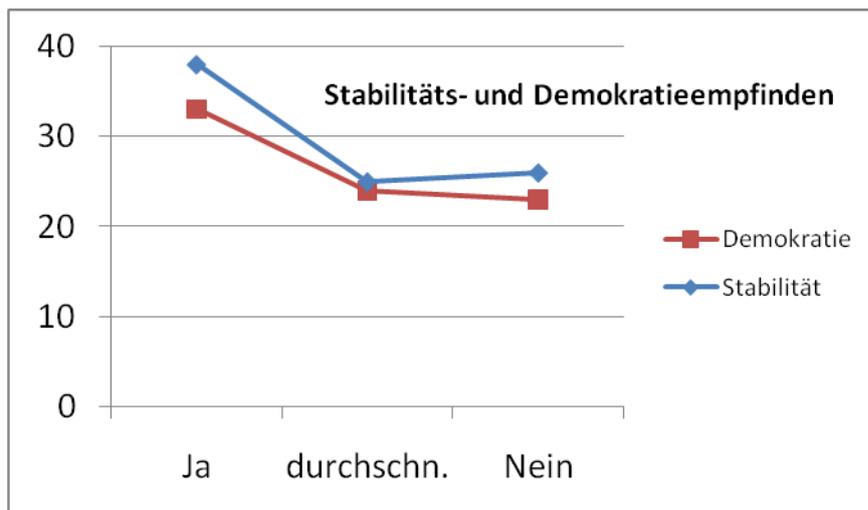


Abbildung 10: Frage 1 der Umfrage lautete, wie stabil und wie demokratisch sehen sie den Kosovo heute?

Die Auswertung nach dem Demokratie- und Stabilitätsempfinden ist ambivalent. Die Kommentare auf die Frage 1 waren sehr kritisch und ergaben, dass die Mehrheit der Befragten kein eindeutig positives Zeugnis ausstellen kann. Lediglich 32 der Befragten (rund 30 Prozent) fanden in dieser Eingangsfrage positive Worte.

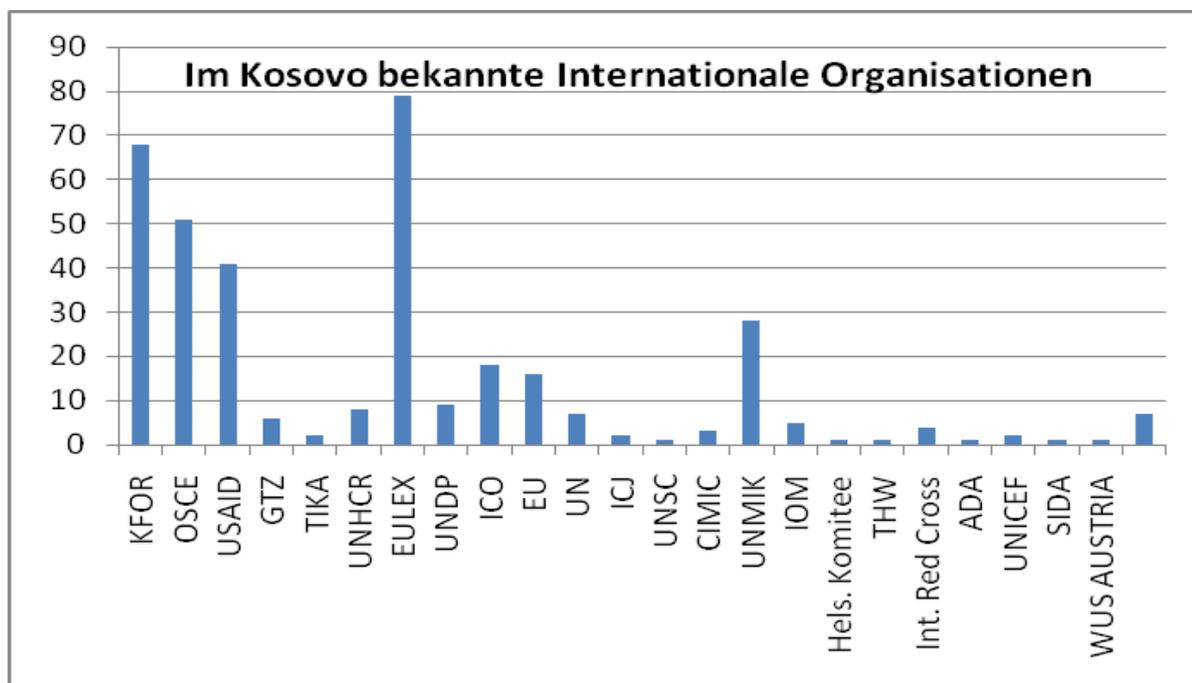


Abbildung 11: Frage 2 der Umfrage; welche Internationale Organisationen kennen Sie, die den Kosovo unterstützen?

Die Befragten zeigten eine umfangreiche Kenntnis über die im Kosovo agierenden Internationalen Organisationen. In Summe wurden, unter der Möglichkeit von Mehrfachnennungen über 20 Internationale Organisationen genannt. Die fünf meist genannten waren:

1. EULEX
2. KFOR
3. OSZE
4. USAID
5. UNMIK

Die im Kosovo politisch wichtigen Institutionen ICO und die EU sind aufgrund der Nennungen auf Platz 6 und Platz 7 gereiht und hatten ebenfalls noch über zehn Nennungen. Die restlichen Organisationen hatten nur sehr wenige Nennungen. Die Analyse der Abbildung 11 kann sicherlich nur als Momentaufnahme betrachtet werden. Der Bekanntheitsgrad der verschiedenen Internationalen Organisationen ist davon abhängig, wie stark diese in den Medien vertreten sind, wie groß die Berührungspunkte mit den KosovarInnen sind. Dennoch ist es sehr bezeichnend, dass beispielsweise USAID mehr als doppelt so viele Nennungen hat als die EU.

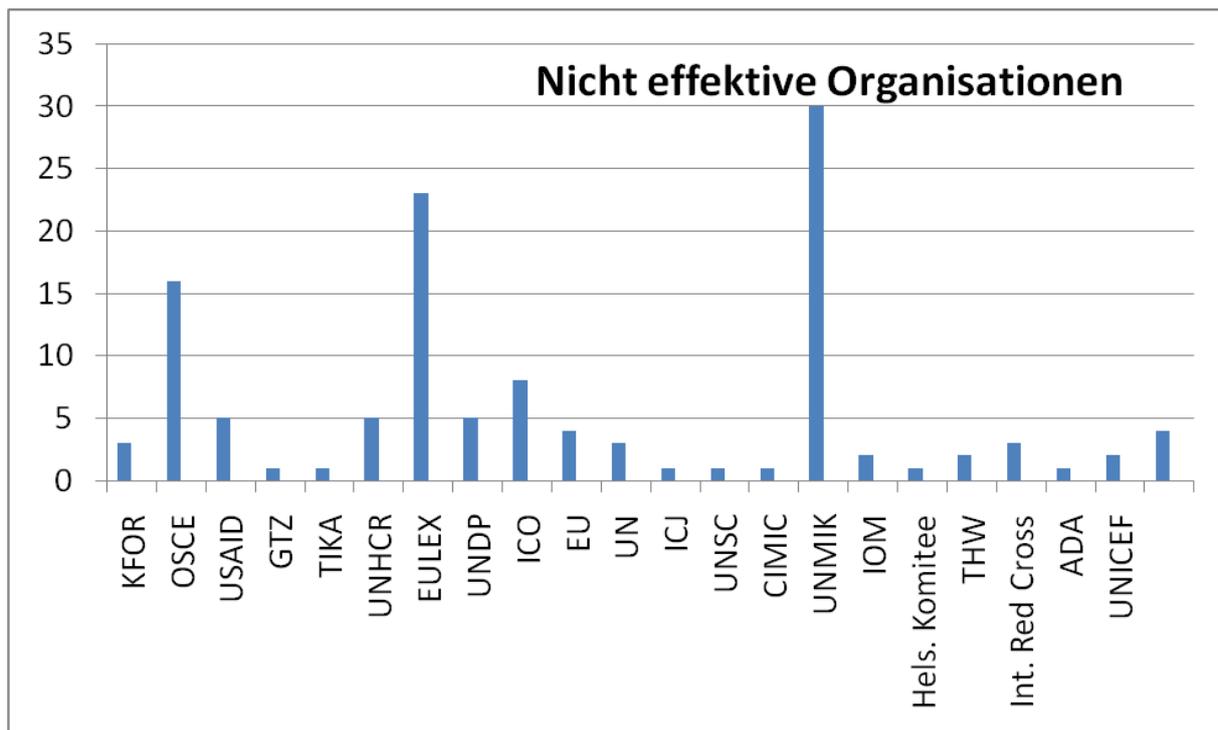


Abbildung 12: Frage 3 der Umfrage, welche dieser Internationalen Organisationen sind besonders wirkungsvoll und welche eher nicht?

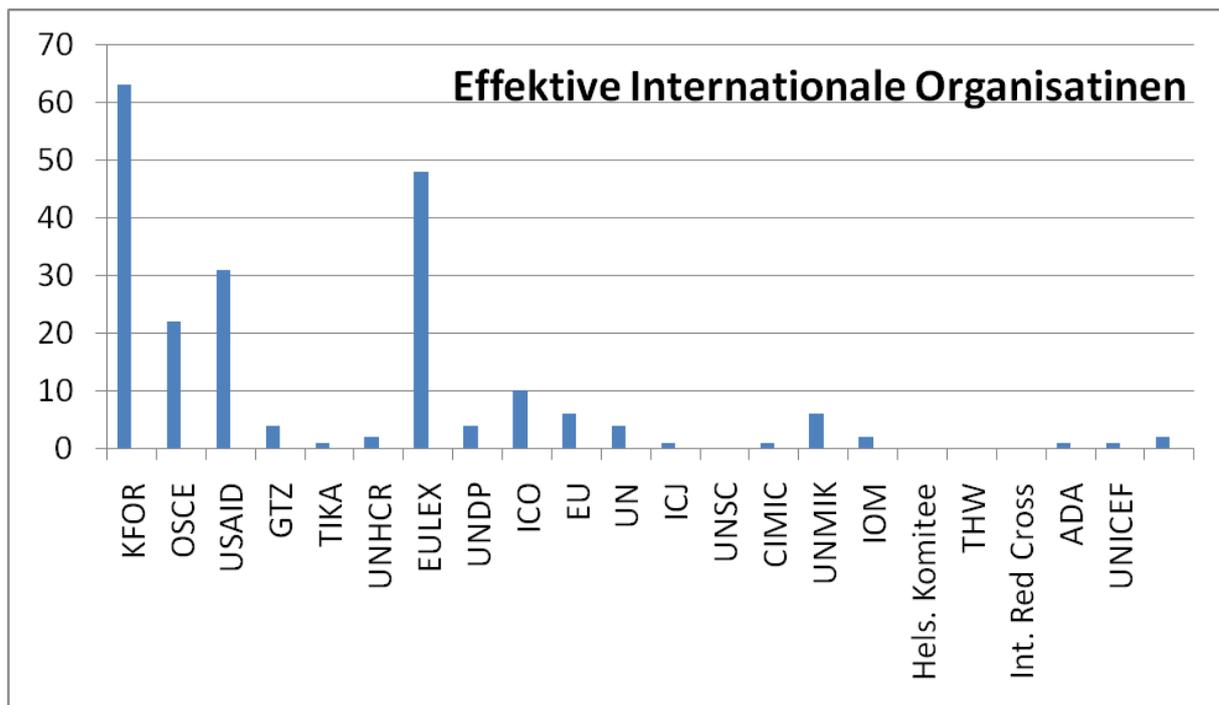


Abbildung 13: siehe Abbildung 12.

In der weiterführenden Frage wie effektiv die bekannten IO wurde darauf abgezielt, wie positiv oder eben negativ die Wahrnehmung der Leistungen ist. Am effektivsten wurde KFOR bewertet. Dieses Resultat der Befragung ist sicherlich verzerrt, da der Großteil der Umfrage während meiner Tätigkeit als KFOR-Soldat durchgeführt wurde. Alleine durch die Befragung in Uniform wurden die Befragten zweifelsohne beeinflusst und auch daher gibt es diese signifikant positive Bewertung von KFOR.

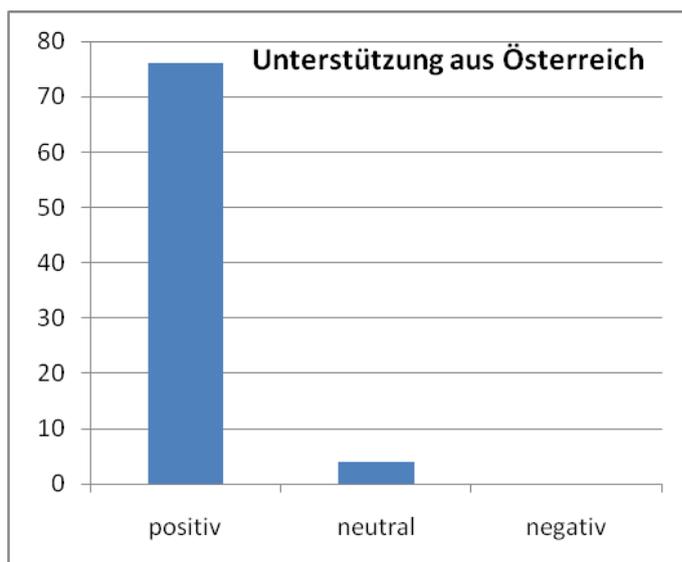


Abbildung 14: Frage 4 der Umfrage, wie sehen sie die Unterstützungsmaßnahmen aus Österreich?

Konkret auf die Hilfe aus Österreich angesprochen antwortete eine überwiegende Mehrheit positiv. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da Unterstützungen von außen gerne

angenommen werden. Da die Umfrage schwerpunktmäßig im Süden¹⁵ des Kosovos durchgeführt wurde, war der Bekanntheitsgrad der österreichischen Hilfsleistungen sehr hoch.

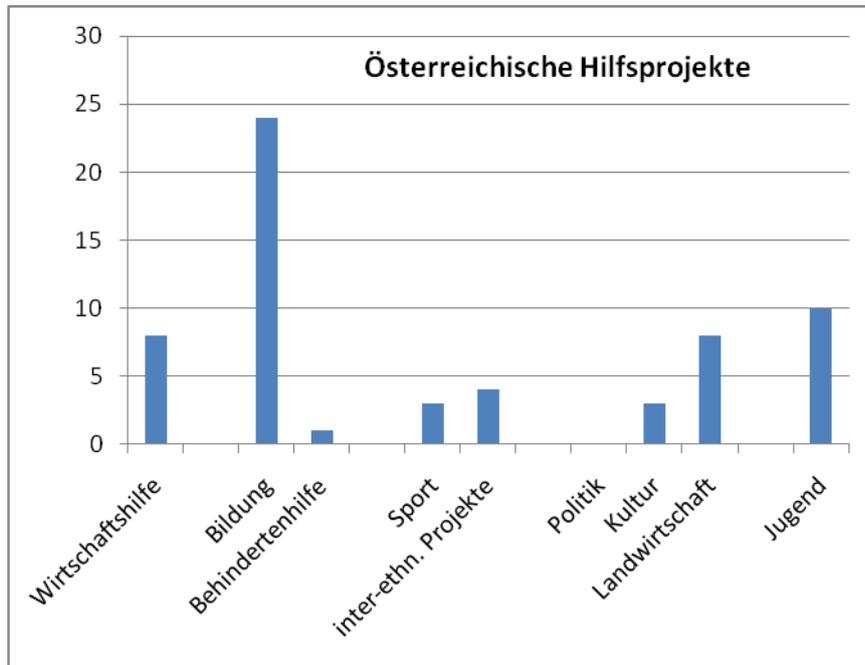


Abbildung 15: Frage 5 der Umfrage; können Sie konkrete Projekte mit Österreich nennen?

In der Wahrnehmung der Befragten ist die Unterstützung aus Österreich im Bildungsbereich besonders stark ausgeprägt. Tatsächlich hat Österreich eine sehr lange Tradition in der Entwicklungshilfe im Kosovo. Die Daten der Austrian Development Agency (ADA) zeigen, dass im Kosovo bereits seit vielen Jahren tätig ist. Seit je her ist für Österreich die Bildung ein besonders förderungswürdiger Bereich, denn ein gut funktionierender Bildungsbereich beeinflusst die positive Entwicklung eines Staates nachhaltig.

¹⁵ Im Süden des Kosovos ist die Mehrzahl der österreichischen KFOR-SoldatenInnen beschäftigt und dort wurden auch zahlreiche Projekte der ADA durchgeführt.

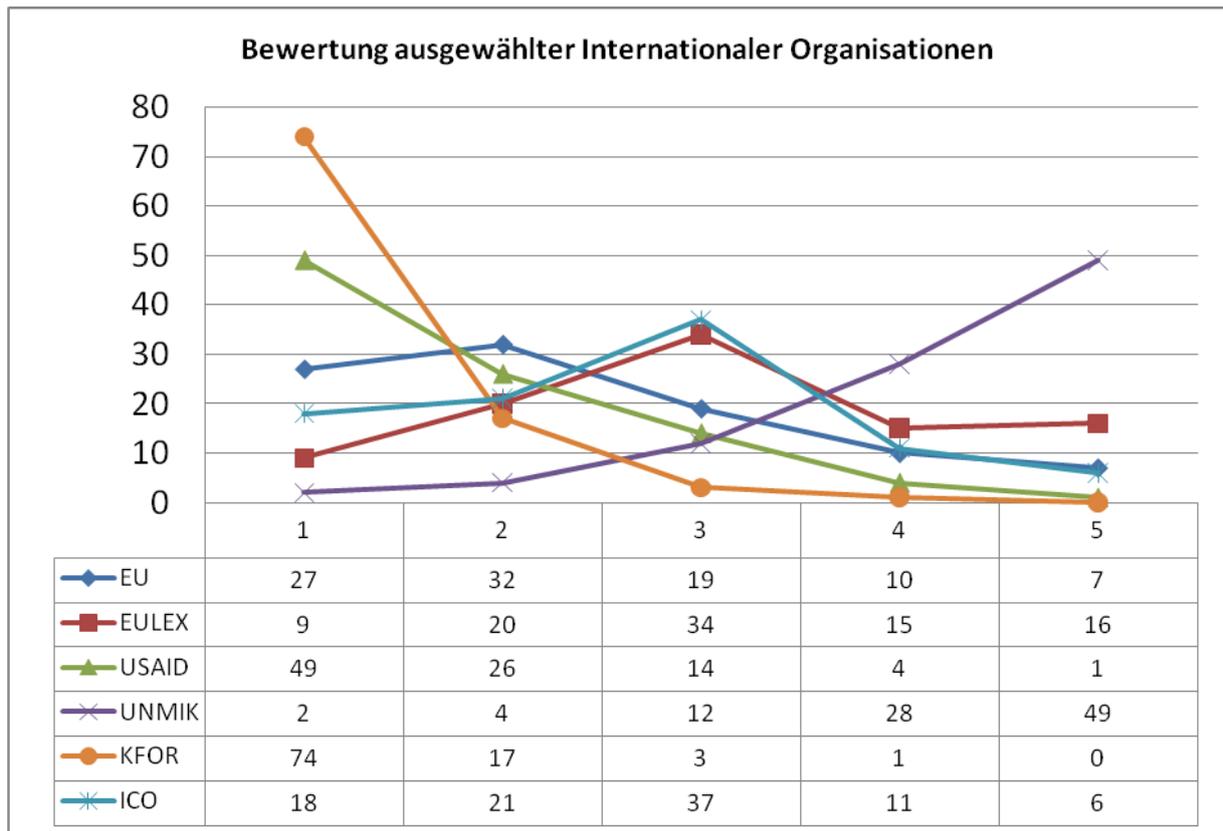


Abbildung 16: Frage 6 der Umfrage; wenn Sie Schulnoten (1-sehr gut, 5- nicht genügend) geben müssten, welche Noten würden Sie für diese Organisationen vergeben?

Neben der Bewertung der Effektivität der angeführten IOs wurden die Befragten auch darum gebeten ausgewählten IOs Schulnoten (1: Sehr gut, 5: Nicht genügend) für deren Gesamtdarstellung zu geben. Das Ergebnis zeigt klar, dass KFOR am Besten bewertet wurde. In meiner Umfrage erhielt KFOR keine einzige negative Bewertung. Regelrecht kontrastierend wurde UNMIK bewertet mit nur zwei „Sehr gut“ und vier „Gut“. Hier war durchaus überraschend, dass überhaupt jemand UNMIK noch positiv bewertet.

Alle anderen zur Auswahl stehenden IOs (EULEX, EU, ICO) wurden eher durchschnittlich bewertet und deren Varianz ist sehr gering.

Eine detaillierte Bewertung und Analyse der angeführten IOs ist im Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit zu finden, wo ich meine persönlichen Erfahrungen, die Ergebnisse meiner Umfrage mit Erkenntnissen aus anderen Quellen vergleiche.

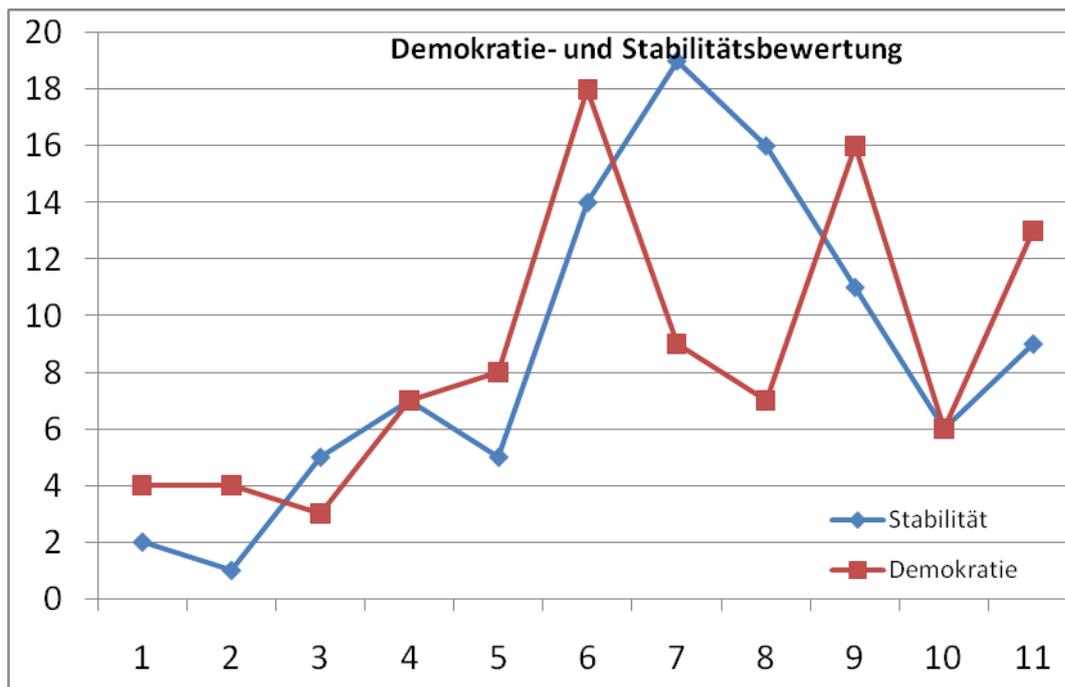


Abbildung 17; Fragen 7 und 8 der Umfrage: Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie stabil (Frage 8: demokratisch) sehen sie den Kosovo?

Sehr interessant waren die Antworten auf die Fragen 7 und 8 des Fragebogens. Auf einer Skala von Null bis Zehn waren die Demokratie und die Stabilität des Kosovos zu bewerten. Trotz der allgemein besorgniserregenden Situation des Landes dürfte eine optimistische Grundstimmung vorherrschen. Lediglich 25 Prozent der Befragten bewerteten die Demokratie im Kosovo als negativ. Bei der Bewertung der Stabilität waren es sogar nur 21 Prozent.

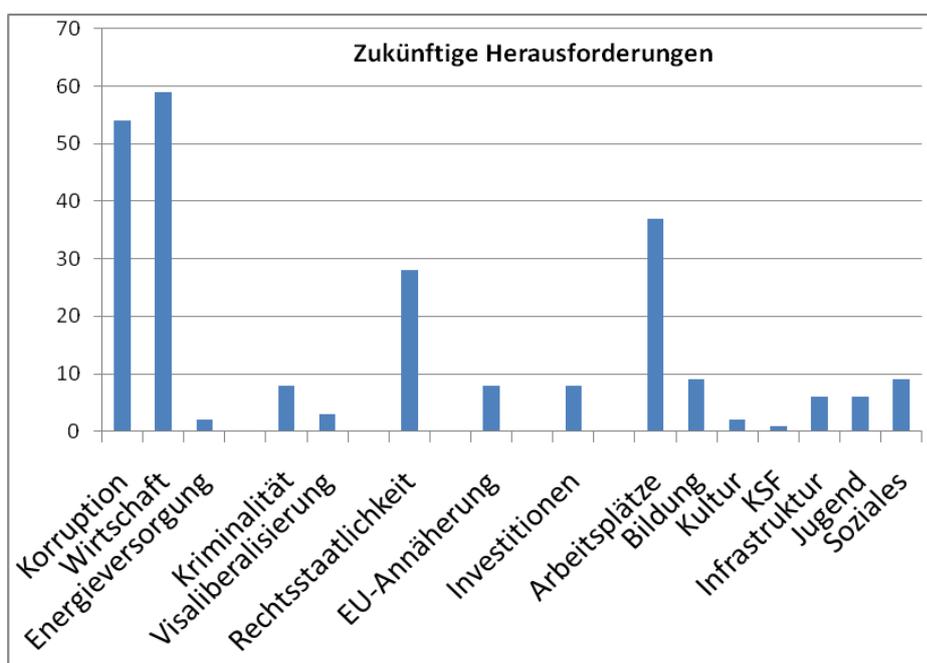


Abbildung 18: Frage 9 der Umfrage: Welche Herausforderungen muss das Land in den nächsten Jahren annehmen um sich positiv entwickeln zu können?

Relativ klar sind die Angaben der Befragten welche Problemgebiete eine Herausforderung für die Land darstellen. Unter der Möglichkeit der Mehrfachnennung wurden folgende Antworten (neben anderen) am Häufigsten gegeben:

1. Wirtschaft (59 Nennungen)
2. Korruption (55 Nennungen)
3. Arbeitsplätze (38 Nennungen)
4. Rechtsstaatlichkeit (29 Nennungen)

Dies sind auch jene Themen, die – aus meiner subjektiven Sicht – nahezu permanent in den lokalen Medien präsent sind und diskutiert werden. Wie stark die Korruption als Problem gesehen wird, unterstreicht auch eine Analyse von Christine Bennett und der NGO Saferworld¹⁶. Beinahe 30 Prozent stufen die kosovarische Justiz als „vollkommen korrupt“ ein, über 30 Prozent als „korrupt“, was zu einer unglaublichen Zahl von knapp über zwei Drittel führt!

In der bereits erwähnten, von UNDP veröffentlichten Umfrage, wurde auch nach den größten aktuellen Problemen des Kosovos gefragt. Dabei werden die oben genannten Ergebnisse größtenteils bestätigt.

Figure 5.1 Paramount problems faced in Kosovo

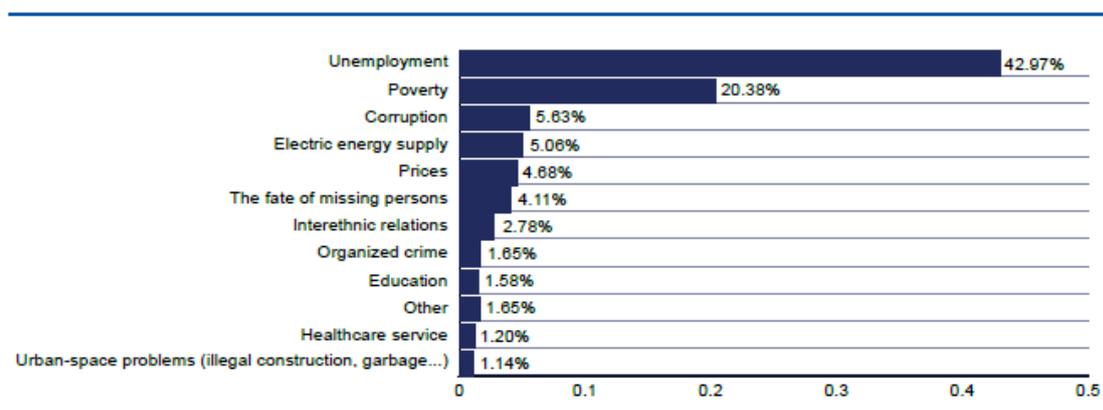


Abbildung 19: Wichtigsten Probleme des Kosovos. (Quelle: UNDP, 2011; S. 33)

Eine detaillierte Betrachtung des Problems der hohen Arbeitslosigkeit bringt eine sehr starke Ernüchterung. Nur 15 Prozent sehen die Ausbildung als wichtigen Faktor um einen

¹⁶ Bei der NGO Saferworld handelt es sich um eine unabhängige Organisation, die hauptsächlich in den Themenbereichen der Gewaltprävention und –reduzierung tätig ist und versucht einen kooperativen Ansatz für eine kollektive Sicherheit zu verfolgen. Gegründet 1989 mit Dislokationen in Afrika, Asien und Europa. Finanziert wird Saferworld durch Regierungen, die Europäische Kommission und andere. Für mehr Detail siehe www.saferworld.org.uk

Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu erhalten. Viel wichtiger sind Familienverbindungen, Bestechungsgelder und Parteizugehörigkeit.

Figure 2.4: Importance of factors that affect one's chances of employment in the public sector

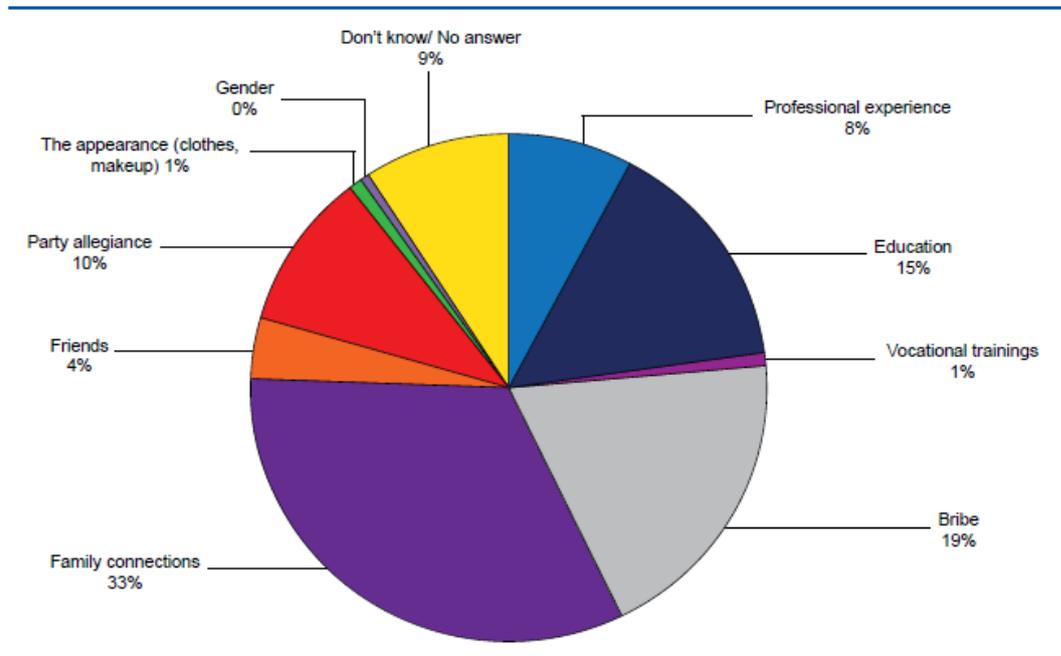


Abbildung 20: Wichtige Faktoren, die die Chancen auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst beeinflussen (UNDP, 2011; S. 21)



Abbildung 21: Frage 10 der Umfrage: Hat die Internationale Gemeinschaft genug Hilfe geleistet?

Eine überwältigende Mehrheit der Befragten (rund 80 Prozent) sind mit der Hilfe der Internationalen Staatengemeinschaft zufrieden. 14 Prozent konnten sich weder zu einem

klaren „Ja“ oder einem klaren „Nein“ durchringen. Dieses „Weder noch“ war oftmals von Kommentaren begleitet, die die Effektivität der Hilfe hinterfragten. Schließlich waren auch 7 Prozent der Befragten mit den Hilfsleistungen gänzlich unzufrieden.

5.2 Österreichs Beitrag zur Entwicklung des Kosovos

Österreich engagiert sich sehr stark am Balkan und im speziellen im Kosovo. Dies zeigt sich auch darin, dass einige wichtige Positionen durch VertreterInnen Österreichs besetzt werden:

1. Generalmajor Bernhard Bair, Kommandant der EUFOR¹⁷-Truppe, Bosnien und Herzegowina
2. Valentin Inzko¹⁸, Hoher Repräsentant, Bosnien und Herzegowina
3. Brigadier Johann Luif, Stellvertretender Kommandant KFOR, Kosovo
4. Werner Almhofer, Head of Mission der OSZE, Kosovo
5. Thomas Mühlmann, Chef des Stabes von EULEX, Kosovo
6. Ulrike Lunacek, Berichterstatterin für den Kosovo

Doch auch zahlreiche sekundierte ÖsterreicherInnen in niedrigeren Positionen leisten ihren Beitrag für die Stabilisierung, Demokratisierung und Weiterentwicklung des Kosovos.

Die Vertreter Österreichs stehen in einer langen Tradition der Unterstützung der kosovarischen Bevölkerung. Bereits die Habsburger Monarchie half der staatlichen Entwicklung der AlbanerInnen. Selbst während der Unterdrückung der KosovarInnen durch das Regime von Slobodan Milosevic gab es zahlreiche kosovarische politische und wirtschaftliche Eliten, welchen ermöglicht wurde in Österreich ein Studium zu absolvieren. Österreich war auch ein wichtiger Ansprechpartner in der kosovarischen Entwicklung zu einem eigenständigen Staat und aktuell wünschen sich zahlreiche kosovarische Akteure ein intensives Engagement Österreichs um den Visa Dialog voranzutreiben und den EU-Beitritt zu ermöglichen. (ADA, 2011; S. 4)

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit konnten die Zahlen der Entwicklungshilfe erstmals konkret für den Kosovo ausgewiesen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Beiträge für Serbien angegeben. Mit der zitierten Publikation der Austrian Development Agency

¹⁷ EUFOR ist die Abkürzung für EU-Force. Dabei handelt es sich um die multi-nationale Friedenstruppe in Bosnien und Herzegowina.

¹⁸ Seit dem 1. September 2011 hat der OHR seine Doppelfunktion abgelegt. Der Hohe Repräsentant übergab sein Zweit-Amt des EU Special Representative an den dänischen Diplomaten Peter Sorensen. Valentin Inzko bleibt weiterhin als HR der IG für die Überwachung des Dayton-Friedensabkommens zuständig.

(ADA) werden frühere Veröffentlichungen ersetzt, da die jetzt bekanntgegeben Zahlen exakter sind. Die Zahlungen für öffentliche Entwicklungshilfe¹⁹ aus Österreich für den Kosovo beliefen sich für die Jahre 2008 bis 2009 auf beinahe 29 Millionen Euro. (ADA, 2011; S. 6) Als Schwergewichte der Entwicklungszusammenarbeit werden:

- *„Aufbau des kosovarischen Bildungssystems, vor allem Hochschulbildung: Der Kosovo ist das demografisch jüngste Land Europas. Der Bedarf an qualitativvoller universitärer Ausbildung steigt permanent an. Das Angebot der Universitäten ist jedoch unzureichend.*
- *Ländliche Entwicklung (Fokus Landwirtschaft in der Gemeinde Suharekë/Suva Reka): Weite Teile der ländlichen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Der Agrobusiness-Bereich ist jedoch noch sehr schwach ausgeprägt. Hier besteht großes Potenzial für dauerhafte Armutsminderung.*
- *Wirtschaftliche Entwicklung durch die Unterstützung der Regierung bei der Förderung des Privatsektors, damit das Land eigenständig nachhaltige Entwicklungsschritte setzen kann. Zusätzlich werden durch Wirtschaftspartnerschaften zwischen kosovarischen und Unternehmen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum Direktinvestitionen gefördert und damit Arbeitsplätze geschaffen.“* (ADA, 2011, S. 5)

Hier decken sich größtenteils die Angaben der Befragten mit den Veröffentlichungen der ADA, dass die österreichische Unterstützung auf Kernbereiche der Bildung, Landwirtschaft und Wirtschaftsentwicklung konzentriert. Diese Hilfe – dies wurde mir in zahlreichen persönlichen Gesprächen bestätigt – wird von den KosovarInnen sehr geschätzt und diese sind Österreich sehr dankbar.

Ein weiterer Bereich der direkten Unterstützung des Kosovos durch Österreich liegt im Bereich Sicherheit und Ruhe und Ordnung. Österreich beteiligt sich seit 1999 an dem internationalen KFOR-Einsatz und ist seitdem permanent mit mehreren hundert SoldatInnen im Kosovo präsent. Detaillierter wird dies im Kapitel 6.1 ausgeführt.

Eine ebenso nicht zu unterschätzende Unterstützung erfährt der Kosovo im diplomatischen-politischen Bereich. So ist beispielsweise der kosovarische Premierminister Hashim Thaci (besonders) seit der Veröffentlichung (Vgl. Marty, 2011) des Berichts über mögliche Verwicklung von Hashim Thaci in den illegalen Organhandel auf diplomatischer Ebene isoliert. 27 Ansuchen auf Staatsbesuche wurden im Jahr 2011 bereits abgelehnt. (Tagesspiegel, 2011) Allerdings begrüßte Bundeskanzler Faymann den kosovarischen

¹⁹ Finanziert aus Mitteln des BMF, BMUKK, BMBWK; BWF, BMI, BMeiA u.a.; sowie Länder, Städte und Gemeinden.

Premierminister am 24. Oktober 2011 zu einem 2-tägigen Arbeitsbesuch, wo es besonders darum ging österreichische Investoren für den Kosovo zu finden. Diese nachhaltige österreichische Unterstützung ist mitunter – wie dieses Beispiel zeigt – dem internationalen mainstream entgegengesetzt.

6. Internationale Organisationen

In diesem Kapitel möchte ich einige sehr wichtige Internationale Organisationen näher betrachten und deren Grundlagen, Aufgaben & Ziele erklären sowie eine Bewertung der jeweiligen Organisationen durchführen.

6.1 KFOR und NATO

6.1.1 Grundlage

Im März 1999 begann eine 78-Tage andauernde Luft-Kampagne der NATO. Diese Intervention wurde zunächst ohne UNO-Mandat durchgeführt, um die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo möglichst rasch zu beenden. NATO-Bodentruppen folgten unmittelbar darauf. Seit dieser Zeit leitet die NATO einen friedensunterstützenden Einsatz im Kosovo. Dieser Einsatz ist eingebettet in einem größeren internationalen Ansatz, um Stabilität und Frieden im Kosovo zu gewährleisten. (NATO, 2010) Konkreter entspricht es der Aufgabe der NATO im Krisenmanagement und auch jenem der EU im Rahmen der Petersberger Aufgaben (EU als internationaler Akteur).

Die rechtliche Basis für den Einsatz bildet die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates (als Anhang in Kapitel 8.2) vom 10. Juni 1999. Diese Resolution wurde von 14 Mitgliedern des Sicherheitsrates verabschiedet, während sich China der Stimme enthielt²⁰. (UN, 1999a) Gleichzeitig wurde ein Military-Technical-Agreement zwischen der NATO und der Föderalen Republik Jugoslawien und Serbien geschlossen.

KFOR operiert unter dem Kapitel VII der UN-Charta, womit der Einsatz eigentlich ein friedensschaffender Einsatz ist. Generell wird die KFOR-Operation allerdings im Allgemeinen als friedensunterstützend beschrieben. Zeitlich ist dieser Einsatz nicht limitiert.

6.1.2 KFOR-Ziele

Die Präsenz von KFOR bildete von Anfang an einen wichtigen Beitrag für den Schutz und die Sicherheit der BewohnerInnen des Kosovo. Das Mandat und die damit ausformulierten Ziele für KFOR waren: (NATO, 2010)

- Verhindern eines Wiederaufflammens der Feindseligkeiten gegen den Kosovo seitens der jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte

²⁰ Dies könnte eventuell damit zu tun gehabt haben, dass die Botschaft Chinas in Belgrad von der NATO versehentlich bombardiert wurde.

- Errichtung eines sicheren Umfeldes sowie Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung
- Demilitarisierung der UÇK
- Unterstützung des internationalen humanitären Einsatzes
- Koordinierung und Unterstützung der internationalen zivilen Behörden

6.1.3 KFOR-Aufgaben

Die ursprünglichen Aufgaben der KFOR waren äußerst umfangreich und zeigen damit auch auf, wie komplex moderne Friedensoperationen sind und welche weitreichenden Anforderungen an Soldaten in Einsatzräumen gestellt werden. Die KFOR-Aufgaben umfassten:

- Unterstützung bei Projekten, die sich mit der Rückkehr und Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen befassten,
- Wiederaufbau und Entminungstätigkeiten,
- medizinische Unterstützung,
- öffentliche Ruhe & Ordnung,
- Sicherheit der ethnischen Minderheiten,
- Schutz von Kulturgütern,
- Grenzsicherung,
- Unterbindung von grenzüberschreitendem Waffenschmuggel,
- Implementierung eines kosovoweiten Einsammelprogrammes (unter gleichzeitiger Amnestie der Besitzer) von Waffen, Munition und Sprengstoffen,
- Zerstörung von Waffen,
- Unterstützung von zivilen internationalen und lokalen Behörden.

Dem Schutz der Minderheiten wurde dabei immer wieder ein besonderes Augenmerk geschenkt. Dazu wurden in Enklaven beispielsweise besonders viele Patrouillen durchgeführt, Kontrollpunkte errichtet und die Minderheiten nach Möglichkeiten unterstützt. Doch selbst diese erhöhten Aktivitäten konnten die Unruhen im März 2004 nicht verhindern, bei denen es zu einigen verletzten Personen sowie zerstörten Häusern und serbisch-orthodoxen Klöstern kam. (NATO, 2010)

Bei den in der Literatur viel zitierten Märzunruhen handelte es sich zunächst um eine Reihe von Ereignissen, die nur zeitlich in einem Zusammenhang standen, aber die allgemeine Stimmung aufheizten:

1. Ein kosovo-serbischer Junge wurde während eines *drive-by-shootings*²¹ verletzt. Die kosovo-serbische Bevölkerung südlich von Pristina errichtete Straßensperren, um gegen den mutmaßlichen Täter zu demonstrieren.
2. Veteranen der UÇK demonstrierten im gesamten Kosovo gegen die Verhaftung von Kameraden unter dem Vorwurf von Kriegsverbrechen.
3. Dies war der ausschlaggebende Funke für den „Flächenbrand“ im März 2004: Drei kosovo-albanische Kinder ertranken im Fluss Ibar. Ein weiterer Junge (der einzige Überlebende aus dieser Kindergruppe) gab gegenüber den Medien an, dass sie zu viert in den Fluss sprangen, weil sie sich von kosovo-serbischen Jugendlichen und einem Hund bedroht fühlten. Die kosovarischen Medien verstärkten das Bild der Bedrohung und verbreiteten, dass die kosovo-albanischen Kinder von Serben verfolgt und regelrecht in den Tod getrieben wurden. Die Folge waren gewalttätige Ausschreitungen im Kosovo wie auch in Serbien. Zwei Tage lang „brannte“ der Kosovo mit dem tragischen Resultat von 19 Toten (11 AlbanerInnen, 8 SerbInnen), über 900 Verletzten (davon mehr als 100 nationale und internationale PolizistInnen), 29-34 (variierende Angaben) zerstörten oder beschädigten serbisch-orthodoxen Klöstern und Kirchen und rund 4000 Flüchtlingen (hauptsächlich SerbInnen). (Wehrschütz 2009, S. 158ff)

Damit ergab sich kurz nach dem Einmarsch der NATO-Truppen im Kosovo eine paradoxe Situation. Zunächst wurde gegen serbische Einheiten vorgegangen, daraufhin mussten allerdings serbische Minderheiten in der Zivilbevölkerung vor ethnischen Übergriffen seitens der Kosovo-AlbanerInnen geschützt werden. Dies war ein Zustand, der mitunter von der kosovo-albanischen Seite nicht immer verstanden wurde.

Zusätzliche und neuere Aufgaben

Um der voranschreitenden Normalisierung der Situation und der am 17. Februar 2008 ausgerufenen Unabhängigkeit des Kosovo Rechnung zu tragen, wurden die Ziele von KFOR von der NATO adaptiert. Dabei stand die Security Sektor Reform und somit die Umwandlung, Umstrukturierung und Überführung des Kosovo Protection Corps (KPC)²² in die Kosovo Security Force (KSF) im Vordergrund.

²¹ Der Gebrauch von Handfeuerwaffen aus einem fahrenden Fahrzeug heraus.

²² Sowohl bei der KPC als auch bei der KSF handelt es sich praktisch um die kosovarische Armee, die als direkter Nachfolger der UÇK gilt.

Die KPC stand unter der Verantwortung der UNMIK und hatte die Aufgaben des Katastrophenschutzes, humanitärer Hilfeleistung in entlegenen Gebieten, Assistenz im Entminungsprozess und der Unterstützung im Wiederaufbau der Infrastruktur. Im Juni 2009 wurde die KPC offiziell aufgelöst. Es wurde versucht möglichst viele Mitglieder der KPC in die KSF überzuführen. Doch bei der Umstrukturierung handelte es sich auch um eine Reduzierung, und so wurden die nicht mehr benötigten Soldaten ehrenvoll entlassen und in das Zivilleben integriert. Dieser Vorgang wurde von Vertretern der IO mit besonders viel Vorsicht betrachtet. Bei einer hohen Arbeitslosigkeit von 40 Prozent und Tendenzen der Organisierten Kriminalität zahlreiche ehemalige Soldaten anzuwerben, bestand die Gefahr, dass die Sicherheit im Kosovo durch den Zustrom dieser entlassenen Soldaten gefährdet worden wäre. Für die Zeit der Umstrukturierung konnte ich allerdings keinerlei Anstieg der Kriminalitätsraten oder der die allgemeine Sicherheit kompromittierenden Ereignisse feststellen.

Die NATO ist verantwortlich für die Überwachung und Unterstützung der neu aufgestellten KSF. Dabei wurde festgelegt, dass die KSF nur leicht bewaffnet sein darf und keine schweren Waffen wie beispielsweise Panzer, Artillerie oder auch keine offensive Luftkomponente besitzen darf. Die Aufgaben der KSF liegen in all jenen Bereichen, die für Polizeikräfte nicht zu bewerkstelligen sind: Einsätze im Falle des Notstandes, die Vernichtung von Blindgängern, Zivilschutz, aber auch friedensunterstützende Einsätze im Ausland. Die Gesamtstärke der KSF (Freiwilligenarmee) soll nicht mehr als 2.500 aktive SoldatInnen aller Ethnien umfassen und darf mit 800 ReservistInnen ergänzt werden. (NATO, 2010)

6.1.4 Kommando und Struktur von KFOR

Um sich immer wieder an neue Gegebenheiten im Einsatzraum anpassen zu können, wurde die Struktur von KFOR laufend adaptiert. Im Zuge dessen wurden die seit dem Jahr 2006 bestehenden Multinational Task Forces in Multinational Battle Groups (MNBG) umgewandelt, die maßgeschneidert ihre Elemente zum Einsatz bringen. Eine MNBG entspricht in etwa einem Bataillon, welches aus zahlreichen Kompanien besteht. Diese sind mobil, flexibel und schnell verfügbar, um kosovoweit möglichen Problemsituationen zu begegnen. Das Ziel von KFOR ist es, die Effektivität seiner Struktur laufend zu verbessern und zunehmend Personal einzusparen bzw. Kompetenzen an lokale Behörden zu übergeben. Dadurch wurde auch die Zusammenarbeit von KFOR mit den lokalen Behörden, aber auch mit der lokalen Bevölkerung immer intensiver. Ein beabsichtigter Nebeneffekt davon ist, dass

der Informationsfluss zu Gunsten KFOR besser ist als zuvor. Die fünf MNBGs stehen unter dem direkten Kommando des Kommandanten²³ von KFOR. Dieser erhält seine Befehle vom Kommandanten Joint Force Command in Neapel (Italien). (NATO, 2010)

Die neueste Phase der Umstrukturierung durchlief KFOR im Frühjahr 2011. Hierbei wurden die Verantwortungsräume gänzlich neu aufgeteilt und auch die Truppenstärke drastisch reduziert. Heute umfasst die Gesamtanzahl der SoldatInnen nur noch rund 6.000. Die fünf MNBGs wurden aufgelöst, der Kosovo in einen östlichen und einen westlichen Verantwortungsraum aufgeteilt und ein zentrales Kerngebiet rund um den Raum Pristina geschaffen. Mit dieser Umstrukturierung bzw. Truppenreduzierung wird dem Umstand der Normalisierung und Stabilität im Kosovo Rechnung getragen. Immer mehr Aufgaben der KFOR wurden an die KSF bzw. an die kosovarische Polizei übergeben. Es soll hier aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass es einigen truppenstellenden Nationen finanziell immer schwerer fällt hier ihren Beitrag zu leisten, zumal auch die Notwendigkeit der KFOR-Präsenz immer häufiger offen in Frage gestellt wird. Die heftigen Auseinandersetzungen im Juli 2011 an der serbisch-kosovarischen Grenze haben gezeigt, dass KFOR für eine umfassende Sicherung und Stabilisierung der Lage im Kosovo bereits zu wenige Truppen vor Ort hat. Die Unruhen und Auseinandersetzungen an den Grenzübergängen „Gate 1“ und „Gate Dog 31“ (siehe Abbildung 23) führten dazu, dass manche truppenstellende Nationen²⁴ zusätzliche militärische Kräfte in den Kosovo entsandten. Damit dürften auch die Pläne für eine weitere Reduzierung der KFOR Gesamttruppenstärke auf Eis gelegt sein.

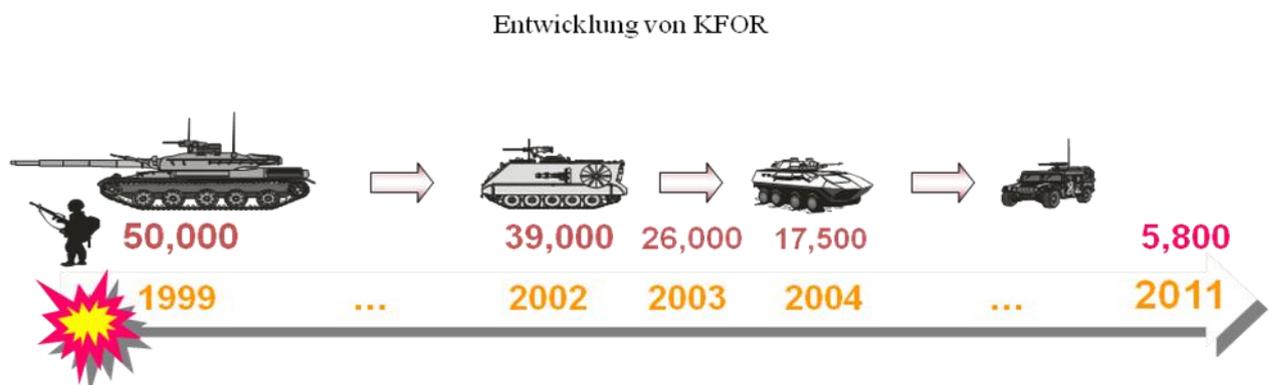


Abbildung 22: Verlauf der Truppenstärke von KFOR von 1999 bis heute. (Quelle: Autor)

²³ Der derzeitige Kommandant ist Generalmajor Erhard Bühler der deutschen Bundeswehr. Stand 2011.

²⁴ So entsandte beispielsweise Österreich zusätzlich zu ihrem Kontingent eine weitere Infanteriekompanie und Stabsoffiziere.

Wie in der Abbildung 22 grafisch veranschaulicht, wurde die Präsenz von KFOR sukzessive reduziert. Dies geschah in Abstimmung mit der sich zunehmend normalisierenden Lage im Kosovo und ist mitunter auch von weltpolitischen Ereignissen abhängig. So wurden aufgrund der internationalen Intervention im Irak und in Afghanistan diverse Truppenkontingente verändert.

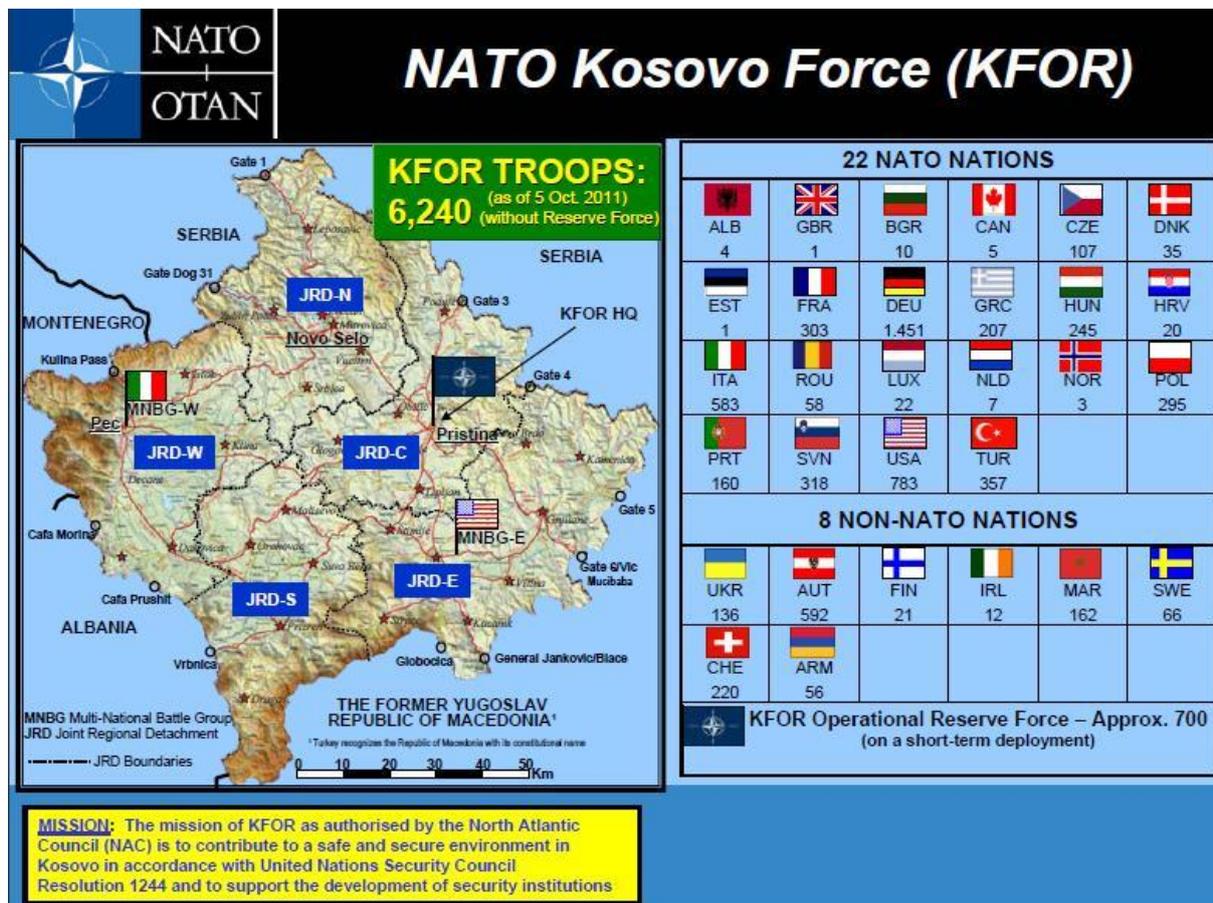


Abbildung 23: Dislozierung der fünf Joint Regional Detachments. Daneben eine Auflistung der truppenstellenden Nationen mit den jeweiligen entsandten Truppenstärken. Stand: Oktober 2011. Quelle: (NATO, 2010b)

6.1.5 KFOR heute

Im Jahr 2011 versehen rund 6.200 SoldatInnen Dienst in der Nato-geführten Operation. Insgesamt werden diese Truppen von 31 Ländern gestellt, 7 davon keine NATO-Mitglieder. Diese sichern nach wie vor den Schutz und die Sicherheit sowie die Bewegungsfreiheit aller BürgerInnen des Kosovo. Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 wurde seitens der truppenstellenden Nationen festgelegt, dass KFOR auf der Basis der UN-Resolution 1244 ihre Arbeit im Kosovo fortsetzen wird. Im Juni 2008 hat die NATO insofern auf die neue Situation reagiert, als dass die Aufgaben von KFOR vermehrt in der Unterstützung der zivilen lokalen Strukturen zu mehr Professionalität, Demokratie und Multi-Ethnizität verstanden wurden. Die Entwicklung von KFOR ist sicherlich noch nicht

abgeschlossen und wird laufend und in regelmäßigen Abständen dem Umfeld angepasst. Entscheidungsträger für weitere Veränderungen, die hauptsächlich eine Truppenreduktion betreffen wird, ist das North Atlantic Council. (NATO, 2010)

Am 10. Juni 2010 bekräftigten die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten den KFOR-Einsatz. Zum einen wurde beschlossen KFOR-Truppen sukzessive zu reduzieren, gleichzeitig werde KFOR solange im Kosovo bleiben, wie es eben notwendig ist. Dies, weil die Wichtigkeit der Sicherheitslage im Kosovo erkannt wurde: „*Security in Kosovo remains vital to security in the Western Balkans and in Europe.*“, so die Aussage des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen (NATO, 2010a)

6.1.6 Bewertung von KFOR und NATO

Die Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo wurde sehr erfolgreich von der NATO erzwungen. Dies war aufgrund der massiven Überlegenheit der NATO-Truppen gegenüber den serbischen Militär- und Sicherheitskräften auch nicht weiter verwunderlich. Die Wahrnehmung der KFOR-Truppen in der Bevölkerung ist noch immer jene des Retters und Befreiers, selbst mehr als 10 Jahre nach Beginn der NATO-Operation. Auch der KFOR-Beitrag zur Sicherheit und Stabilisierung des Landes war ein sehr entscheidender.

Während zahlreicher Gespräche mit den BewohnerInnen des Kosovo wird immer wieder deutlich, dass die Reputation von KFOR und das Ansehen der Friedenstruppe besonders hoch ist. Es vergeht kaum ein Gespräch, wo sich der/die GesprächspartnerIn nicht für das KFOR-Engagement bedankt. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass KFOR der alleinige Akteur im Zurückdrängen der serbischen Sicherheitskräfte war. Zusätzlich hat KFOR in den Jahren danach maßgeblich an der Befriedung und Stabilisierung mitgewirkt. Dies geschah beispielsweise mit der Durchführung von sogenannten „Operation Harvest“. Dies waren Kampagnen zur Einsammlung von Waffen, Munitionen und Sprengmitteln. Die Grundidee dahinter war es, möglichst viele dieser Gegenstände einzusammeln, um damit das Gefahrenpotenzial einer möglichen zukünftigen Eskalation zu verringern. Als Anreiz für die Bevölkerung ihre Waffen abzugeben²⁵ galt in den Anfangsjahren von KFOR ein Zug-um-Zug-Tausch mit Lebensmittelpaketen und in den weiteren Jahren eine Straffreiheit der Waffenbesitzer. Dazu wurden allein von April 2000 bis April 2005 19.000 Waffen

²⁵ Der Waffenbesitz ist im Kosovo stark mit Geschlechterrollen verbunden. So wird von KFOR und auch von den lokalen Exekutivbehörden noch immer angenommen, dass nahezu jeder Haushalt im Kosovo bewaffnet ist, weil zum Mann-Sein der Waffenbesitz dazugehört. Der Mann hat im Kosovo auch die Pflicht seine Familie zu schützen, was vorrangig mit Waffen versucht wird. Deshalb mussten besondere Anreize geschaffen werden, um die Bevölkerung überhaupt davon zu überzeugen, dass eine Abgabe sinnvoll ist.

eingesammelt und vernichtet. KFOR zahlte dabei jedem metallherstellenden Betrieb 1.000 Euro pro Tonne der in Auftrag gegebenen Waffenvernichtung. (KFOR, 2010) Ab 2005 wurde die Kosovo Police²⁶ immer mehr damit betraut, sich dieses Problems anzunehmen. Dennoch wird KFOR immer wieder bei Waffenfunden von der Bevölkerung kontaktiert und alarmiert, was dazu führt, dass in der Operations-Zentrale des KFOR-Hauptquartiers jeden Tag zwei bis drei Meldungen diesbezüglich eintreffen. Relativierend zu diesem augenscheinlichen Erfolg muss gesagt werden, dass bei diesen Sammelaktionen sehr viele veraltete bzw. defekte Waffen abgegeben wurden. Interessant ist auch, dass die Anzahl der abgegebenen Faustfeuerwaffen²⁷ sehr gering ausfiel.

Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, dass KFOR eine sehr große Anzahl an lokalen ArbeiterInnen beschäftigt. Alleine innerhalb der MNBG Süd werden, mit Stand 18. August 2010, vom deutschen, türkischen, schweizerischen und österreichischen Kontingent rund 550 *locals*²⁸ beschäftigt. (Auskunft vom Personalchef der MNBG Süd im Sommer 2010) Man kann davon ausgehen, dass die anderen MNBGs einen ähnlichen Bedarf an *locals* haben. Ich rechne also damit, dass die gesamte KFOR rund 2.500 bis 3.000 lokale ArbeiterInnen in verschiedensten Positionen beschäftigt. Somit ist KFOR der wichtigste Wirtschaftsfaktor im Kosovo. Bedenkt man, dass von einem Gehalt zumeist eine gesamte Familie²⁹ erhalten wird, ist es nur allzu logisch, dass die Wahrnehmung der KFOR-SoldatInnen bei der lokalen Bevölkerung eine äußerst positive ist. Der Wirtschaftsfaktor KFOR erhöht sich zusätzlich dadurch, dass zahlreiche SoldatInnen außerhalb der militärischen Einrichtung in den kosovarischen Restaurants Geschäften essen und einkaufen gehen³⁰.

KFOR wird seitens der Bevölkerung als sehr vertrauenswürdig angesehen. Es gab kaum Vorfälle – im Gegensatz zu anderen IO - wo KFOR-SoldatInnen in Korruptionsfälle oder ähnliches verstrickt waren³¹. Deshalb wendet sich die Bevölkerung mit vielen Anliegen noch immer an KFOR-Angehörige, da sie von KFOR eine höhere Effizienz und bessere

²⁶ Die Kosovo Police dürfte diese Aufgabe auch sehr ernst nehmen; so wurden von Jänner bis August 2010 alleine in der Region Mitrovica (Nord-Kosovo) 112 Waffen (20 davon Maschinengewehre) beschlagnahmt.

²⁷ Dazu zählen Pistolen und Revolver.

²⁸ *Locals* ist die allgemein gültige Bezeichnung (vorwiegend von internationals verwendet) für KosovarInnen, die für IOs arbeiten.

²⁹ Wobei eine durchschnittliche Familiengröße beachtlich mehr Personen umfasst als in Österreich. Im Kosovo leben oftmals drei Generationen in einem Haus. Es sind von den Gehältern also 10 bis 20 Personen abhängig.

³⁰ Dies muss allerdings im Einklang mit der vorherrschenden Walking-Out-Policy von KFOR stehen. Manche truppenstellende Nationen haben weiterhin einschränkende Regularien, die den Einkauf und den Restaurantbesuch außerhalb der Camps ausdrücklich verbieten.

³¹ Markant war ein Zwischenfall, als ein ukrainischer Offizier und Angehöriger der KFOR-Truppe Treibstoff an ein Privatunternehmen weiterverkauft hat und dafür Schmiergeld in der Höhe von EUR 60.000,- erhalten haben soll. (Balkan Insight, 2011)

Problemlösungskompetenz erwartet. Leider muss die Bevölkerung hier aber immer häufiger feststellen, dass im Laufe der Jahre zahlreiche Aufgabenbereiche an lokale Behörden übergeben wurden und KFOR nicht mehr der richtige Ansprechpartner ist. Es bleibt abzuwarten wie lange die Bevölkerung die ausländische Militärpräsenz noch goutiert, wenn der persönliche Nutzen immer kleiner wird.

Einer Analyse der NGO „Saferworld“ und Christine Benett folgend ist KFOR nach wie vor der vertrauenswürdigste Akteur im Kosovo. 47,6 Prozent bewerten KFOR als „sehr vertrauenswürdig“ oder als „voll vertrauenswürdig“. Diese Bewertung der Vertrauenswürdigkeit ist aber sehr stark ethnisch motiviert. Betrachtet man nur die kosovo-serbischen Antworten im Bericht von „Saferworld“, fallen diese überwiegend negativ aus. Überwältigende 75,4 Prozent der befragten Kosovo-SerbInnen stufen KFOR als nur „wenig vertrauenswürdig“ oder als „gar nicht vertrauenswürdig“ ein.

Der voranschreitende Vorgang der Truppenreduzierung wird als hauptsächlich positiv gesehen, weil es das Ausmaß der Normalisierung des Kosovo widerspiegelt. Naturgemäß gibt es auch hier zu Vorsicht mahnende Stimmen, die sich um die Sicherheitssituation des Landes Sorgen machen. (Saferworld 2011, S. 18)

6.2 UNMIK

6.2.1 Grundlage

Die rechtliche Basis wurde, wie für viele andere IOs auch, durch die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 geschaffen. Damit wurde die United Nations Mission in Kosovo (UNMIK) ermöglicht, eine Friedensmission der Vereinten Nationen zum Wiederaufbau des Kosovo. Da KFOR die oben angeführten Aufgaben erfüllt, war UNMIK gänzlich auf die Zivilverwaltung fokussiert. Um die notwendigen Schritte für die Wiederherstellung der zivilen Einrichtungen und Heranführung des Kosovo zu einer Autonomie umsetzen zu können, wurde UNMIK mit wirkungsvollen Vollmachten bedacht. UNMIK war die oberste Instanz im Bereich der Legislative und Exekutive. Da die Mission unter Kapitel VII der UN-Charta läuft, können diese Befugnisse auch (mit Hilfe von KFOR) mit Gewalt durchgesetzt werden. Aber auch in Routineaufgaben war die Kooperation von KFOR und UNMIK besonders in den Anfangsjahren ständig gefordert. Bis UNMIK mittels der Internationalen UNO-Polizeieinheit die Kosovo-Polizei etablierte, war KFOR für Sicherheit und Ordnung im Kosovo verantwortlich. (UNRIC, 1999)

Rechtlich baute UNMIK auf die Gesetze vor dem 24. März 1999 auf, sofern diese nicht gegen die Menschenrechte oder auch gegen die UN-Resolution 1244 verstießen. Interessant ist allerdings, dass die UN-Resolution bestätigt, dass der Kosovo nach wie vor zu Jugoslawien gehört und die Souveränität nicht angetastet wird. (UNRIC, 1999) Ein weiterer kaum in den Medien transportierter Parameter der UN-Resolution 1244 ist, dass es Serbien möglich gewesen wäre, eine eigene Friedenstruppe SoldatInnen im Kosovo zu stationieren. Dies wurde seitens der serbischen Regierung nie versucht umzusetzen. *“After withdrawal [der serbischen Sicherheitskräfte, Anm. Autor], an agreed number of Yugoslav and Serbian personnel will be permitted to return to perform the following functions:*

- *Liaison with the international civil mission and the international security presence;*
- *Marking/clearing minefields;*
- *Maintaining a presence at Serb patrimonial sites;*
- *Maintaining a presence at key border crossings.”* (UNSCR, 1999; Annex 2; 6)

Unter der *agreed number* versteht die UNSCR, *„Return of personnel for the four functions specified above will be under the supervision of the international security presence and will be limited to a small agreed number (hundreds, not thousands).”* (UNSCR, 1999; Annex 2; Notes)

Und sehr allgemein sollte UNMIK auch die Grundlage schaffen, um fruchtbare Gespräche zur Lösung der Statusfrage zu ermöglichen.

6.2.2 Ziele

“The task before the international community is to help the people in Kosovo to rebuild their lives and heal the wounds of conflict.”, dies meinte der UN-Generalsekretär Kofi Annan im Jahr 1999. (Annan, 1999)

Die wichtigsten Ziele waren: (UNRIC, 1999)

- *„Koordinierung der humanitären Hilfe der IG um den Hilfsbedarf zu decken*
- *Wiederaufbau der Infrastruktur und der Wirtschaft*
- *Umstrukturierung der Regierungseinrichtungen*
- *Vorbereitung und Abhaltung von Wahlen*
- *Lösung der Status-Frage*
- *Schaffung einer Zivilverwaltung unter Einhaltung der Menschenrechte und des multi-ethnischen Charakters des Kosovos“*

Bei der gesamten Umsetzung des Zielkataloges hatte UNMIK immer vor Augen die Bevölkerung und besonders alle Volksgruppen in die Arbeitsprozesse mit einzubeziehen. So waren auch im Kosovo-Übergangsrat VertreterInnen verschiedener Volksgruppen zu vertreten. Dieser Kosovo-Übergangsrat war unter dem Vorsitz der UNO und hatte die Arbeitsschwergewichte Sicherheit, Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung und öffentliche Dienstleistungen. Auch in Zivilkommissionen (Schlichtungsstellen) förderte UNMIK eine multi-ethnische Besetzung dieser Kommissionen. (UNRIC, 1999)

UNMIK nahm sich auch als Ziel möglichst rasch humanitäre Soforthilfe zu leisten. Die Herausforderungen bestanden diesbezüglich sicherlich darin, sich zunächst einen Überblick zu verschaffen und internationale Sponsoren im ausreichenden Maß zu finden. Da im Kosovo zu diesem Zeitpunkt zahllose NGOs und UN-Organisationen (neben anderen) tätig waren, war der Koordinierungsaufwand für UNMIK beachtlich. Alleine für die humanitäre Soforthilfe rechnete UNMIK mit einem finanziellen Aufwand von 900 Millionen US-Dollar. (UNRIC, 1999)

Ein wichtiges Ziel für UNMIK war es die Sicherheit und Ordnung im Kosovo wieder herzustellen. Dazu wurde eine internationale UNO-Polizeieinheit in der Gesamtstärke von über 3.000 PolizistInnen geschaffen. Zunächst war deren Aufgabe die Zusammenarbeit mit KFOR, eine beratende Tätigkeit im Aufbauprozess der lokalen Polizeikräfte und operative Aufgaben mit vollen Exekutivbefugnissen. Der OSZE kam im Aufbau der lokalen Polizeikräfte eine besondere Rolle zu. Unmittelbar nach der Beendigung des Kosovo-Konflikts wurde die OSZE damit beauftragt die kosovarische Polizei aufzubauen. Im Zuge dessen wurde im Jahr 1999 die Polizeischule geschaffen und bis zur Übergabe der Führung und Verantwortung rund 7500 PolizistInnen aller ethnischer Zugehörigkeit ausgebildet. Mit dem Aufbau der Exekutivkräfte war auch das Engagement von UNMIK im Aufbau einer multi-ethnischen Justiz verbunden. Bei allen Maßnahmen ist das Ziel von UNMIK die Achtung und Wahrung der Menschenrechte zu fördern.

6.2.3 Struktur

UNMIK besteht aus vier Arbeitsbereichen, wobei jede „Säule“ von einer IO geführt wird:

1. Zivile Verwaltung: Die UNO trägt in diesem Bereich die Verantwortung. Der Kosovo ist im Rahmen der zivilen Verwaltung in fünf Bezirke unterteilt (Pristina, Pec, Kosovska-Mitrovica, Gnjilane und Prizren). In den jeweiligen Gebieten hatten internationale Zivilverwalter weitreichende Regierungsvollmachten.

2. Humanitäre Hilfe: Das UNHCR koordinierte die gesamte humanitäre Hilfe.
3. Demokratisierung und Aufbau der Institutionen: Die OSZE ist für die Demokratisierung und den Aufbau von Institutionen verantwortlich. Darunter fällt die Führung einer Polizeiakademie zur Ausbildung der neuen Kosovo-Polizei. Die OSZE ist auch für die Menschenrechtsbeobachtung, die Entwicklung der Medien und die Organisation von Wahlen zuständig.
4. Wiederaufbau: dieser Aufgabenbereich fällt der EU zu. Darin enthalten sind der gesamte Wiederaufbau und andere wirtschaftliche Maßnahmen.

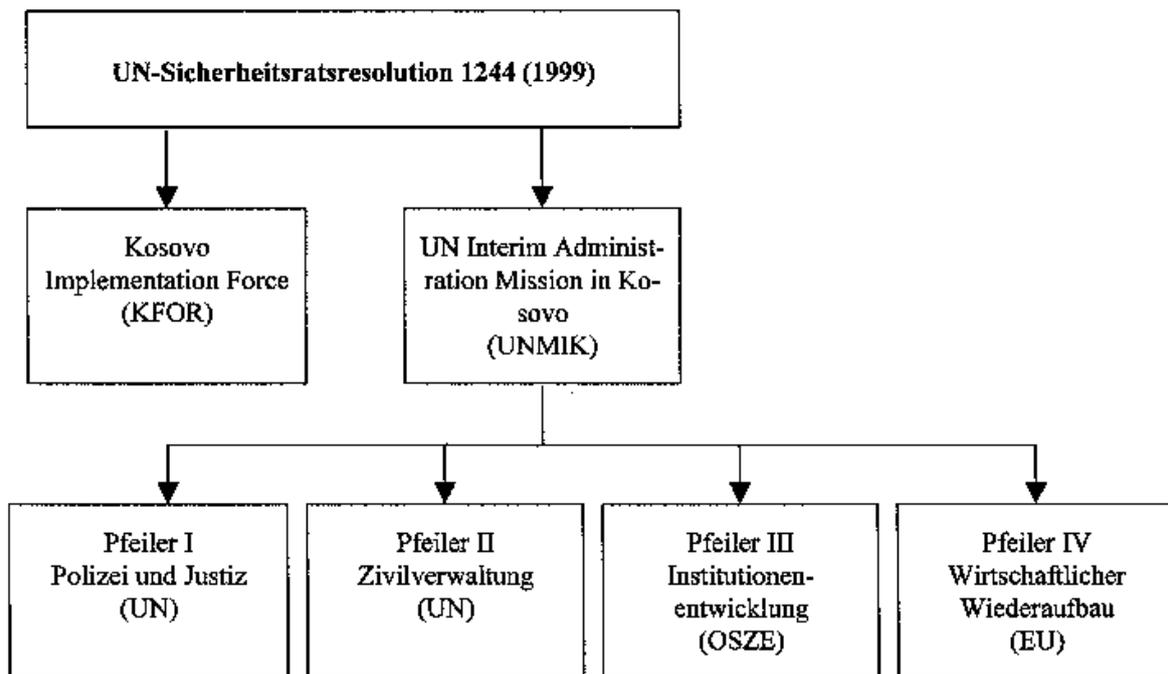


Abbildung 24: Die 4 Arbeitsbereiche der UNMIK (Quelle: Autor)

6.2.4 Bewertung

Ein großes Problem in der Qualität von UN-Operationen ist jenes eines Nord-Süd-Gefälles bei multinationalen Operationen. UN-Operationen werden zwar von westlichen Staaten geplant, beschlossen und finanziert, das Personal für UN-Einsätze und truppenstellende Nationen (aber auch Zivilpersonal) für UN-Friedenseinsätze stammen jedoch hauptsächlich aus Afrika und Süd-Asien.

„As of January 2010, Western countries (United States, EU member states, Japan, Canada, Norway and Australia) contribute 8,831 military and police personnel out of the 99,943 deployed in the UN framework (which represents 8.8%), while financing approximately 90% of the consolidated peacekeeping budget. Furthermore, none of the main Troops and Police contributing countries

– that mainly come from Africa and South Asia – sit at the Security Council as a permanent member, leading to a dichotomy between peace operations doers and peace operations decision-makers.” (Tardy, 2010; S. 2)

So war es auch im Kosovo, wo ich mit afrikanischen Polizisten zusammenarbeiten durfte, deren Hauptaufgabe im Heimatland die Regelung von Straßenkreuzungen war und die im Kosovo die lokale Polizei in kriminalpolizeilichen Untersuchungen unterweisen sollte. Ähnliche und weitaus drastischere Beispiele habe ich im Laufe der Jahre im Kosovo sehr oft erlebt. Sei es mit Polizisten aus Bangladesch, Nepal oder ähnlichen Ländern. Einzig die PolizistInnen aus den West-Europäischen Ländern und den USA waren bei den kosovarischen PolizistInnen sehr gerne als BeraterInnen und UnterstützerInnen gesehen. Von ihnen konnten die kosovarischen PolizistInnen tatsächlich etwas lernen und so die Standards und die Qualität der neu aufgestellten Kosovo Police heben.

UNMIK war die bis dato größte zivile Friedensmission der UNO. UNMIK-Mitarbeiter bekamen unverhältnismäßig hohe Gehälter, weshalb ihnen immer wieder vorgeworfen wurde, das Mandat und damit den Status quo künstlich zu verlängern, um möglichst lange persönlich davon zu profitieren. Zusätzlich waren viele, auch hochrangige, UNMIK-Mitarbeiter in Korruptionsskandale verwickelt. So meinte der kosovarische Vizepremier Krasniqi im Jahr 2003 über UNMIK, *„dass diese nur in Bereichen erfolgreich sei, wo ihren Repräsentanten die Möglichkeit gegeben werde, sich die Taschen zu füllen.“* (Dehnert, 2004; S. 8)

Demnach ist es nicht verwunderlich, dass UNMIK äußerst schlechte Umfragewerte hat. Innerhalb eines Jahres fiel die Zufriedenheit mit UNMIK von 63,8 % auf 28,4 % (Dehnert, 2004; S. 2).

6.3 EULEX

6.3.1 Grundlage

Mit der Council Joint Action 2008/134/CFSP wurde im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) die European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) am 8. Februar 2008 beschlossen. Dabei war die Mission von Beginn an wie folgt ausgerichtet:

“EULEX KOSOVO shall assist the Kosovo institutions, judicial authorities and law enforcement agencies in their progress towards sustainability and accountability and in further developing and strengthening an independent multi-

ethnic justice system and multi-ethnic police and customs service, ensuring that these institutions are free from political interference and adhering to internationally recognized standards and European best practices.” (EU, 2008; S. 2)

Die rechtliche Basis stellen drei Dokumente dar:

1. Council Joint Action 2008/124/CFSP Of 4 February 2008 On The European Union Rule Of Law Mission In Kosovo, Eulex Kosovo
2. Council Joint Action 2009/445/CFSP Of 9 June 2009 Amending Joint Action 2008/124/CFSP On The European Union Rule Of Law Mission In Kosovo, Eulex Kosovo
3. Council Decision 2010/322/CFSP Of 8 June 2010 Amending And Extending Joint Action 2008/124/CFSP On The European Union Rule Of Law Mission In Kosovo, Eulex Kosovo

Somit stellt EULEX die größte zivile Mission dar, welche jemals von der EU gestartet wurde. Dabei ist EULEX kein Protektorat oder eine internationale Übergangsregierung, sondern eine Mission für Monitoring, Mentoring und Beratung der offiziellen kosovarischen Behörden, deren Aufgabe es ist, eine Rechtstaatlichkeit nachhaltig zu gewährleisten. Auch wenn EULEX somit im Rahmen der Sicherheitsresolution 1244 agiert, ist die Mission verpflichtet direkt nach Brüssel zu berichten.

Die EULEX-Mission ist ein Ergebnis der EU Außenpolitik und damit in gewisser Weise auch ein Kind seiner Zeit. Doch wie hat sich die EU Außenpolitik überhaupt entwickelt, damit es zur EULEX-Mission kommen konnte?

Die GSVP der EU wurde im Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 begründet, mit dem Ziel den internationalen Frieden und die Sicherheit im Einklang mit den Prinzipien der UN-Charta zu sichern, internationale Kooperationen zu fördern, Demokratieentwicklung und -konsolidierung zu unterstützen wie auch die Rechtstaatlichkeit mit Respekt für Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) war der Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997. Hierbei wurde das Amt des Hohen Repräsentanten für die GSVP geschaffen. Diesen Posten hatte zwischenzeitlich der Spanier Javier Solana inne. Er wurde oft auch als „Mr. GASP“ bezeichnet. Seit 01. Dezember 2009 wird diese Funktion von der Britin Catherine Ashton bekleidet. Zur Amtsausübung gehört die

Aufgabe die EU-Außenpolitik zu koordinieren und neben der rotierenden Präsidenschaft auch Vertreter in außenpolitischen Angelegenheiten zu sein.

Die Mitgliedstaaten der EU definieren die Grundsätze und die allgemeinen Richtlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Auf dieser Basis werden *Aktionen der Union* (früher: *gemeinsame Aktionen*) und Standpunkte der Union (früher: *gemeinsame Standpunkte*) beschlossen. Die EULEX-Mission wurde aufgrund einer *Aktion der Union* beschlossen.

Der wichtigste Bestandteil der GASP ist die GSVP. Die EULEX Mission im Kosovo stellt nur eine von vielen GSVP-Missionen der EU dar.

6.3.2 Ziele

EULEX leitet ihr Ziel von der Council Joint Action 2008/134/CFSP ab und definiert das Ziel in Form eines Mission Statements:

“The CSDP³² mission will assist the Kosovo authorities, judicial authorities and law enforcement agencies in their progress towards sustainability and accountability. It will further develop and strengthen an independent and multi-ethnic justice system and a multi-ethnic police and customs service, ensuring that these institutions are free from political interference and adhering to internationally recognised standards and European best practices. The mission, in full co-operation with the European Commission Assistance Programmes, will implement its mandate through monitoring, mentoring and advising, while retaining certain executive responsibilities.” (EULEX, 2010)

6.3.3 Struktur

EULEX hat den strukturellen Auftrag eine einheitliche GSVP-Mission im gesamten Kosovo aufzubauen. Das Hauptquartier befindet sich in der Hauptstadt Priština. Es wurden regionale und lokale EULEX-Einrichtungen im gesamten Kosovo errichtet. Des Weiteren gibt es ein Unterstützungselement für Brüssel. Die personelle Gesamtstärke beträgt rund 3.200 Personen, wovon rund 1.950 durch internationale und 1.250 durch lokale BewerberInnen besetzt sind. MitarbeiterInnen für EULEX werden von den meisten EU-Staaten gestellt und zusätzlich noch von Norwegen, Schweiz, Türkei, Kroatien, USA und Kanada. Der Leiter von EULEX ist ein pensionierter französischer Armee-General Yves de Kermabon. (EULEX, 2010)

³² CSDP: Common Security and Defence Policy; dabei handelt es sich um die GSVP.

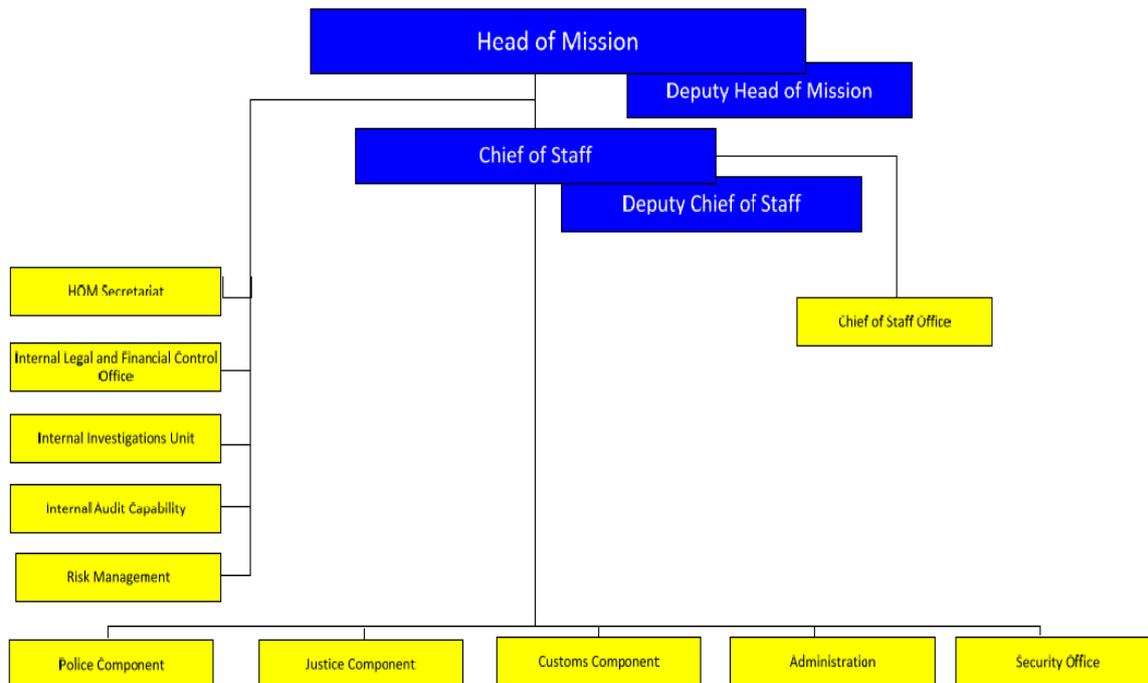


Abbildung 25: Das Organigramm von EULEX zeigt, dass die Mission aus drei operativen Komponenten besteht: Polizei, Justiz und Zoll. Andere abgebildete Einheiten (gelb) sind entweder mit unterstützender, administrativer oder von beratender Funktion. (EULEX, 2010)

6.3.4 Bewertung

EULEX hat in weiten Teilen UNMIK abgelöst. Damit trat die EU-Mission ein schweres Erbe an. UNMIK hat im Kosovo viel zum schlechten Ruf der *internationals* (siehe Kapitel 6.2) beigetragen. Die Bevölkerung befürchtete, dass sich mit EULEX im Wesentlichen nichts ändern werde. Nach den durchaus üblichen Anfangsschwierigkeiten und den öffentlichen Anfeindungen der Unabhängigkeitsbewegung Vetëvendosje³³ konnte EULEX einige Erfolge in der Korruptionsbekämpfung hochrangiger Politiker und Beamter verzeichnen. So kritisierte Albin Kurti:

“EULEX has the same cars, the same headquarters and many of the same staff as UNMIK and it is founded on the same legal basis as UNMIK. Not surprisingly, EULEX’s employees are, like UNMIK, already demonstrating they believe they are above the law – here to implement it for us, but not for themselves” (Vetëvendosje, 2009).

³³ Vetëvendosje bedeutet übersetzt Selbstbestimmung. Hierbei handelt es sich um eine politische Bewegung, die vom ehemaligen kosovarischen Studentenführer Albin Kurti geführt wird. Das Ziel ist/war der Abzug von UNMIK und eine uneingeschränkte Souveränität des Kosovo. Nun richtet sich Vetëvendosje gegen EULEX. Vetëvendosje transformierte sich von einer politischen Bewegung zu einer politischen Partei und hat bei den letzten Wahlen erstmals und auf Antrieb den Einzug ins Parlament geschafft. Aktuell bildet Vetëvendosje eine der Oppositionsparteien im Parlament. Für nähere Informationen siehe <http://www.vetevendosje.org/>

Aus Insider-Kreisen ist allerdings zu vernehmen, dass die aktuell verfolgten Fälle von Korruption und Kriegsverbrechen schon während der UNMIK-Zeit ermittelt wurden. Damals war es allerdings von internationaler Seite politisch nicht erwünscht, sich mit gewissen lokalen politischen Schlüsselfiguren auseinanderzusetzen. Dies bestätigt auch ein Bericht von Helmut Kramer und Vedran Dzihic, worin von 400 bis 1.000 offenen Fällen gesprochen wird, die von UNMIK nicht abgeschlossen wurden. (Dzihic, Kramer, 2009)

In zahlreichen Gesprächen mit EULEX MitarbeiterInnen und durch die gängige Berichterstattung in den kosovarischen Medien zeichnet sich ein sehr negatives, wenn nicht sogar unprofessionelles Bild. So erzählt beispielsweise einer der EULEX-Berater für den kosovarischen Innenminister, dass es beinahe unmöglich ist eine einheitliche Stellungnahme aus Brüssel zu bestimmten Anfragen zu bekommen. Selbst wenn eine Anfrage beantwortet wird, dauert dies oft sehr lange. Die beiden Forscherinnen Maria Derks und Megan Price vom Netherlands Institute for International Relations, publizierten Ende 2010 eine Analyse der EU im Kosovo und bewerteten in Teilbereichen auch EULEX. Die Schlussfolgerungen sind, dass die EU und ihre Akteure im Kosovo viel Verbesserungspotenzial haben. Die praktischen Herausforderungen liegen im Bereich Personal. Teilweise gibt es einen hohen Anteil an Fehlstellen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Personalrotationen, fehlender Sekundierungswille der EU-Mitgliedstaaten, im Mandat festgehaltene Rekrutierungshürden³⁴ und zu wenige Karriereanreize für mögliche BewerberInnen. Auch die Qualität der EULEX MitarbeiterInnen variiert stark. Hier müssen Initiativen gesetzt werden, um eine synchronisierte Einsatzvorbereitung und einheitliche Umsetzung des Mandats zu gewährleisten. (Decks et. al., 2010; S. 39)

Ein weiterer verbesserungswürdiger Bereich ist die Ausformung der EU-Identität. Durch das Fehlen der gemeinsamen Identität und unterschiedlichen Zugängen der Mitgliedstaaten zur EU kann es EULEX nicht schaffen eine Corporate Identity zu bilden. Unterschiedliche Ausbildungen, Lohnniveaus, politische Stellungen in der EU, unterschiedlich lange Erfahrungen mit der EU selbst, tragen nicht dazu bei die Loyalität der EULEX MitarbeiterInnen zu fördern. (Decks et al, 2010; S. 40)

Gegen Ende 2011 bereitet sich EULEX auf eine Umstrukturierung vor. Besonders in der Polizeikomponente wird der bisherige Kernbereich *Monitoring, Mentoring & Advising*

³⁴ So darf EULEX nur aktive RichterInnen beschäftigen. Diese sind allerdings in ihren Heimatländern oftmals mit mehreren Fällen gleichzeitig beschäftigt und kaum entbehrbar. Pensionierte RichterInnen hätten den Vorteil, dass diese nicht an offene Fälle gebunden sind und würden auch mehr Berufserfahrung mitbringen. Allerdings sind pensionierte RichterInnen für EULEX nicht zulässig.

(MMA) beinahe gänzlich aufgegeben. Aus EULEX-internen Kreisen ist zu vernehmen, dass dies größtenteils aufgrund des geringen Erfolgs geschieht. Für EULEX wäre es wichtig sich von der passiven Haltung, die bis jetzt eingenommen wurde, zu trennen. Für einen kompletten Imagewechsel ist es vermutlich schon zu spät; dies würde hinsichtlich der komplexen Gesamtsituation auch nicht machbar sein. Schadensbegrenzung ist auf jeden Fall noch möglich. Eine Verfolgung von Korruptionsfällen würde eine Signalwirkung in mehrere Richtungen bewirken. Das eigentliche Mandat der Rechtstaatlichkeit würde umgesetzt werden, die amtierenden PolitikerInnen müssten auch im Kosovo erkennen, dass Fehlhandlungen Konsequenzen nach sich ziehen und nicht zuletzt könnte die Bevölkerung wieder mehr Vertrauen in das politische System des Kosovo gewinnen.

Der Handlungsbedarf für EULEX ist evident und eine zeitnahe Entwicklung der EU-Mission ist sehr wichtig. Zurzeit ist EULEX permanent Vorwürfen der Ineffizienz und Ineffektivität ausgesetzt. Tatsächlich können nur geringe Errungenschaften in den drei Jahren bei einem jährlichen Budget von rund 100 Millionen vorgewiesen werden. Andrea Capussela, ein ehemaliger ICO-Mitarbeiter, fällt ein vernichtendes Urteil:

„[...] causes are internal – incompetence, weak management and possibly even disloyalty to the mission’s mandate. [...] Eulex has become a shining symbol of incompetence, not of European values, and a costly veil that hides the shenanigans of the elite from the eyes of Kosovo’s citizens. The EU should audit and reform Eulex, replace its senior management, give this mission the guidance and political support it needs to perform its mandate.”
(Capussela, 2011)

6.4 OSZE

6.4.1 Grundlage

Das Engagement der OSZE im Kosovo geht weitaus länger zurück als nur bis zum Beginn des Kosovo-Konflikts. Bereits im Jahr 1992 war die damalige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)³⁵ im Kosovo, Sandzak und in der Vojvodina vertreten. Allerdings wurde dieses Mandat nicht weiter verlängert. Es folgte im Oktober 1998 bis März 1999 die Verifikations-Mission im Kosovo. Diese Mission sollte sicherstellen, dass die Föderale Republik Jugoslawien (FRJ) im Einklang mit den UN-Sicherheitsrat-Resolutionen 1160 und 1199 handelt. Die Absicht dieser Verifikations-Mission war es, das Waffenstillstandsabkommen und die Bewegung der Streitkräfte zu überwachen, eine

³⁵ Die KSZE wurde mit Wirkung vom 01. Jänner 1995 in OSZE umbenannt.

Förderung der Menschenrechte und der Bildung von demokratischen Einrichtungen. Allerdings verschlechterte sich die Sicherheitslage soweit, dass die Verifikations-Mission abgezogen werden musste. (OSZE, 2010)

Die bis heute andauernde OSZE-Mission im Kosovo beruht auf der Entscheidung Nummer 305 des ständigen Rates der OSZE vom 1. Juli 1999. Bis zum 31. Jänner 2008 wurde das Mandat jährlich verlängert. Seit diesem Zeitpunkt wird das Mandat für die OSZE-Mission im Kosovo nur mehr monatlich verlängert. In dieser Entscheidung wurde auch festgelegt, dass die OSZE-Mission im Kosovo im Rahmen von UNMIK agiert und *"take the lead role in matters relating to institution- and democracy-building and human rights and rule of law."* (OSZE, 2010)

6.4.2 Ziele

Die OSZE-Mission im Kosovo stellt die größte internationale Präsenz im Kosovo dar. Mandatiert ist sie mit drei Schwerpunkten:

1. Förderung der Menschenrechte
2. Unterstützung der demokratischen Einrichtungen und Förderung von *good governance*
3. Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf:

- Schutz der allgemeinen Rechte, inklusive der Rückkehr und Reintegration von Vertriebenen, Bewegungsfreiheit und –sicherheit, Grundstücksrecht, Nicht-Diskriminierung, Partizipation am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben, Zugang zur Bildung und anderen staatlichen Einrichtungen, sowie Bewahrung der Sprache und Kultur
- Kommunale Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Qualitätssteigerung des öffentlichen Diensts und einer höheren Partizipation der BürgerInnen in der Entscheidungsfindung
- Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, mit einem Monitoring der Gemeinden, Gerichte und der Polizei
- Unterstützung einer weiteren Entwicklung der unabhängigen Institutionen, die sich mit Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Wahlen befassen
- Unterstützung aller Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel
- Steigerung gesetzgebender Abläufe und Aufsicht über die Exekutive, wie auch die kommunale Partizipation in diesen

- Entwicklung des Sektors der öffentlichen Sicherheit inklusive der Polizei, Zoll und Justizwache
- Stärkung der Print-, als auch der Fernseh- und Rundfunk-Regulatoren
- Zugangsverbesserung und Qualitätssteigerung der höheren Ausbildung für alle

Um diese Ziele und Aufgaben bestmöglich erreichen zu können, pflegt die OSZE eine intensive Kooperation mit anderen IO im Kosovo. Dies wurde durch die grundsätzliche Mandatierung begünstigt, denn die OSZE-Mission im Kosovo ist ein integraler Bestandteil von UNMIK. Durch die Tatsache, dass UNMIK im Jahr 2009 beachtlich verkleinert und neu gestaltet wurde, hat die OSZE-Mission eine stärkere Rolle bekommen, insbesondere hinsichtlich des Monitoring mit Bezug zum Frühwarnsystem und der Berichtslegung. In der Praxis kooperiert die OSZE mit allen wichtigen Akteuren im Kosovo, beispielsweise: UNHCR, UN-OHCHR, EU-Institutionen oder auch KFOR.

6.4.3 Struktur

Der Aufbau und die Struktur der OSZE-Mission stellen sich wie folgt dar:

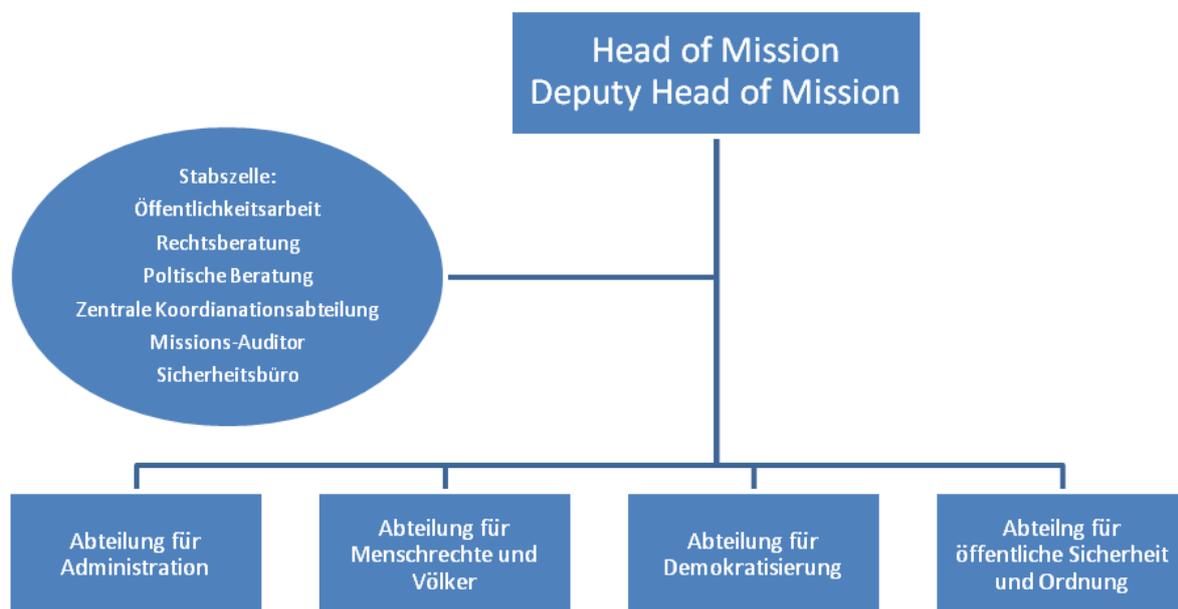


Abbildung 26: Die OSZE Mission im Kosovo besteht neben der Missionsleitung (und einer angehängten Stabszelle) aus drei programmatischen Abteilungen und einer Administrationsabteilung. (Quelle: Autor)

Wie in Abbildung 26 ersichtlich, basiert die OSZE-Mission auf mehreren Abteilungen des Senior Managements, die aus dem Leiter der Mission, dem Stellvertreter, den vier Direktoren der Abteilungen bestehen. Der Leiter der Mission wird dabei von einem Stabselement unterstützt.

Seit Oktober 2008 wird die OSZE-Mission im Kosovo vom österreichischen Botschafter Werner Almhofer geleitet. Dieser hat auch die Position des stellvertretenden Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen inne. Seine Bestellung wurde im Sommer 2011 verlängert. Dadurch ist Werner Almhofer der am längsten dienende *Head of Mission* im Kosovo.

Mit Stand von Anfang 2011 befindet sich das Hauptquartier der OSZE-Mission in Priština. Gestützt wird die Mission von einer sehr intensiven Präsenz in allen Gemeinden. Dazu ist die OSZE-Mission in fünf regionale Zonen aufgeteilt, die von über 30 Teams betreut werden. Die regionalen Zentren der OSZE befinden sich in:



Abbildung 27: Räumliche Verteilung der OSZE- Mission; 1: Gnjilane, 2: Mitrovica, 3. Pec, 4. Pristina, 5: Prizren (OSZE, 2010a)

Die OSZE beschäftigt im Kosovo rund 700 MitarbeiterInnen. Davon entfallen cirka 200 der Posten auf international ausgeschriebene Stellen, die restlichen rund 500 sind für lokale MitarbeiterInnen reserviert. Für das Jahr 2011 war eine Gesamtsumme von rund 25 Millionen Euro budgetiert. Ein großes Problem der OSZE Mission im Kosovo sind die hohen Personalkosten. So fließen rund 75 Prozent des Missionsgesamtbudgets in die Gehälter der MitarbeiterInnen. Selbst die verbleibenden 25 Prozent (operatives Budget) kommen nicht direkt der Stabilisierung, Demokratisierung und Weiterentwicklung des Kosovo zu Gute. Mit den 25 Prozent werden in zahlreichen Projekten und Aktivitäten, die von der Mission durchgeführt werden, beispielsweise auch die Bezahlung von Beratern und externen Experten, die Miete für Veranstaltungsräumlichkeiten, u.v.m. abgedeckt. Eine genaue Zahl, wie viel vom Gesamtbudget tatsächlich dort ankommt, wo es benötigt wird, kann nicht genannt werden. Allerdings ist dieser Anteil verschwindend gering.

6.4.4 Bewertung

Bei vielen Leuten, die ich im Einsatzraum regelmäßig treffe, ist die OSZE durchaus positiv konnotiert. Dies dürfte hauptsächlich daran liegen, dass die OSZE nach wie vor mit der ersten Durchführung von freien Wahlen im Kosovo in Verbindung gebracht wird. Auf jeden Fall hat die OSZE eine enorme Präsenz, was der Bevölkerung immer das Gefühl gibt umsorgt zu werden. Allerdings ist vielen nicht ganz klar, wofür die OSZE tatsächlich da ist. Dabei sind die von der OSZE durchgeführten Projekte äußerst vielfältig und zielen auf die verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und Behörden auf unterschiedlichen Ebenen.³⁶

Tatsächlich ist die OSZE Mission im Kosovo ein sehr tätiger Akteur in der Förderung der Institutionen und Demokratie. So ist die OSZE Mission im Kosovo die einzige Internationale Organisation, die die Kosovo Polizei ausbildet³⁷. Dieses Faktum (und in den Augen vieler internationaler Vertreter: Überlappungsproblem) wurde erst im August 2011 durch einen sogenannten „exchange of letters“ bereinigt. In den Briefen wurde festgehalten, dass EULEX durch seine Präsenz im kosovarischen Polizeiapparat den identifizierten Trainingsbedarf an die OSZE Mission im Kosovo meldet, diese dann die Lücken durch Trainings und Ausbildungen schließt.

Die OSZE Mission im Kosovo wird größtenteils noch positiv von der Bevölkerung bewertet. Dies kann sich in Zukunft insofern ändern, da die Akzeptanz und Wertschätzung aller Internationalen Organisationen im Sinken befindlich sind. Selbst wenn die OSZE Mission im Kosovo weiterhin wichtige und qualitativ hochwertige Arbeit leistet, könnte dies im allgemeinen Sog der Frustration gegenüber den Internationalen Organisationen untergehen. Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, dass die OSZE zwar noch in Südosteuropa ihr Schwergewicht setzt³⁸, langsam aber stetig das Interesse (und damit auch die Gelder) in den zentralasiatischen Raum wandert. So berichtet der Generalsekretär der OSZE in seiner Präsentation des Budgets für das Jahr 2012 über:

- “Gradual reduction in South-Eastern Europe [...]
- A slow but steady increase in Central Asia [...]
- 2 % decrease in South-Eastern Europe [...]
- 10 % increase in Central Asia.” (OSZE, 2011; S. 3)

³⁶ Für einen Überblick über die OSZE-Projekte siehe:

<http://www.osce.org/kosovo/features.html?lsi=true&src=8&limit=10&app=0&pos=0>

³⁷ EULEX hat für die Ausbildung der Kosovo Polizei kein Mandat, sondern führt im Polizeibereich *Monitoring, Mentoring und Advising* (MMA) durch.

³⁸ 64 % der Aktivitäten werden in Südosteuropa durchgeführt und die OSZE Mission im Kosovo ist die größte Feldoperation der OSZE.

6.5 ICO

6.5.1 Grundlage

Wie bereits ausgeführt, wurde der Kosovo 1999 unter UN-Verwaltung gestellt, die auf der UN-Resolution 1244 fußte. Das Problem des Status des Kosovo bleibt hier allerdings vollkommen ungelöst. Diesbezügliche Verhandlungen begannen im November 2005 in Wien unter der Leitung des ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari. Dieser führte Verhandlungen in Wien durch und sprach sehr intensiv mit Verhandlungsteams aus Belgrad und Priština, wie auch mit internationalen Partnern. Ahtisaari präsentierte das umfangreiche Verhandlungsergebnis im März 2007 dem UN-Sicherheitsrat in New York. Ein Monat später besuchten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates im Rahmen einer fact-finding mission Brüssel, Belgrad, Priština und auch Wien.

Da es im Juli 2007 noch immer unterschiedliche Ansichten über die Statusfrage des Kosovo im UN-Sicherheitsrat gab, ernannte „Mr. GASP“ Javier Solana den deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger zum Repräsentanten der EU. Dieser ermöglichte weiterführende Verhandlungen mit Belgrad und Priština im Rahmen eines Teams der EU, Russlands und den USA. Dieses Engagement der sogenannten Contact Group wurde auch von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon begrüßt. Dieser forderte: *„the international community must find a solution that is timely, addresses the key concerns of all communities living in Kosovo and provides clarity for Kosovo’s status. The status quo is not sustainable.“* (ICO, 2010; Kapitel Background). Im abschließenden Bericht der Verhandlungsteams wurde im Dezember 2007 festgehalten, dass *“... the parties discussed a wide range of options, such as full independence, supervised independence, territorial partition, substantial autonomy, confederal arrangements and even a status-silent ‘agreement to disagree’.”* (ICO, 2010; Kapitel Background) Der Bericht führt weiter aus: *“... the parties were unable to reach an agreement on the final status of Kosovo. Neither party was willing to cede its position on the fundamental question of sovereignty over Kosovo. This is regrettable, as a negotiated settlement is in the best interests of both parties.”* (ICO, 2010; Kapitel Background)

Somit waren die Verhandlungen von Ahtisaari nicht erfolgreich und endeten in einer Sackgasse. Kurze Zeit darauf, am 17. Februar 2008, erklärte die Regierung des Kosovo die einseitige Unabhängigkeitserklärung, in der ausdrücklich eine internationale zivile Präsenz gewünscht wird. So wurde am 28. Februar 2008 der International Civilian Representative (ICR) von der International Steering Group (ISG) ernannt. Zusammengefasst und unterstützt

wird diese Funktion in der International Civilian Office (ICO). Die ISG besteht aus Staaten³⁹, die die vollständige Umsetzung des umfassenden Vorschlags für den Kosovo Status wie von Martti Ahtisaari geplant, unterstützen.

Die Aufträge erhält der ICR und das ICO von der ISG, im Speziellen geht es um die Umsetzung des Ahtisaari-Planes. Derzeit hält Pieter Feith⁴⁰ die Position des ICR. Gleichzeitig ist Pieter Feith Sondergesandter der EU.

6.5.2 Ziele

Das Ziel von ICO ist es, eine internationale Unterstützung für eine europäische Zukunft des Kosovo zu geben. Im Konkreten formuliert es das ICO:

“Our aims are: * to ensure full implementation of Kosovo’s status settlement.
 * to support Kosovo’s European integration.” (ICO, 2010; Kapitel Purpose).

In die Praxis wird dies durch eine intensive Beratungstätigkeit für die kosovarische Regierung und die Gemeindeführer umgesetzt. ICO arbeitet dabei sehr eng mit den Repräsentanten der EU zusammen.

6.5.3 Struktur

ICO besteht aus über 200 MitarbeiterInnen aus der ganzen Welt und ist in folgenden Einheiten organisiert:

- Front-Office
- Policy-Referat
- Community Affairs Büro (inklusive Dezentralisation, *Community Rights* und Religion & kulturelles Erbe)
- Wirtschafts- und Steuerabteilung
- Rechtsabteilung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Administration und allgemeines Management
- Sicherheitsabteilung
- Mitrovica Büro (mit Personal aus allen oben erwähnten Einheiten)

³⁹ Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Slowenien, Schweiz, Schweden, Türkei, Vereinigtes Königreich und die USA.

⁴⁰ Pieter Feith ist niederländischer Diplomat mit einer langen Geschichte in diversen Positionen innerhalb der NATO und des Europäischen Rates.

6.5.4 Bewertung

Das ICO und der ICR spielen in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine nur sehr untergeordnete Rolle. Allenfalls ist ihnen der Name Pieter Feith noch ein Begriff; wofür das ICO zuständig ist, wissen die wenigsten. Rund um politische Streitfälle wird der ICO besonders von lokalen Politikern gerne kontaktiert. Zuletzt gab es einen Streitfall um die Rückkehr eines Bürgermeisters von Rahovec/Orahovac in sein Amt, nachdem dieser seinen Rücktritt bekanntgegeben hatte und auch über 30 Tage nicht im Amt gewesen war. Aufgrund des Drucks aus der eigenen Partei kehrte der Bürgermeister doch wieder in sein Amt zurück. Die lokalen Oppositionsparteien haben gegen diese Vorgangsweise protestiert und sich an den ICO gewendet. Die Oppositionsparteien hoffen nun, dass es eine Entscheidung aus dem ICO gibt, welche die Rückkehr des Bürgermeisters in sein Amt als unrechtmäßig bewertet. Eine Entscheidung des ICO ist mit 28. August 2010 noch ausstehend. Dieses Beispiel zeigt, dass das ICO eine gewisse politische Rolle spielt. Allerdings konnte das ICO nie den Platz einnehmen, die ihm eigentlich zugedacht war: die wichtigste internationale Autorität zu werden. Stattdessen ließ die UNO es nicht zu, dass das ICO (und damit auch die EU) diese wichtige Instanz auch gänzlich ausfüllt.

6.6 Kooperation der IOs

Im Frühjahr dieses Jahres befasste sich das Academic Council on the United Nations System (ACUNS) mit dem Thema der Kooperation von Akteuren in Friedenseinsätzen. Dabei wurde festgestellt, dass eine Kooperation von Institutionen hauptsächlich auf materiellen Motiven ruht, um Transferkosten zu reduzieren, Informationen auszutauschen oder finanzielle und materielle Mittel bereitzustellen. Inter-institutionelle Kooperationen können aber auch den Effekt haben, dass es zu einem Legitimitäts-Transfer und so zu einer Aufwertung (durch Kooperation) von einzelnen Akteuren kommt. So meint Tardy⁴¹: „*For the EU, partnering with the UN or with NATO is a means to build up its status as a security actor.*” (Tardy, 2010; S. 1) Dennoch muss gesagt werden, dass diese Kooperationen nicht institutionalisiert sind und meist nur dann gut funktionieren, wenn es eine positive persönliche oder nationale Gesprächsbasis gibt. Jedenfalls haben es alle Akteure, die sich mit Krisenmanagement befassen, bis dato nicht geschafft, sich über ihre Verschiedenheiten und politische Divergenzen hinweg zu einem ineinandergreifenden System des Krisenmanagements zu entwickeln. (Tardy, 2010; S. 3)

⁴¹ Thierry Tardy ist Fakultätsmitglied des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik von ACUNS.

Eine große Herausforderung in den Krisengebieten ist die Tatsache, dass zu viele Akteure für ähnliche Bereiche zuständig sind, denn eine klare Trennung der Aufgabengebiete erfolgt meist nicht. Rein theoretisch könnte man den Ansatz verfolgen, dass die NATO sich um militärische Aufgaben kümmern soll, die EU zivile Maßnahmen zur Stabilisierung der Krisenregion übernehmen soll, und die UNO soll alle Maßnahmen koordinieren. Leider läuft es in der Praxis nicht so ab. Es bleibt auch die Frage, ob eine Überlappung von Akteuren und der damit verbundene Wettstreit die einzelnen Institutionen in ihrer eigentlichen Auftragsausübung stärken oder schwächen. Denn im allgemeinen Konkurrenzkampf um Ressourcen versuchen die verschiedenen IOs ihre Präsenz im Kosovo hauptsächlich durch quantitative Berichterstattung über ihre Tätigkeit zu rechtfertigen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Qualität der Unterstützung geschieht nur selten. Am ehesten werden internationale Akteure und ihr Beitrag zur Weiterentwicklung des Kosovo von akademischen Instituten oder *think tanks* kritisch analysiert. Deren Empfehlungen werden oftmals nicht einmal versucht umzusetzen und mit einem Achselzucken entgegengenommen, weil man ohnehin nichts ändern könne. All dies passiert nicht nur vor den Augen der kosovarischen Behörden, sondern zusätzlich im Beisein hunderter *locals*, die tagtäglich die Ineffizienz und Ineffektivität miterleben und auch dazu beitragen.

Aus der Praxis gesprochen sind in der „Kooperation“ der IOs folgende Aspekte zu beobachten. Es herrscht eine regelrechte Konkurrenz zwischen den Organisationen. Gleichzeitig – der institutionellen Konkurrenz zum Trotz - kommt es sehr oft zu einem Schulterschluss westeuropäischer Organisationsmitglieder gegen andere Staaten (inkl. USA). Zusätzlich verfolgen Schlüsselfiguren in IOs neben den Zielen der Organisation noch nationale Agenden. Manche dieser Personen verfolgen dies so vehement und nachhaltig, dass dies oft die primäre Aufgabe zu sein scheint. All dies wird in zahllosen Working Groups, Meetings, gemeinsamen Trainings und auch in diversen Papieren spürbar.

Eine Konzentrierung und ein Konzentrieren aller internationalen Bemühungen kämen nicht nur dem Kosovo zu Gute, sondern würden es auch ermöglichen in den IOs Personal und generell Steuergelder zu sparen. Doch dies scheint aus Sicht der IG gar nicht gewollt zu sein. Denn es ist auch zu beobachten, dass die lokalen Akteure versuchen ihre internationalen Ansprechpartner gegeneinander auszuspielen. Dies gilt es zu vermeiden.

7. Schlussbemerkung

Der Kosovo stellt den jüngsten Staat in Europa dar. Seit dem Jahr 1999 befindet sich diese Region unter einem internationalen Protektorat und stellt ebenso ein interessantes Forschungsobjekt dar. Die Einflussnahme zahlreicher Akteure auf den Kosovo, die politisch-militärische Stabilisierung der Region und die Heranführung des Staates zur Unabhängigkeit sind sehr spannende politikwissenschaftliche Aspekte, die nur wenige hundert Kilometer von der österreichischen Staatsgrenze entfernt stattfinden.

Die praktische Anwendung bereits an der Universität erworbener Kenntnisse über die Politikwissenschaft zeigte mir, dass das von mir erst kürzlich gewählte Studium über mehr Realitätsnähe verfügt, als ich mir zunächst gedacht hatte. Daraus ergaben sich mehrere positive Effekte: zum einen ist die Motivation, das Studium möglichst rasch (trotz einer 40 Stunden Vollzeitbeschäftigung) abzuschließen, sehr stark gestiegen.

Das internationale Engagement und insbesondere der zögerliche Erfolg zeigen sehr gut, wie komplex die Internationale Politik ist. Meine Tätigkeiten im Kosovo gaben mir die Möglichkeit sehr eng mit der Bevölkerung und lokalen/internationalen Schlüsselfiguren zusammenarbeiten zu können. Da der Kosovo nun seit über 12 Jahren von Internationalen Organisationen verwaltet wird, verfügten meine AnsprechpartnerInnen über langjährige Erfahrung im Umgang mit diversen Internationalen Organisationen. Des Weiteren war für mich sehr gut herauszufinden, wie die einzelnen Organisationen von der Bevölkerung wahrgenommen werden und wie die Meinung der Bevölkerung zu den jeweiligen Organisationen ist. Das generelle Fazit dazu ist sehr ernüchternd.

Es zeigt sich klar, dass trotz des massiven finanziellen Einsatzes im Kosovo die internationale Hilfe und Unterstützung nicht bei den tatsächlichen Bedarfsträgern ankommt. Die allgegenwärtige Korruption lässt enorme Gelder versickern. Der Unmut der Bevölkerung und die Politikverdrossenheit steigen ständig an. Dazu gesellt sich das Unverständnis, dass die Internationale Gemeinschaft diverse kriminelle Machenschaften zusätzlich unterstützt, oder zumindest nichts gegen diese unternimmt. Mitunter wurde mir auch gesagt, dass das starke Ausbreiten der Organisierten Kriminalität (OK) und die herrschende Korruption erst durch die halbherzige Zielumsetzung der IOs ermöglicht wurden. Eine der drastischsten Beispiele sind die aktuellen Vorwürfe gegen den ehemaligen Verkehrsminister Fatmir Limaj. Er steht unter Verdacht die Summe von 80 Millionen Euro veruntreut zu haben. Die gerichtlichen Voruntersuchen laufen seit über einem Jahr und EULEX (nicht die lokalen Behörden) haben

Hausdurchsuchen durchgeführt. Zu einer tatsächlichen Anklage kam es mit Stand vom 30. Oktober 2011 nicht. (Balkan Insight, 2010)

Der aktuelle „Kosovo⁴² 2011 Progress Report“ der Europäischen Kommission bescheinigt einen nur beschränkten Fortschritt der kosovarischen Institutionen in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (European Commission, 2011; S. 57)

Externe Akteure können sicherlich demokratischen Staatsaufbau leisten. Allerdings konnte im Jahr 1999 die Frage des Status des Kosovo nicht geklärt werden. Des Weiteren können natürlich ehemalige Konfliktparteien nicht dazu gezwungen werden, unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Eine verbesserte Kooperation der Internationalen Staatengemeinschaft ist auch in Zukunft notwendig, um dem Kosovo eine Integrationsperspektive geben zu können. Auch wenn fünf EU-Mitgliedstaaten den Kosovo nicht anerkennen, so unterstützen diese zumindest die EULEX-Mission.

Langsame demokratische und stabilisierende Prozesse können den Kosovo in seiner positiven Entwicklung und Unterstützung von Reformkräften fördern. Dies hat auch die Politik der IOs insbesondere der EU hinsichtlich Serbien gezeigt. Durch den Annäherungsprozess Serbiens an die EU verloren die Nationalisten unter Koštunica an Macht. Serbien hat den Kosovo praktisch aufgegeben, kann dies allerdings nicht offiziell kommunizieren. Vermutlich muss Serbien einen Mittelweg zwischen Anerkennung des Status quo und Nicht-Anerkennung der staatlichen Souveränität des Kosovo finden. Auf jeden Fall muss die EU ihre demokratiefördernde Wirkung im Kosovo weiterhin ausnützen. Dabei wird der Anreiz einer Visa-Liberalisierung – ähnlich einer Trumpfkarte – immer wieder im Spiel sein.

Einen herben Rückschlag erlitten die IOs durch den Bericht von Dick Marty, wo schwere Anschuldigungen gegen den Premierminister Hashim Thaci ausgesprochen und seine Beteiligung am illegalen Organhandel behauptet werden. Alle wichtigen internationalen Akteure haben seit 1999 mit dem heutigen Premierminister zusammengearbeitet. Es scheint, als hätten sich die IOs auf den falschen Mann konzentriert und diesen unterstützt.

Es ist höchste Zeit, dass die lokalen Behörden die großen Problemfelder in Angriff nehmen. Dies sollte in einer pro-aktiven Art und Weise geschehen, die eine gewisse Selbständigkeit beweist und sich nicht nur auf die Hilfe von außen verlässt. Die Bekämpfung der allgemein gegenwärtigen Korruption, Verringerung der Arbeitslosenraten, Verbesserung der Handelsbilanz, eine ununterbrochene Strom- und Wasserversorgung, Verbesserung des

⁴² Unter UNSCR 1244/1999

Gesundheitswesens, Überarbeitung des Pensionssystems, u.v.m. All dies wäre auch für einen stabilen und konsolidierten Staat schwer zu verarbeiten. Daher ist es nur allzu verständlich, dass für den instabilen und *unfinished state* Kosovo unmöglich erscheint, die zu erledigenden Aufgaben zu meistern. Doch eines ist klar, die derzeitig vorhandene Lethargie unter den aktuellen Akteuren ist auf keinen Fall eine Lösung.

Der Kosovo ist heute zwar unabhängig, verfügt allerdings über keine uneingeschränkte Souveränität, da das Land faktisch zweigeteilt ist: der Norden (serbisch dominiert) und der Süden (albanisch dominiert). Keiner der wichtigen Akteure im Kosovo konnte bis dato an dieser Situation etwas ändern. Vielmehr noch verstärkt sich der Eindruck, als ob der Internationalen Staatengemeinschaft langsam die Ideen ausgehen und die Zeit davonläuft. Die globale Wirtschaftskrise verstärkt den Druck auf alle Akteure, rasch Erfolge vorzuweisen. Der politische Wille und das politische Interesse den Kosovo zu unterstützen und Serbien zu einer Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo zu drängen wird von EU-Krisen (Irland, Portugal, Griechenland, Abwertungen im Finanzsektor) überlagert. Auch der Kosovo spürt die Wirtschaftskrise und kämpft seit einigen Jahren gegen äußerst schlechte Wirtschaftszahlen (Arbeitslosenzahlen, BIP, Handelsbilanzdefizit). Weder die starke internationale Präsenz noch die hart erkämpfte Unabhängigkeit haben an dieser Situation etwas ändern können.

UNMIK wurde nach langjähriger Präsenz so stark reduziert, dass diese keine entscheidende Rolle mehr im Kosovo spielt. Ihre gescheiterte Politik wurde (und wird) von EULEX weitergeführt, was für den Ruf der EU nicht besonders dienlich war. Auch die Ambivalenz in der EU-Politik sorgt für Verwirrung. Fünf EU-Mitgliedstaaten haben den Kosovo als eigenständigen Staat nicht anerkannt, gleichzeitig tragen diese aber die EULEX-Mission! Die EU selbst gibt dem Kosovo nur sehr vage Versprechungen hinsichtlich der Mitgliedschaft. Gleichzeitig wird verabsäumt, den Annäherungsprozess zu beschleunigen und Kosovo in Form von Stablisierungs- und Assoziierungsabkommen zu integrieren.

In Summe betrachtet ist der Kosovo weder ausgeprägt liberal demokratisch noch stabil. Besonders die Rechtstaatlichkeit weist im Kosovo grobe Mängel auf. Der internationalen Präsenz kann man zu Gute halten, dass zumindest die Grundbausteine für einen funktionierenden demokratischen Staat gelegt worden sind. Wichtige staatliche Institutionen sind seit mehreren Jahren vorhanden und haben sich größtenteils auch während Belastungen (Wahlen, Krisen und dergleichen) behaupten können. Das State-Building als solches kann damit durchaus positiv bewertet werden. Ich persönlich stupe dies als einen geringen Erfolg ein, weil enorme Mittel aufgewendet wurden und bereits 12 Jahre vergangen sind. Natürlich muss man

durchaus bedenken, dass das Umfeld schwierig war (und immer noch ist) und die zahlreichen Akteure keine einheitliche Linie verfolgen. Auf jeden Fall zeigt das Beispiel Kosovo, dass Demokratisierung kein alleiniges Allheilmittel zur Befriedung ist und sich Volksgruppen mit vollkommen verschiedenen Zielsetzungen damit nicht zu einem Miteinander bewegen lassen. Der Kosovo ist ein Lehrbeispiel, dass State-Building nicht gleich Nation-Building ist. All die zahlreichen Internationalen Organisationen konnten die beiden Ethnien nicht dazu bewegen die Kooperation zu intensivieren. Damit wurde klar gezeigt, dass externes State-Building eine viel leichtere (trotz aller Schwierigkeiten) Aufgabe zu sein scheint als Nation-Building. Beide Ethnien, im selben Staat lebend, identifizieren sich nach wie vor mit zwei verschiedenen Staaten.

Immer wieder geben EU-Vertreter zu (wenn auch hinter vorgehaltener Hand), dass der Kosovo ein Erfolg werden muss. Wie sie dies erreichen wollen, mit welchem Zeit- und Mitteleinsatz bleibt offen. Alle beteiligten Akteure tragen zu der äußerst verfahrenen Situation bei, die den Kosovo als *failed state* erscheinen lässt. Der Kosovo kann sein Potenzial zur Bildung eines modernen Staates und einer liberalen Demokratie nur mäßig zeigen. Daher bietet die kosovarische Regierung externen Akteuren (und auch Belgrad) mehr Raum für Einflussnahme, als es einem unabhängigen Staat lieb sein kann. Aber die politischen Geschehnisse im Kosovo sind nach wie vor von einflussreichen Familien (Stämmen) geprägt. Der Nepotismus, die Korruption und die Verstrickung von Organisierter Kriminalität und Politik sind prägende Merkmale des Kosovos. Alternativen dazu gibt es kaum. Im Vorfeld der zahlreichen Wahlen im Kosovo erfahre ich in persönlichen Gesprächen mit der Bevölkerung immer wieder, dass es keine vertrauenswürdige Alternativen zu den aktuellen Machthabern gibt. Selbst junge Politiker mit teilweiser guter und westlich geprägter Ausbildung fallen in die traditionellen Verhaltensmuster zurück.

Österreich ist für den Kosovo ein wichtiger Wirtschaftspartner. Zahlreiche österreichische Unternehmen haben in den Kosovo expandiert oder Teilbereiche ihrer betrieblichen Aktivitäten in den Kosovo ausgelagert (Raiffeisen, Generali, Wertheim, ...). Österreich unterstützt den Kosovo auch mit einem beachtlichen SoldatInnenkontingent im Rahmen des KFOR-Einsatzes. Mitunter tragen manche dieser Einheiten des Österreichischen Bundesheeres im Kosovo zu einer Art Absicherung der österreichischen Investitionen bei. Auch auf politisch-diplomatischer Ebene ist Österreich ein wichtiger Ansprechpartner für den Kosovo. Österreich stellt einige Schlüsselfiguren in diversen Internationalen Organisationen und kann dadurch die jeweiligen policies mit beeinflussen.

8. Annex

8.1 Fragebogen

1. Wie stabil und wie demokratisch sehen sie den Kosovo heute?
2. Welche internationalen Organisationen kennen sie, die den Kosovo unterstützen?
3. Welcher dieser internationalen Organisationen sind besonders wirkungsvoll und welche eher nicht?
4. Wie sehen Sie die Unterstützungsmaßnahmen aus Österreich?
5. Können Sie konkrete Projekte mit Österreich nennen?
6. Wenn Sie Schulnoten (1-sehr gut, 5- nicht genügend) geben müssten, welche Noten würden Sie für diese Organisationen vergeben?

KFOR

UNMIK

EULEX

USAID

ICO

EU

7. Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie stabil sehen sie den Kosovo?

0 – 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10

8. Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie demokratisch sehen Sie den Kosovo?

0 – 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10

9. Welche Herausforderungen muss das Land in den nächsten Jahren annehmen um sich positiv entwickeln zu können?

10. Hat die Internationale Gemeinschaft genug Hilfe geleistet?

Persönlichkeitsprofil (zutreffendes bitte ankreuzen):

Alter:

- Unter 15
- 15 -20
- 21-25
- 26-30
- 31-35
- 36-40
- 41-45
- 46-50
- Über 50

Geschlecht:

- Weiblich:
- Männlich:

Bildungsstand:

- Kein Schulabschluss
- Pflichtschule
- Matur
- Hochschulabschluss

Beschäftigung:

- Arbeitslos
- Angestellt
- Arbeiter
- Selbständig

8.2 UNSCR 1244

UNITED
NATIONS

S



Security Council

Distr.
GENERAL

S/RES/1244 (1999)
10 June 1999

RESOLUTION 1244 (1999)

Adopted by the Security Council at its 4011th meeting,
on 10 June 1999

The Security Council,

Bearing in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations, and the primary responsibility of the Security Council for the maintenance of international peace and security,

Recalling its resolutions 1160 (1998) of 31 March 1998, 1199 (1998) of 23 September 1998, 1203 (1998) of 24 October 1998 and 1239 (1999) of 14 May 1999,

Regretting that there has not been full compliance with the requirements of these resolutions,

Determined to resolve the grave humanitarian situation in Kosovo, Federal Republic of Yugoslavia, and to provide for the safe and free return of all refugees and displaced persons to their homes,

Condemning all acts of violence against the Kosovo population as well as all terrorist acts by any party,

Recalling the statement made by the Secretary-General on 9 April 1999, expressing concern at the humanitarian tragedy taking place in Kosovo,

Reaffirming the right of all refugees and displaced persons to return to their homes in safety,

Recalling the jurisdiction and the mandate of the International Tribunal for the Former Yugoslavia,

Welcoming the general principles on a political solution to the Kosovo crisis adopted on 6 May 1999 (S/1999/516, annex 1 to this resolution) and welcoming also the acceptance by the Federal Republic of Yugoslavia of the principles set forth in points 1 to 9 of the paper presented in Belgrade on

99-17289 (E)

/...

2 June 1999 (S/1999/649, annex 2 to this resolution), and the Federal Republic of Yugoslavia's agreement to that paper,

Reaffirming the commitment of all Member States to the sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other States of the region, as set out in the Helsinki Final Act and annex 2,

Reaffirming the call in previous resolutions for substantial autonomy and meaningful self-administration for Kosovo,

Determining that the situation in the region continues to constitute a threat to international peace and security,

Determined to ensure the safety and security of international personnel and the implementation by all concerned of their responsibilities under the present resolution, and acting for these purposes under Chapter VII of the Charter of the United Nations,

1. Decides that a political solution to the Kosovo crisis shall be based on the general principles in annex 1 and as further elaborated in the principles and other required elements in annex 2;

2. Welcomes the acceptance by the Federal Republic of Yugoslavia of the principles and other required elements referred to in paragraph 1 above, and demands the full cooperation of the Federal Republic of Yugoslavia in their rapid implementation;

3. Demands in particular that the Federal Republic of Yugoslavia put an immediate and verifiable end to violence and repression in Kosovo, and begin and complete verifiable phased withdrawal from Kosovo of all military, police and paramilitary forces according to a rapid timetable, with which the deployment of the international security presence in Kosovo will be synchronized;

4. Confirms that after the withdrawal an agreed number of Yugoslav and Serb military and police personnel will be permitted to return to Kosovo to perform the functions in accordance with annex 2;

5. Decides on the deployment in Kosovo, under United Nations auspices, of international civil and security presences, with appropriate equipment and personnel as required, and welcomes the agreement of the Federal Republic of Yugoslavia to such presences;

6. Requests the Secretary-General to appoint, in consultation with the Security Council, a Special Representative to control the implementation of the international civil presence, and further requests the Secretary-General to instruct his Special Representative to coordinate closely with the international security presence to ensure that both presences operate towards the same goals and in a mutually supportive manner;

7. Authorizes Member States and relevant international organizations to establish the international security presence in Kosovo as set out in point 4 of annex 2 with all necessary means to fulfil its responsibilities under paragraph 9 below;

/...

8. Affirms the need for the rapid early deployment of effective international civil and security presences to Kosovo, and demands that the parties cooperate fully in their deployment;

9. Decides that the responsibilities of the international security presence to be deployed and acting in Kosovo will include:

(a) Deterring renewed hostilities, maintaining and where necessary enforcing a ceasefire, and ensuring the withdrawal and preventing the return into Kosovo of Federal and Republic military, police and paramilitary forces, except as provided in point 6 of annex 2;

(b) Demilitarizing the Kosovo Liberation Army (KLA) and other armed Kosovo Albanian groups as required in paragraph 15 below;

(c) Establishing a secure environment in which refugees and displaced persons can return home in safety, the international civil presence can operate, a transitional administration can be established, and humanitarian aid can be delivered;

(d) Ensuring public safety and order until the international civil presence can take responsibility for this task;

(e) Supervising demining until the international civil presence can, as appropriate, take over responsibility for this task;

(f) Supporting, as appropriate, and coordinating closely with the work of the international civil presence;

(g) Conducting border monitoring duties as required;

(h) Ensuring the protection and freedom of movement of itself, the international civil presence, and other international organizations;

10. Authorizes the Secretary-General, with the assistance of relevant international organizations, to establish an international civil presence in Kosovo in order to provide an interim administration for Kosovo under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, and which will provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-governing institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants of Kosovo;

11. Decides that the main responsibilities of the international civil presence will include:

(a) Promoting the establishment, pending a final settlement, of substantial autonomy and self-government in Kosovo, taking full account of annex 2 and of the Rambouillet accords (S/1999/648);

(b) Performing basic civilian administrative functions where and as long as required;

/...

(c) Organizing and overseeing the development of provisional institutions for democratic and autonomous self-government pending a political settlement, including the holding of elections;

(d) Transferring, as these institutions are established, its administrative responsibilities while overseeing and supporting the consolidation of Kosovo's local provisional institutions and other peace-building activities;

(e) Facilitating a political process designed to determine Kosovo's future status, taking into account the Rambouillet accords (S/1999/648);

(f) In a final stage, overseeing the transfer of authority from Kosovo's provisional institutions to institutions established under a political settlement;

(g) Supporting the reconstruction of key infrastructure and other economic reconstruction;

(h) Supporting, in coordination with international humanitarian organizations, humanitarian and disaster relief aid;

(i) Maintaining civil law and order, including establishing local police forces and meanwhile through the deployment of international police personnel to serve in Kosovo;

(j) Protecting and promoting human rights;

(k) Assuring the safe and unimpeded return of all refugees and displaced persons to their homes in Kosovo;

12. Emphasizes the need for coordinated humanitarian relief operations, and for the Federal Republic of Yugoslavia to allow unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations and to cooperate with such organizations so as to ensure the fast and effective delivery of international aid;

13. Encourages all Member States and international organizations to contribute to economic and social reconstruction as well as to the safe return of refugees and displaced persons, and emphasizes in this context the importance of convening an international donors' conference, particularly for the purposes set out in paragraph 11 (g) above, at the earliest possible date;

14. Demands full cooperation by all concerned, including the international security presence, with the International Tribunal for the Former Yugoslavia;

15. Demands that the KLA and other armed Kosovo Albanian groups end immediately all offensive actions and comply with the requirements for demilitarization as laid down by the head of the international security presence in consultation with the Special Representative of the Secretary-General;

16. Decides that the prohibitions imposed by paragraph 8 of resolution 1160 (1998) shall not apply to arms and related matériel for the use of the international civil and security presences;

/...

17. Welcomes the work in hand in the European Union and other international organizations to develop a comprehensive approach to the economic development and stabilization of the region affected by the Kosovo crisis, including the implementation of a Stability Pact for South Eastern Europe with broad international participation in order to further the promotion of democracy, economic prosperity, stability and regional cooperation;

18. Demands that all States in the region cooperate fully in the implementation of all aspects of this resolution;

19. Decides that the international civil and security presences are established for an initial period of 12 months, to continue thereafter unless the Security Council decides otherwise;

20. Requests the Secretary-General to report to the Council at regular intervals on the implementation of this resolution, including reports from the leaderships of the international civil and security presences, the first reports to be submitted within 30 days of the adoption of this resolution;

21. Decides to remain actively seized of the matter.

Annex 1

Statement by the Chairman on the conclusion of the meeting
of the G-8 Foreign Ministers held at the Petersberg Centre
on 6 May 1999

The G-8 Foreign Ministers adopted the following general principles on the political solution to the Kosovo crisis:

- Immediate and verifiable end of violence and repression in Kosovo;
- Withdrawal from Kosovo of military, police and paramilitary forces;
- Deployment in Kosovo of effective international civil and security presences, endorsed and adopted by the United Nations, capable of guaranteeing the achievement of the common objectives;
- Establishment of an interim administration for Kosovo to be decided by the Security Council of the United Nations to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants in Kosovo;
- The safe and free return of all refugees and displaced persons and unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations;
- A political process towards the establishment of an interim political framework agreement providing for a substantial self-government for Kosovo, taking full account of the Rambouillet accords and the principles of sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other countries of the region, and the demilitarization of the KLA;

/...

- Comprehensive approach to the economic development and stabilization of the crisis region.

Annex 2

Agreement should be reached on the following principles to move towards a resolution of the Kosovo crisis:

1. An immediate and verifiable end of violence and repression in Kosovo.
2. Verifiable withdrawal from Kosovo of all military, police and paramilitary forces according to a rapid timetable.
3. Deployment in Kosovo under United Nations auspices of effective international civil and security presences, acting as may be decided under Chapter VII of the Charter, capable of guaranteeing the achievement of common objectives.
4. The international security presence with substantial North Atlantic Treaty Organization participation must be deployed under unified command and control and authorized to establish a safe environment for all people in Kosovo and to facilitate the safe return to their homes of all displaced persons and refugees.
5. Establishment of an interim administration for Kosovo as a part of the international civil presence under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, to be decided by the Security Council of the United Nations. The interim administration to provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-governing institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants in Kosovo.
6. After withdrawal, an agreed number of Yugoslav and Serbian personnel will be permitted to return to perform the following functions:
 - Liaison with the international civil mission and the international security presence;
 - Marking/clearing minefields;
 - Maintaining a presence at Serb patrimonial sites;
 - Maintaining a presence at key border crossings.
7. Safe and free return of all refugees and displaced persons under the supervision of the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees and unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations.
8. A political process towards the establishment of an interim political framework agreement providing for substantial self-government for Kosovo, taking full account of the Rambouillet accords and the principles of sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other

/...

countries of the region, and the demilitarization of UCK. Negotiations between the parties for a settlement should not delay or disrupt the establishment of democratic self-governing institutions.

9. A comprehensive approach to the economic development and stabilization of the crisis region. This will include the implementation of a stability pact for South-Eastern Europe with broad international participation in order to further promotion of democracy, economic prosperity, stability and regional cooperation.

10. Suspension of military activity will require acceptance of the principles set forth above in addition to agreement to other, previously identified, required elements, which are specified in the footnote below.¹ A military-technical agreement will then be rapidly concluded that would, among other things, specify additional modalities, including the roles and functions of Yugoslav/Serb personnel in Kosovo:

Withdrawal

- Procedures for withdrawals, including the phased, detailed schedule and delineation of a buffer area in Serbia beyond which forces will be withdrawn;

Returning personnel

- Equipment associated with returning personnel;
- Terms of reference for their functional responsibilities;
- Timetable for their return;
- Delineation of their geographical areas of operation;
- Rules governing their relationship to the international security presence and the international civil mission.

Notes

¹ Other required elements:

- A rapid and precise timetable for withdrawals, meaning, e.g., seven days to complete withdrawal and air defence weapons withdrawn outside a 25 kilometre mutual safety zone within 48 hours;
- Return of personnel for the four functions specified above will be under the supervision of the international security presence and will be limited to a small agreed number (hundreds, not thousands);

/...

- Suspension of military activity will occur after the beginning of verifiable withdrawals;
- The discussion and achievement of a military-technical agreement shall not extend the previously determined time for completion of withdrawals.

9. Quellen

- ADA (2011): Kosovo Länderinformation. Abgerufen unter:
http://www.entwicklung.at/fileadmin/media/L%C3%A4nder_und_Regionen/Suedosteuropa/Kosovo/Laenderinfo_Kosovo_Juni2011.pdf am 10. November 2011
- Altermatt, Urs (1996): Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa. Verlag Neue Zürcher Zeitung. Zürich.
- Annan, Kofi (1999): United Nation Interim Administration Mission In Kosovo (UNMIK).
Abgerufen unter: <http://www.un.org/peace/kosovo/pages/kosovo12.htm> am 30. Oktober 2011
- Balkan Insight (2010): Kosovo's Limaj: I am clean as a tear. Kosovo's Transport Minister Fatmir Limaj denied all allegations of corruption against him, adding that the latest accusations are done to humiliate him. 14. Mai 2010. Abgerufen unter:
<http://www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-s-limaj-i-am-clean-as-a-tear> am 30. Oktober 2011
- Balkan Insight (2011): Ukrainian Peacekeeper Charged for Bribery. A former member of the Ukrainian peacekeeping contingent in Kosovo has been charged with abuse of position for allegedly taking bribes when receiving fuel for NATO peacekeeping contingents. 17. Jänner 2011 Abgerufen unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/ukrainian-kfor-peacekeeper-charged-with-bribery> am 30. Oktober 2011
- Bendaña, Alejandro (2007): From Peace Building to State-Building: One Step Forward or Two steps Backwards? Abgerufen unter:
<http://www.networkers.org/documents/view.php?id=3&lang=eng> am 30. Oktober 2011
- Bennett, Christina; Saferworld (2011): Public perceptions of safety and security in Kosovo. Time to act.
- BMLV, (2005): KFOR – „Update 2005“ Das Buch zum Einsatz. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Truppendienst des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Verlag AV+Astoria Druckzentrum GmbH, Wien
- BPB, (2006): Lexikon. Nach: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006. Abgerufen unter:
http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,..html?wis_search_action=search&wis_search_allt_ext=&wis_search_type=0 am 09.12.2009

- Capussela, Andrea (2011): Eulex in Kosovo: a shining symbol of incompetence. The costly EU mission in Kosovo has betrayed its mandate – it must be audited and reformed. In: The Guardian vom 9. April 2011. Abgerufen unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/apr/09/eulex-kosovo-eu-mission> am 30. November 2011
- Colovic, Ivan (2000): Politika simbola – Ogledi o političkoj antropologiji. 2. Auflage. Belgrad
- Colovic, Ivan (2000a): Bordel ratnika – Folklor, politika I rat. 3. Auflage. Belgrad
- Daka, Shtjefen; Ismajli, Dashnim (2010): Nation Building im Kosovo. „Aufbau demokratischer Institutionen nach dem Krieg im Kosovo“ Perspektiven der Integration in die Europäische Union und internationale Organisationen. Diplomarbeit. Jänner 2010. Institut für Politikwissenschaft. Universität Wien.
- Dehnert, Stefan (2004): Unruhiger Kosovo: Konfliktstrukturen und Lösungsansätze. In: Europäische Politik. Politikinformation Osteuropa 06/2004. Friedrich Ebert Stiftung. Abgerufen unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02124.pdf> am 28. August 2010.
- Doucette, R. Serge; Thaci, Hamdi (2004): Kosova “Moral Democracy” or “Kosovo “Greater Serbia” Pristina, ISBN 9951-8618-0-6
- Dzihic, Vedran; Kramer, Helmut (2009): Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009. Kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen? Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politikanalyse Abteilung Internationaler Dialog D-10785 Berlin.
- Dzihic, Vedran 2011: Die Stunde der serbischen Nebelverkäufer. In: Die Presse am 27. Oktober 2011. Abgerufen unter: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/704322/Die-Stunde-der-serbischen-Nebelverkaeufer> am 30. November 2011
- European Commission (2011): Commission Staff Working Paper. Kosovo* 2011 Progress Report. Brussels, 12. Oktober 2011
- EU (2008): COUNCIL JOINT ACTION 2008/124/CFSP of 4 February 2008 on the European Union Rule of Law Mission in Kosovo, EULEX KOSOVO Abgerufen unter: http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/docs/JointActionEULEX_EN.pdf am 7. August 2008
- EULEX (2010): What is EULEX? Abgerufen unter: <http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/whatisEulex.php> am 8. August 2010

- EULEX (2010a): Biography: of Yves de Kermabon, Head of EULEX Kosovo. Abgerufen unter: <http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/Biography-YvesdeKermabon.php> am 28. August 2010
- Europäische Kommission (1999): European Agency for Reconstruction set up for Kosovo Press Release. Reference IP/99/411 vom 24. Juni 1999 Abgerufen unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/99/411&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> am 25. Mai 2011
- Fukuyama, Francis (2004): Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, 136-174.
- Helmerich, Antje (2003): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 20. September 2003. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/files/YG1WKE.pdf> am 06.10.2010
- Hippler, Jochen (2003): Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung – Hintergründe eines politischen Konzepts. Abgerufen unter: http://www.sef-bonn.org/download/publikationen/eine_welt/ewb_17_einleitung_hippler_de.pdf am 10. Oktober 2011
- Hosiner, Christian (2003). Erfolgsbestimmende Faktoren für das Nation-Building durch die UNO nach dem Kalten Krieg. Wien.
- Huntington, Samuel P. (2004): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order (New York: Simon & Schuster, 1996), 307. See also Samuel P. Huntington, Who Are We?: The Challenges to America's Identity. New York: Simon & Schuster.
- ICO (2010): About us – ICO. Abgerufen unter: <http://www.ico-kos.org/?id=2> am 9. August 2010.
- IPAK (2010): Investing in Kosovo. Ministry of Trade and Industry. Abgerufen unter: <http://www.invest-ks.org/documents/brochure/Investors%20Guide%202010%20Kosove%20Web.pdf> am 23. Oktober 2011
- Jäggi, Christian J. (1993): Nationalismus und ethnische Minderheiten, Zürich.

- Jurekovic, Predrag (2010): Balkanraum. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) Nr. 2/2010
- KFOR (2010): Auskunft des Hauptquartiers KFOR durch Capitaine Frederic Lardoux in seiner Funktion als Chief Media Brief. Information per Email erhalten am 22. August 2010
- Knezevic, Vesna 2011: Das Problem sitzt nicht in Belgrad, sondern in Prishtina. Abgerufen unter: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/708262/Das-Problem-sitzt-nicht-in-Belgrad-sondern-in-Prishtina> am 30. November 2011
- Kronenberg, Volker (2006): Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, VS Verlag, Wiesbaden.
- Marty, Dick (2010): Inhuman treatment of people and illicit trafficking in human organs in Kosovo. Committee on Legal Affairs and Human Rights. Council of Europe. 12. Dezember 2010 Abgerufen unter: http://assembly.coe.int/CommitteeDocs/2010/20101218_ajdoc462010provamended.pdf am 14. November 2011
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Empirie und Theorie der Transformationsforschung. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Montevideo Konvention (1933): Convention on Rights and Duties of States (inter-American) vom 26. Dezember 1933 Abgerufen unter: http://avalon.law.yale.edu/20th_century/intam03.asp 23. Oktober 2011
- NATO (2010): NATO's role in Kosovo. Abgerufen unter: <http://www.nato.int/issues/kosovo/index.html#tasks> am 18. Juli 2010. Letztes Update am 16. Juni 2010
- NATO (2010a): Defence Ministers agree: KFOR to remain as long as necessary. Abgerufen unter: http://www.nato.int/cps/en/SID-117B794E-860BB557/natolive/news_64266.htm?selectedLocale=en am 18. Juli 2010. Letztes Update am 01. Juli 2010

NATO (2010b): NATO Kosovo Force (KFOR). Abgerufen unter:

http://www.nato.int/kfor/struktur/nations/placemap/kfor_placemat.pdf am 9. Oktober 2011. Letztes Update am 5. Oktober 2011

NATO (2010c): Welcome to the Headquarters of the Kosovo Force. Abgerufen unter:

<http://www.nato.int/kfor/struktur/welcome/> am 15. August 2010. Letztes Update am 15. März 2010

Nohlen, Dieter (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2 N-Z. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Verlag C. H. Beck. München

OSZE (2010): OSCE Mission in Kosovo. Overview. Abgerufen unter:

<http://www.osce.org/kosovo/13194.html> am 29. Juli 2010. Letztes Update unbekannt.

OSZE (2010a): OSCE Mission in Kosovo. Field Presence. Abgerufen unter:

<http://www.osce.org/kosovo/13385.html> am 29. Juli 2010. Letztes Update unbekannt.

OSZE (2010b): Head of Mission. Abgerufen unter: <http://www.osce.org/kosovo/13885.html>
[am 15. August 2010](#)

OSZE (2011): Presentation of the 2012 OSCE Unified Budget Proposal by the OSCE Secretary General, Ambassador Lamberto Zannier. 882nd meeting of the Permanent Council. 13. Oktober 2011

Petritsch, Wolfgang; Pichler, Robert (2005): Kosovo – Kosova – Der lange Weg zum Frieden. 3. Auflage. Klagenfurt.

Popper, Karl R. (1966): The Open Society and Its Enemies, Volume 2: The High Tide of Prophecy: Hegel and Marx, and the Aftermath, Princeton (5), S. 49-51.

Presse, Die (2008): „Von diesem Moment an ist Kosovo frei“, Thomas Roser, 18. Februar 2008, S. 3)

Rokkan, Stein (1971): Nation-Building: A Review of Models and Approaches, in: Current Sociology, Vol. XIX, No. 3, 1971, 7-38.

Smith, Anthony D. (1971): Theories of Nationalism, Holmes & Meier Publishers; 2 edition (May 1983)

- Tagesspiegel (2011): In einem geraubten Land. Thorsten Hampel. 12. Oktober 2011.
Abgerufen unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/in-einem-geraubten-land/4744034.html?p4744034=3> am 14. November 2011
- Tardy, Thierry (2010): The Inherent Limits of Partnership in Contemporary Peace Operations.
In: ACUNS Informational Memorandum. No. 82. Spring 2010
- Tilly, Charles (1975): Western-State Making and Theories of Political Transformation, in:
The Formation of National States in Western Europe, Princeton: Princeton University
Press.
- UNDP (2011): Public Pulse Report 2. Pristina.
- UNMIK: UNMIK at a glance. Abgerufen unter:
<http://www.unmikonline.org/UNMIKONLINE2009/glance.htm> am 18. August 2010.
- UNMIK (2008): Special Representative of the Secretary-General and the head of the UN
Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK). Abgerufen unter:
http://www.unmikonline.org/UNMIKONLINE2009/head_unmik.htm am 15. August
2010
- UNO, (1945): Charter of the United Nations and Statute of the International Court of Justice.
Abgerufen unter: <http://www.un.org/en/documents/charter/chapter1.shtml> am 03.
Jänner 2010
- UNO (1999): United Nations Security Council Resolution 1244. Abgerufen unter:
<http://www.nato.int/Kosovo/docu/u990610a.htm>, am 18. Juli 2010. Letztes Update am
30. Juni 1999
- UNO (1999a): Press Release SC/6686. Security Council, Welcoming Yugoslavia's
Acceptance Of Peace Principles, Authorizes Civil, Security Presence In Kosovo.
Abgerufen unter: <http://www.un.org/News/Press/docs/1999/19990610.SC6686.html>
am 25. Juli 2010. Letztes Update am: 10. Juni 1999.
- UNRIC (1999): Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo
(UNMIK). Mandat, Befugnisse, Ziele, Aufbau, Tätigkeit. Abgerufen unter:
<http://www.unric.org/html/german/kosovo/unmik.htm> am 18. August 2010. Letztes
Update 1999

UNSCR 1244 (1999): United Nations Security Council Resolution 1244. Abgerufen unter: <http://www.nato.int/kosovo/docu/u990610a.htm> am 21. August 2010. Letztes Update am 30. Juni 1999

Vetëvendosje (2009): Newsletter of the Movement for Self-Determination, No. 134, 16.2.2009. Abrufbar unter: <http://www.vetevendosje.org/?cid=2,8&ndate=2009>

Weber, Max (1922): Grundriss der Sozialökonomie. Tübingen

Wessely (2010): Vortrag mit dem Titel: „Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo war rechtens ...“ Zum Gutachten des IGH in der Causa Kosovo. Gehalten am 31. Juli 2010 vor Teilen des österreichischen Kontingentes im Kosovo

White, George W. (2006): Serbian Mental Space and National Identity. In: Serbia in Europe. Neighbourhood Relations and European Integration. Heuberger Valerie und Vyslonzil Elisabeth (Hrsg.) LIT-Verlag. Wien.

White House, The (2002): National Security Strategy of the United States of America. September 2002. Abgerufen unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2002/> am 30. Oktober 2011

Curriculum Vitae

Markus Puchwein

Steinbauergasse 4-6/4/16

1120 Wien

markus.puchwein@gmx.at

Geburtsdaten: 18. April 1976 in Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung:

2010 – 2012: Masterstudium Politikwissenschaft

2007 – 2010: Bachelorstudium Politikwissenschaft

1991 – 1996: Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie, Zweig
Textilwirtschaft

1986 – 1991: Gymnasium und Realgymnasium II, Wohlmutstrasse 3, 1020 Wien

1982 – 1986: Volksschule, 1020 Wien

Berufserfahrung:

2010 - 2012: Chief Analysis and Reporting Cell, OSZE Mission im Kosovo

2010: KFOR Peace-Keeping Einsatz – Kosovo

2009: EUFOR Peace-Keeping Einsatz – Bosnien und Herzegowina

2008: KFOR Peace-Keeping Einsatz – Kosovo

2007 – 2010: Militärsoldat auf Zeit (MZ) an der Auslandseinsatzbasis des Österreichischen
Bundesheeres in Götzendorf

2006: EUFOR Peace-Keeping Einsatz – Bosnien und Herzegowina

2004 – 2005: EUFOR Peace-Keeping Einsatz – Bosnien und Herzegowina

Seit 2002: Offizier im Österreichischen Bundesheer

2001: UNFICYP Peace-Keeping Einsatz – Zypern

Seit 2001: Informations-Offizier im Militärkommando Wien

2000: KFOR Peace-Keeping Einsatz – Kosovo

1997 – 1998: Einjährig Freiwilliger (EF) beim Österreichischen Bundesheer